KONZERN

LANDKREIS LIMBURG-WEILBURG

BETEILIGUNGSBERICHT

2014

Guten Tag,

mit dem Beteiligungsbericht 2014 bieten wir in bekannter Weise einen umfassenden Überblick über die wesentlichen Beteiligungen des Landkreises Limburg-Weilburg.

Der Landkreis Limburg-Weilburg erfüllt einen Teil seiner kommunalen Aufgaben außerhalb der Kernverwaltung in wirtschaftlich geführten Unternehmen (Beteiligungen und Eigenbetriebe). Diese bilden mit der Kernverwaltung den „Konzern“ Limburg-Weilburg.

Mit dem Beteiligungsbericht 2014 werden die gesetzlichen Vorgaben der Hessischen Gemeindeordnung erfüllt und ebenfalls erhält die interessierte Öffentlichkeit ein umfassendes und transparentes Bild über die wirtschaftliche Betätigung des Landkreises Limburg-Weilburg. Außerdem wird deutlich, welche vielfältigen Aufgaben in den Bereichen Wirtschaft und Kultur, Verkehr oder Freizeit und Gesundheit durch den Landkreis wahrgenommen werden.

Die transparente Darstellung und leicht verständliche Aufbereitung des „Konzerns Landkreis Limburg-Weilburg“ bleibt auch mit diesem Beteiligungsbericht die oberste Zielsetzung.

Grundlage des Beteiligungsberichts bilden die geprüften Jahresabschlüsse der Beteiligungen für das Geschäftsjahr 2013. Der Bericht enthält die Angaben zu den Beteiligungsverhältnissen und der Zusammensetzung der Organe der Gesellschaften. Zudem werden die Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen dargestellt. Auszüge aus den Lageberichten sollen einen Eindruck von der wirtschaftlichen Situation und der Zukunftsprognose geben. Die Angabe zu den Organen und deren Besetzung entsprechen dem Berichtsstand (31. Dezember 2013).

Ein besonderer Dank gilt allen Geschäftsführern, Mitgliedern sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Beteiligungsunternehmen für ihre engagierte Arbeit.

Der Beteiligungsbericht ist nicht nur als Druckwerk, sondern darüber hinaus auch im Internet unter *www.landkreis-limburg-weilburg.de* erhältlich.
Wir freuen uns, Ihnen diese Broschüre präsentieren zu können!

Limburg, im Oktober 2014

Manfred Michel
- Landrat -

Inhaltsverzeichnis

1 Grundsätzliche Informationen 1

1.1 Beteiligungsbegriff in diesem Bericht 1

1.2 Gesetzliche Voraussetzungen zur Führung wirtschaftlicher Unternehmen bzw. zur wirtschaftlichen Betätigung 2

1.3 Erläuterung der Rechts- und Organisationsformen 3

1.4 Erklärungen zur Rechnungslegung 4

1.5 Übersicht der Beteiligungen 7

2 Beteiligungen (Anteil des Landkreises Limburg-Weilburg am Stammkapital von mehr als 20%) und Eigenbetriebe 9

2.1 Abfallwirtschaftsbetrieb Limburg-Weilburg 11

2.2 Abwasserverband Christianshütte 23

2.3 Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft Landkreis Limburg-Weilburg 25

2.4 Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung mbH 29

2.5 KIG – Kreisimmobiliengesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG 35

2.6 KIG II – Kreisimmobiliengesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG 39

2.7 Kreishallenbad Weilburg GmbH 43

2.8 Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH 47

2.9 Verkehrsgesellschaft Lahn-Dill-Weil mbH 55

3 Sparkassen 59

3.1 Kreissparkasse Limburg 61

3.2 Kreissparkasse Weilburg 65

3.3 Nassauische Sparkasse 67

4 Sonstige Finanzanlagen (Anteil des Landkreises Limburg-Weilburg am Stammkapital von weniger als 20 %) 71

4.1 Gesellschaft Hochtaunusstrasse GbR 73

4.2 Nassauische Heimstätte 75

4.3 Regionalmanagement Mittelhessen GmbH 79

4.4 Rhein-Main Verkehrsverbund GmbH 87

4.5 Spar- und Bauverein Wetzlar-Weilburg eG 97

4.6 Vereinigte Volksbank Limburg eG 97

4.7 VoBa: Frankfurter Volksbank eG 97

4.8 Wirtschaftsförderung Limburg-Weilburg-Diez GmbH 99

4.9 ZVN Finanz GmbH 107

5 Zweckverbände 111

5.1 Tierkörperbeseitigung in Rheinland Pfalz, im Saarland, im Rheingau-Taunus-Kreis und im Landkreis Limburg-Weilburg 113

5.2 Zweckverband Naturpark Taunus 119

6 Jobcenter 121

6.1 Jobcenter Limburg-Weilburg 123

7 Mittelbare Beteiligungen 127

7.1 Bildungs- und Beschäftigungsgesellschaft mbH 129

7.2 clinicpartner eG 133

7.3 Hallenbad Diez-Limburg GmbH 135

7.4 Klinikverbund Hessen GmbH 139

7.5 KSB - Klinik-Service-Betriebe GmbH 145

7.6 Profil Limburg-Weilburg Beschäftigungsförderungs GmbH 149

8 Mitgliedschaften, Verbände und Vereine 153

8.1 Übersicht der Mitgliedsbeiträge 2013 155

8.2 Ferienland Westerwald-Lahn-Taunus e.V. 159

8.3 Kreisvolkshochschule Limburg-Weilburg e.V. 161

1 Grundsätzliche Informationen

1.1 Beteiligungsbegriff in diesem Bericht

1.1.1 Allgemeines

Mit dem Gesetz zur Änderung der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) und anderer Gesetze vom 31. Januar 2005 (GVBl. I S. 54) hat der Hessische Landtag eine wichtige Neuregelung beschlossen:
Es besteht nach § 123 a HGO ab 2005 die **Verpflichtung der Kommune**, zur Information der Gemeindevertretung / des Kreistages und der Öffentlichkeit, jährlich einen Bericht über ihre Beteiligungen an Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts zu erstellen. In dem Bericht sind alle Unternehmen aufzuführen, bei denen die Kommune **mindestens über 20% der Anteile** verfügt.

Die Mindestanforderungen an den Informationswert des Beteiligungsberichtes sind in § 123a Abs. 2 HGO definiert. Zu nennen sind insbesondere:

1. Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse, die Besetzung der Organe und die Beteiligungen des Unternehmens
2. Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen
3. die Grundzüge des Geschäftsverlaufs, die Ertragslage des Unternehmens, die Kapitalzuführungen und -entnahmen durch die Gemeinde / den Kreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft, die Kreditaufnahmen, die von der Gemeinde / dem Kreis gewährten Sicherheiten.

Wir haben außerdem der Vorgabe entsprochen, die Bezüge der Mitglieder des geschäftsführenden Organs in den vom Kreis dominierten Beteiligungsunternehmen darzustellen.

Eine Beschränkung des Beteiligungsberichtes auf Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, bei denen der Landkreis Limburg-Weilburg mindestens über 20% der Anteile verfügt, oder auch nur auf den Bereich der wirtschaftlichen Betätigung, hätte die Dimension des möglichen Steuerungs- und Handlungseinflusses des Landkreises Limburg-Weilburg nur unzureichend dokumentiert.
In diesen Bericht wird deshalb über die gesetzliche Verpflichtung hinausgehend - analog der ursprünglich auf freiwilliger Basis erstellten Beteiligungsberichte - alle Beteiligungen im weitesten Sinne (Unternehmen, Verbände und Vereine sowie die Eigenbetriebe) aufgenommen, die außerhalb der Kernverwaltung und des Haushaltes des Landkreises Limburg-Weilburg geführt werden.

§ 123 a Abs. 3 HGO sieht auch vor, dass der Beteiligungsbericht in öffentlicher Sitzung des Kreistages zu erörtern ist. Weiter muss der Kreis darüber informieren, dass der Beteiligungsbericht vorliegt und von allen Einwohnern eingesehen werden kann.

1.1.2 Inhalt

Die in diesem Beteiligungsbericht dargestellten Beteiligungen mit den jeweiligen Abschlussergebnissen beziehen sich auf die Geschäfts-/Haushaltsjahre 2011 bis 2013.

Änderungen, die erst im Jahr 2014 erfolgten bzw. zu einem späteren Zeitpunkt finanzielle Auswirkungen haben werden, werden erst in dem nachfolgenden Beteiligungsbericht ihren Niederschlag finden.

1.2 Gesetzliche Voraussetzungen zur Führung wirtschaftlicher Unternehmen bzw. zur wirtschaftlichen Betätigung

Das Grundgesetz sichert den Gemeinden und Gemeindeverbänden das Recht zu, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung, also durch Selbstverwaltung, zu regeln (Artikel 28 Abs. 2 GG). Diese verfassungsrechtlich normierte Garantie der kommunalen Selbstverwaltung räumt den Kommunen neben der Personalhoheit, der Finanz- und Vermögenshoheit insbesondere auch die Organisationshoheit ein. Damit haben die Kommunen das Recht zu entscheiden, auf welche Art und Weise sie die Erfüllung der Aufgaben sicherstellen wollen.

§ 121 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 52 Abs. 1 der Hessischen Landkreisordnung (HKO) in der z. Zt. gültigen Fassung eröffnen den Kommunen die Möglichkeit der wirtschaftlichen Betätigung, wenn

- der öffentliche Zweck die Betätigung rechtfertigt,
- die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde respektive des Landkreises und zum voraussichtlichen Bedarf steht, und
- der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

In § 121 Abs. 2 HGO sind die Tätigkeiten genannt, die kraft ausdrücklicher Regelung nicht als wirtschaftliche Betätigung anzusehen sind. Es handelt sich um Tätigkeiten

- zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,
- auf den Gebieten des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens, der Kultur, des Sports, der Erholung , der Abfall- und Abwasserbeseitigung sowie
- zur Deckung des Eigenbedarfs.

Die HGO normiert die grundsätzliche Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung der Kommune, setzt ihr gleichzeitig aber auch bestimmte Grenzen.
Mit der Modifikation der HGO vom 31. Januar 2005 wurde auch im Land Hessen eine Subsidiaritätsregelung hinsichtlich der wirtschaftlichen Betätigungen eingeführt. Anders als im bisherigen Recht wird nicht mehr nur auf die Errichtung, Übernahme oder wesentliche Erweiterung eines wirtschaftlichen Unternehmens abgestellt.

Die Beschränkungen der HGO beziehen sich in einem umfassenden Sinn nunmehr auf die wirtschaftlichen Betätigungen der Kommune. Eine Legaldefinition des Begriffs fehlt gänzlich. Es ist jedoch davon auszugehen, dass es sich bei einer wirtschaftlichen Betätigung (bzw. einem wirtschaftlichen Unternehmen) um eine solche handelt, die auch von einem Privatunternehmen mit der Absicht der Gewinnerzielung betrieben werden könnte.

Das Abgrenzungskriterium sollte daher der vom Gesetzgeber in § 121 Abs. 2 HGO festgelegte Negativkatalog sein, d.h. nur Tätigkeiten, die nicht unter den Ausnahmetatbestand des § 121 Abs. 2 HGO fallen (traditionelle Kernbereiche der kommunalen Daseinsvorsorge, die in besonderer Weise den Schutz des Art. 28 Abs. 2 GG genießen), sind als wirtschaftliche Betätigung anzusehen. Nur diese Tätigkeiten unterliegen dem Subsidiaritätsvorbehalt gem. § 121 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 HGO.

Gemäß § 121 Abs. 1 Satz 1 HGO gilt der Subsidiaritätsvorbehalt nicht, soweit Tätigkeiten vor dem 1. April 2004 ausgeübt wurden (sog. Bestandsschutz).
Die Beschränkungen für die wirtschaftlichen Betätigungen der Kommunen sollen nur auf nach dem Stichtag begonnene und erweiterte Betätigungen angewandt werden. Der Bestandsschutz erstreckt sich weiterhin auf nach dem Stichtag vorgenommene oder von der allgemeinen Entwicklung am Markt vorgegebene Erweiterung der Betätigung in den gesetzlich liberalisierten Bereichen der Daseinsvorsorge (Stromversorgung, Gasversorgung, Öffentlicher Personennahverkehr).

Daraus ist zu folgern, dass künftig in die wirtschaftlichen Betätigungen der Kommune von staatlicher Seite reglementierend nur eingegriffen werden kann, wenn es sich um die Errichtung oder Übernahme sonstiger - erwerbswirtschaftlich orientierter - Unternehmen handelt.

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Es gibt im Berichtsjahr keinen Anlass, die bisherigen rechtlichen Beurteilungen zu ändern.

Nach Vorgabe des § 121 Abs. 7 HGO haben die Kommunen mindestens einmal in jeder Wahlzeit zu prüfen, inwieweit ihre wirtschaftlichen Betätigungen noch die Voraussetzungen des Abs. 1 erfüllen und inwieweit die Tätigkeiten privater Dritten übertragen werden können.

1.3 Erläuterung der Rechts- und Organisationsformen

Im Folgenden geben wir einen kurzen Überblick über die verschiedenen Organisationsformen, auf die im Rahmen dieses Berichts eingegangen wird.

1.3.1 Eigenbetriebe

Eigenbetriebe sind wirtschaftliche Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit auf der Grundlage des Eigenbetriebsgesetzes. Hinsichtlich der Organisation und Wirtschaftsführung sind diese Unternehmen verselbständigt, d. h. von der übrigen (Kreis-)Verwaltung getrennt. Organe der Eigenbetriebe sind Betriebsleitung und Betriebskommission. Finanzwirtschaftlich sind sie aus dem Gesamtvermögen des Kreises herausgenommen. Die Gemeindevertretung / der Kreistag entscheidet über die Grundsätze, nach denen der Eigenbetrieb gestaltet und wirtschaftlich geleitet werden soll. Ihr/Ihm obliegt vor allem die Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan und die Feststellung des Jahresabschlusses (§ 5 Eigenbetriebsgesetz).

1.3.2 Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Die GmbH ist eine juristische Person mit einem Stammkapital, das der Summe der Stammeinlagen der Mitglieder (Gesellschafter) entspricht. Das Privatvermögen der Gesellschafter haftet nicht für die Verbindlichkeiten der GmbH, es besteht eine auf das Geschäft „beschränkte Haftung“. Die GmbH kennt nur zwei notwendige Organe:

die Gesamtheit der Gesellschafter (Gesellschafterversammlung) und die Geschäftsführung. Ein Aufsichtsrat ist für die GmbH nicht allgemein vorgeschrieben; seine Einrichtung ergibt sich jedoch in der Regel aus § 122 Abs. 1 Nr. 3 HGO (Sicherung der Einflussnahme).

1.3.3 Rechtlich selbständige Anstalten (Anstalten des öffentlichen Rechts)

Rechtlich selbständige Anstalten können von Kommunen nur auf der Grundlage eines besonderen Gesetzes gebildet werden. Auf kommunaler Ebene hervorzuheben sind die Sparkassen, für die neben dem Kreditwesengesetz eine Reihe von Sonderbestimmungen gilt. Organe sind der Vorstand, der die laufenden Geschäfte führt und der Verwaltungsrat als Kontrollorgan, dessen Vorsitzender regelmäßig der Spitzenbeamte der kommunalen Gebietskörperschaft (Gemeinde, Landkreis) ist. Die Sparkasse haftet für ihre Verbindlichkeiten mit ihrem gesamten Vermögen. Der Träger der Sparkasse haftet nicht für ihre Verbindlichkeiten (§ 3 Sparkassengesetz).

1.3.4 Zweckverbände

Die Zweckverbände sind Zusammenschlüsse von Gemeinden und Gemeindeverbänden zur gemeinsamen Erfüllung bestimmter Aufgaben, zu deren Durchführung sie berechtigt oder verpflichtet sind. Sie sind Körperschaften des öffentlichen Rechts und verwalten ihre Angelegenheiten in eigener Verantwortung auf der Basis des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit. Organe sind der Verbandsvorstand und die Verbandsversammlung.

1.3.5 Wasser- und Bodenverbände

Wasser- und Bodenverbände sind den Zweckverbänden ähnliche Körperschaften des öffentlichen Rechts auf spezialgesetzlicher Grundlage. Während bei den Zweckverbänden nur Gebietskörperschaften Mitglieder sind, können bei den Wasser- und Bodenverbänden auch natürliche oder juristische Personen des privaten Rechts dazugehören.

1.3.6 Eingetragene Vereine (e.V.)

Vereine sind auf gewisse Dauer bestehende freiwillige Zusammenschlüsse von mindestens sieben Personen zur Erreichung eines gemeinsamen Zwecks, wobei der Bestand vom Wechsel der Mitglieder unabhängig ist. Organe sind der Vorstand und die Mitgliederversammlung. Die Rechtsfähigkeit kann der Verein durch Eintragung in das Vereinsregister („e.V.“) beim zuständigen Amtsgericht erlangen.

1.4 Erklärungen zur Rechnungslegung

Mit dem Gesetz zur Änderung der HGO und anderer Gesetze vom 31.01.2005 (GVBl. I. S. 54) sind auch die Vorschriften über die gemeindliche Haushaltswirtschaft geändert worden. Im Sechsten Teil der HGO finden sich zum einen die Vorschriften für die Haushaltswirtschaft nach den Grundsätzen der Verwaltungsbuchführung und zum anderen die Vorschriften für die Haushaltswirtschaft nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung „Doppik“, also für die doppelte Buchführung in Konten. Die Vorschriften der GemHVO 1974 waren letztmals auf das Haushaltsjahr 2008 anzuwenden. Spätestens ab dem Haushaltsjahr 2009 war auch für Zweckverbände nach dem KGG, Wasser- und Bodenverbände, den Landeswohlfahrtsverband Hessen etc. das kommunale Haushaltsrecht umzustellen. Mit dieser Umstellung verbunden ist

auch die Erstellung einer Eröffnungsbilanz. Darin sind die zum Stichtag der Aufstellung vorhandenen Vermögensgegenstände und Schulden anzusetzen. Somit wird der Ressourcenverbrauch der Körperschaft künftig auch in einer Bilanz dargestellt. Die Eigenbetriebe, Gesellschaften und Sparkassen bedienen sich der kaufmännischen Buchführung (doppelte Buchführung) und erstellen ihren Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung nach den Vorgaben des Handelsgesetzbuches (HGB). Durch die Erfolgs- und Bestandsermittlung soll damit ein Einblick in die wirtschaftliche Lage und vor allem in die Vermögensverhältnisse eines Unternehmens gegeben werden. Nachfolgend werden einige damit zusammenhängende Begriffe erklärt:

1.4.1 Bilanz

Die Bilanz ist die Gegenüberstellung von Vermögen (Aktiva) und Kapital (Passiva). Sie ist zum Schluss des Geschäftsjahres zu erstellen und ist neben der Gewinn- und Verlustrechnung Teil des Jahresabschlusses. Die Bilanz hat eine Gegenüberstellung der aktiven und der passiven Vermögensgegenstände zu liefern. Aktiva sind danach die der Leistungserstellung dienenden Wirtschaftsgüter („Wofür wurden die Mittel verwendet?“), Passiva sind die hierfür verwendeten Finanzmittel („Woher kamen die Mittel?“).
In dem vorliegenden Beteiligungsbericht ist die Bilanz auf die wichtigsten Bilanzpositionen reduziert. Auf der Aktivseite – Mittelverwendung - befinden sich das Anlage- und Umlaufvermögen sowie die Rechnungsabgrenzungsposten. Das Anlagevermögen stellt die Vermögensgegenstände eines Unternehmens dar, die diesem langfristig dienen sollen wie beispielsweise Gebäude, Fuhrpark usw. Zum Umlaufvermögen zählen alle Vermögensposten, die nur kurzfristig im Unternehmen verbleiben, weil sie ständig umgesetzt werden, wie z. B. Bargeld, Postgiro- und Bankguthaben etc. Die Rechnungsabgrenzungsposten auf der Aktivseite stellen praktisch eine Leistungsforderung dar, d.h. eine Leistung, wie beispielsweise Beiträge für Versicherungen, wurde bereits in diesem Geschäftsjahr bezahlt, die Leistungserfüllung erfolgt aber erst im Folgejahr.

Auf der Passivseite – Mittelherkunft – werden die Bilanzpositionen Eigenkapital, Rückstellungen, Verbindlichkeiten sowie Rechnungsabgrenzungsposten dargestellt. Unter der Position Eigenkapital sind alle eigenen Mittel eines Unternehmens zusammengefasst wie z. B. das eingebrachte Kapital der Eigentümer bzw. Gesellschafter einer Unternehmung oder der Jahresgewinn oder –verlust des Vorjahres. Rückstellungen sind Verbindlichkeiten für Aufwendungen, die am Bilanzstichtag zwar ihrem Grunde nach feststehen, aber nicht in ihrer Höhe und dem Zeitpunkt der Fälligkeit, z. B. Prozesskosten, Pensionsrückstellungen. Sie dienen der periodengerechten Ermittlung des Jahresergebnisses. Unter dem eigentlichen Begriff der Verbindlichkeiten werden alle bestehenden Zahlungsverpflichtungen zusammengefasst, deren Grund, Höhe und Fälligkeit bereits bekannt ist, beispielsweise Zahlungsverpflichtungen gegenüber Kreditinstituten aus Darlehen, aus Lieferungen und Leistungen etc.

Zu den Rechnungsabgrenzungsposten auf der Passivseite gehören Erträge, die im abzuschließenden Geschäftsjahr bereits vereinnahmt wurden, wirtschaftlich aber erst dem neuen Jahr zuzurechnen sind, z. B. im Voraus erhaltene Miete; sie stellen also Leistungsverbindlichkeiten dar.

1.4.2 Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)

Die Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) ermittelt den Unternehmenserfolg. Aus ihr sind alle Aufwendungen und Erträge, die aus der Buchführung gewonnen werden, und damit Ursachen und Zusammensetzung des Erfolgs ersichtlich. Während bei der Bilanz der vollständige Vermögens-, besonders der Schuldennachweis im Vordergrund steht, stellt der Ausweis des Periodenerfolgs und dessen Zustandekommen das Hauptmotiv der GuV – auch Erfolgsrechnung oder Ergebnisrechnung genannt - dar.
Das Betriebsergebnis liefert eine Gegenüberstellung der Kosten und Erlöse und gibt somit an, ob das Unternehmen auf seinem Leistungsgebiet erfolgreich war oder nicht. Im Finanzergebnis sind die Salden der Beteiligungs-, Zins- oder sonstigen Finanzanlagevermögen eines Unternehmens erfasst. Das gewöhnliche Geschäftsergebnis ergibt sich aus dem Betriebs- und Finanzergebnis, während das außerordentliche Ergebnis den Saldo von außerordentlichen Erträgen und außerordentlichen Aufwendungen darstellt. Diese stehen zwar im Zusammenhang mit dem Betriebszweck, dürfen aber bei der Betriebsergebnisermittlung nicht berücksichtigt werden, da sie zufällig, einmalig und i. d. R. ungewöhnlich hoch sind, wie z. B. Schadensfälle durch Hochwasser, Verluste und Gewinne aus dem Verkauf von Anlagen. Das Jahresergebnis – Jahresüberschuss oder -fehlbetrag – ergibt sich aus dem Saldo des gewöhnlichen Geschäftsergebnisses und dem außerordentlichen Ergebnis nach Berücksichtigung von Steuern.

1.5 Übersicht der Beteiligungen

1.5.1 Beteiligungen in alphabetischer Reihenfolge

Beteiligungen	Anteil	Gesellschafter / Träger / Mitglied	Seite
Abfallwirtschaftsbetrieb Limburg-Weilburg	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	11
Abwasserverband Christianshütte	54,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	23
Bildungs- und Beschäftigungsgesellschaft mbH	100,000 %	Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung mbH	129
clinicpartner eG	-	Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH	133
Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	25
Ferienland Westerwald-Lahn-Taunus e.V.	-	Landkreis Limburg-Weilburg	159
Frankfurter Volksbank eG	-	Landkreis Limburg-Weilburg	97
Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung mbH (GAB)	87,220 %	Landkreis Limburg-Weilburg	29
Gesellschaft Hochtaunusstrasse GbR	-	Landkreis Limburg-Weilburg	73
Hallenbad Diez-Limburg GmbH	25,000 %	Kreishallenbad Weilburg	135
Jobcenter Limburg	-		123
KIG II Kreisimmobiliengesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	35
KIG Kreisimmobiliengesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	39
Klinikverbund Hessen GmbH	4,762 %	Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH	139
Kreishallenbad Weilburg GmbH	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	43
Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	47
Kreissparkasse Limburg	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	61
Kreissparkasse Weilburg	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	65
Kreisvolkshochschule Limburg-Weilburg e.V.	-	Landkreis Limburg-Weilburg	161
KSB Klinik-Service-Betriebe GmbH	100,000 %	Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH	145
Mitgliedschaften, Verbände und Vereine		Landkreis Limburg-Weilburg	155
Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH	0,009 %	Landkreis Limburg-Weilburg	75
Nassauische Sparkasse	7,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	67
Profil Limburg-Weilburg BeschäftigungsförderungsGmbH	25,000 %	Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung mbH	149
Regionalmanagement Mittelhessen	5,405 %	Landkreis Limburg-Weilburg	79
RMV - Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH	3,704 %	Landkreis Limburg-Weilburg	87
Spar- und Bauverein Wetzlar-Weilburg eG	0,293 %	Landkreis Limburg-Weilburg	97
Tierkörperbeseitigung in Rheinland-Pfalz, im Saarland, im Rheingau-Taunus-Kreis und im Landkreis Limburg-Weilburg	4,292 %	Landkreis Limburg-Weilburg	113
Vereinigte Volksbank Limburg eG	-	Landkreis Limburg-Weilburg	97
Verkehrsgesellschaft Lahn-Dill-Weil mbH	9,620 %	Landkreis Limburg-Weilburg	55
Wirtschaftsförderung Limburg-Weilburg-Diez GmbH (WFG)	18,750 %	Landkreis Limburg-Weilburg	99
ZVN Finanz GmbH	11,400 %	Landkreis Limburg-Weilburg	107
Zweckverband „Naturpark Taunus“	6,110 %	Landkreis Limburg-Weilburg	119

1.5.2 Beteiligungen nach Bereichen und in alphabetischer Reihenfolge

Beteiligung	Anteil	Gesellschafter/Träger/Mitglied	Seite
Banken und Sparkassen			
Frankfurter Volksbank eG	-	Landkreis Limburg-Weilburg	97
Kreissparkasse Limburg	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	61
Kreissparkasse Weilburg	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	65
Nassauische Sparkasse	7,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	67
Spar- und Bauverein Wetzlar-Weilburg eG	0,293 %	Landkreis Limburg-Weilburg	97
Vereinigte Volksbank Limburg eG	-	Landkreis Limburg-Weilburg	97
ZVN Finanz GmbH	11,400 %	Landkreis Limburg-Weilburg	107
Bildung und Beschäftigung			
Bildungs- und Beschäftigungsgesellschaft mbH	100,000 %	Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung mbH	129
Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung mbH (GAB)	87,220 %	Landkreis Limburg-Weilburg	29
Kreisvolkshochschule Limburg-Weilburg e.V.	-	Landkreis Limburg-Weilburg	161
Profil Limburg-Weilburg BeschäftigungsförderungsGmbH	25,000 %	Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung mbH	149
Entsorgung und Versorgung			
Abfallwirtschaftsbetrieb Limburg-Weilburg	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	11
Abwasserverband Christianshütte	54,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	23
Tierkörperbeseitigung in Rheinland-Pfalz, im Saarland, im Rheingau-Taunus-Kreis und im Landkreis Limburg-Weilburg	4,292 %	Landkreis Limburg-Weilburg	113
Gesundheit			
clinicpartner eG	-	Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH	133
Klinikverbund Hessen GmbH	4,762 %	Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH	139
Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	47
KSB Klinik-Service-Betriebe GmbH	100,000 %	Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH	145
Immobilien, Dienstleistungen			
Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	25
KIG II Kreisimmobiliengesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	35
KIG Kreisimmobiliengesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	39
Regionalmanagement Mittelhessen	5,405 %	Landkreis Limburg-Weilburg	79
Wirtschaftsförderung Limburg-Weilburg-Diez GmbH (WFG)	18,750 %	Landkreis Limburg-Weilburg	99
Jobcenter Limburg			123
Verkehr			
RMV - Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH	3,704 %	Landkreis Limburg-Weilburg	87
Verkehrsgesellschaft Lahn-Dill-Weil mbH	9,620 %	Landkreis Limburg-Weilburg	55
Wirtschaft, Kultur und Freizeit			
Ferienland Westerwald-Lahn-Taunus e.V.	-	Landkreis Limburg-Weilburg	159
Gesellschaft Hochtaunusstrasse GbR	-	Landkreis Limburg-Weilburg	73
Hallenbad Diez-Limburg GmbH	25,000 %	Kreishallenbad Weilburg	135
Kreishallenbad Weilburg GmbH	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	43
Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH	0,009 %	Landkreis Limburg-Weilburg	75
Zweckverband „Naturpark Taunus“	6,110 %	Landkreis Limburg-Weilburg	119

2 Beteiligungen (Anteil des Landkreises Limburg-Weilburg am Stammkapital von mehr als 20%) und Eigenbetriebe

2.1 Abfallwirtschaftsbetrieb Limburg-Weilburg

Unternehmensportrait

Adresse:	Niederstein Süd, 65614 Beselich-Obertiefenbach	
Homepage:	www.awb-lm.de	
Rechtsform:	Eigenbetrieb des Landkreises Limburg-Weilburg	
Gesellschafter:	Landkreis Limburg-Weilburg	100 %
Stammkapital:	971.454,58 Euro	
Gründungsjahr:	15.12.1995	
Betriebssatzung:	beschlossen vom Kreistag am 15. Juni 2001	

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung

Gegenstand des Unternehmens:
Die Abfallwirtschaft des Landkreises Limburg-Weilburg richtet sich nach den Vorschriften des Eigenbetriebsgesetzes, den Bestimmungen der Betriebssatzung und dem Abfallwirtschaftskonzept des Landkreises Limburg-Weilburg und wird als Eigenbetrieb geführt.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen
Der Abfallwirtschaftsbetrieb Limburg-Weilburg (AWB) stellt die geordnete Abfallbewirtschaftung im Kreisgebiet nach den geltenden Gesetzen und Vorschriften sicher. Hierzu gehören insbesondere folgende Aufgaben:

a) die Erfassung, Verwertung und Entsorgung von gewerblichen und häuslichen Abfällen,
b) die Errichtung, der Ausbau und Betrieb von Deponien, Abfallbehandlungs-, Bauschuttverwertungs- und Kompostierungsanlagen,
c) die planerische und technische Konzeption der Abfallwirtschaft (Abfallwirtschaftskonzept, Abfallsatzung, Verfahren der Abfalltechnik),
d) die Abfallberatung,
e) die Erbringung der für die vorgenannten Aufgabenbereiche erforderlichen technischen und kaufmännischen Dienstleistungen.

Organe des Unternehmens

Betriebsleitung	Bernd Caliari	
Betriebskommission:	Helmut Jung, Erster Kreisbeigeordneter	Vorsitzender
	Ruprecht Keller	
	Doris Reifenberg	
	Rüdiger Brühl	
	Reinhold Ketter	
	Dr. Ralf Bletz	
	Armin Müller	
	Jürgen Dumeier	
	Oliver Jung	
	Kai Müller	
	Horst Kaiser	
	Karl-Heinz Groh	bis 16.01.2013
	Valentin Bleul	ab 26.04.2013

Bezüge
Die Sitzungsgelder der Betriebskommission betrugen im Geschäftsjahr 1.543,05 Euro. In Ausübung des Wahlrechts nach § 286 Abs. 4 HGB wird auf die Angaben über die Geschäftsbezüge der Betriebsleitung verzichtet.

Unternehmensdaten

Bilanz **Aktiva**	**2013 in €**	**2012 in €**	**2011 in €**
Anlagevermögen	14.117.229,60	11.823.525,64	12.091.026,58
Immaterielle Vermögensgegenstände	9.369,00	17.746,00	22.604,00
Vorräte	29.688,86	14.208,00	14.208,00
Forderungen	8.613.071,24	8.526.780,87	8.198.890,51
Wertpapiere	34.000.000,00	32.000.000,00	8.500.000,00
Kassenbestand	2.334.336,91	2.239.965,46	4.046.979,87
Rechnungsabgrenzungsposten	6.207,27	11.470,92	7.235,01
Summe Aktiva	**56.109.902,88**	**54.633.696,89**	**53.380.943,97**
Passiva	**2013 in €**	**2012 in €**	**2011 in €**
Stammkapital	971.454,58	971.454,58	971.454,58
Zweckgebundene Rücklagen	3.214.386,37	3.755.891,59	2.618.818,44
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-1.032.763,83	-541.505,22	1.137.073,15
Sonderposten mit Rücklageanteil	84.188,94	96.035,93	105.542,92
Rückstellungen	46.695.114,66	43.599.132,73	41.832.546,68
Verbindlichkeiten	6.177.522,16	6.752.687,28	6.712.828,61
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	2.679,59
Summe Passiva	**56.109.902,88**	**54.633.696,89**	**53.380.943,97**

Gewinn- und Verlustrechnung	2013 in €	2012 in €	2011 in €
Umsatzerlöse	19.416.707,34	19.441.092,19	20.853.113,67
+ sonstige betriebliche Erträge	118.926,78	113.284,72	464.581,53
- Materialaufwand	12.660.861,33	12.643.762,41	12.596.785,80
- Personalaufwand	1.321.972,43	1.239.853,70	1.206.963,69
- Abschreibungen	948.859,50	928.415,21	877.525,67
- sonstige betriebliche Aufwendungen	6.633.224,80	6.420.948,15	6.586.421,26
+ Erträge aus Wertpapieren	1.221.292,89	997.134,12	
+ Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	44.572,61	424.690,61	793.133,08
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	261.104,95	277.563,95	228.047,61
Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00
- Sonstige Steuern	8.240,44	7.163,44	8.125,44
Jahresgewinn/-fehlbetrag	**-1.032.763,83**	**-541.505,22**	**1.137.073,15**

Geschäftsverlauf / Situationsbericht

Einrichtungen

Der Abfallwirtschaftsbetrieb Limburg-Weilburg (AWB) betreibt zur Entsorgung von Abfällen aus Haushalten und hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen die Kreisabfalldeponie Beselich. Seit dem lnkrafttreten der Ablagerungsverordnung zum 1. Juni 2005 dürfen keine unbehandelten Abfälle mehr abgelagert werden.

Mit dem Verbot der Ablagerung für nicht behandelte Abfälle musste auch eine Möglichkeit zur Annahme und Umladung solcher Abfälle geschaffen werden, die von Bürgern, Gewerbetreibenden und Kommunen des Landkreises angeliefert werden. Hierzu wurde der bestehende Wertstoffhof erweitert und mehrere Anlieferungsboxen errichtet. ln diese Boxen werden die Abfälle der einzelnen Kunden getrennt nach ihrer Art abgeladen. Anschließend wird der Abfall in größere Transporteinheiten verladen und zu den Verwertungs- und Behandlungsanlagen gefahren. Auf dem Wertstoffhof können haushaltsübliche Mengen an Bauschutt, Metall, Papier und Pappe, Verpackungen aus Glas (Flaschen, Gläser), Leichtverpackungen in gelben Wertstoffsäcken, Altholz, Altreifen, Korken, Batterien, Kunststofftanks, Autobatterien, CDs, DVDs, Kunststoffe, Druckerpatronen, PU-Schaumdosen, Schuhe, Textilien, Bitumenabfälle, Asbestabfälle, Solarmodule sowie Kleinmengen an Mineralfaserabfällen angeliefert werden.

Auf dem erweiterten Gelände des Wertstoffhofes befindet sich auch die Annahme- und Übergabestelle für Elektroaltgeräte, die seit dem Inkrafttreten des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes vorgehalten werden muss. Hier können Elektroaltgeräte, Leuchtstoffröhren, Nachtspeicheröfen und Energiesparlampen auch direkt von den Bürgerinnen und Bürgern abgegeben werden.

Die Reinigung des Deponiesickerwassers wird seit dem Jahr 2008 vollständig in Eigenregie des AWB durchgeführt. Im Herbst 2007 wurde die Sickerwasserreinigungsanlage ertüchtigt, in dem das Sickerwasser zusätzlich mittels Aktivkohle gereinigt wird.

Auch die Deponiegaserfassung wird in Eigenregie des AWB durchgeführt.

Die Verwertung des Deponiegases wird in Form eines Betreibermodells durchgeführt. Derzeitiger Vertragspartner des AWB ist die Pro2 Anlagentechnik GmbH.

Für die Verarbeitung von Bioabfällen betreibt die Herhof-Kompostierung Beselich GmbH & Co. KG im Auftrag des Abfallwirtschaftsbetriebes die betriebseigene Kompostierungsanlage in Weinbach-Gräveneck sowie im Rahmen eines Betreibermodells das Kompostwerk in Beselich-Obertiefenbach.

Die Sammlungen von Hausmüll, Geschäftsmüll, Sperrmüll, Bioabfall, Altpapier und Elektrokleingeräten werden von einer Bietergemeinschaft durchgeführt. Diese besteht aus den Unternehmen Bördner GmbH Städtereinigung und SITA Kommunal Service West GmbH.

Die Verwertung des gesammelten Altpapiers wurde im Jahr 2013 zunächst vom Unternehmen Alba West, dem Bestbietenden der EU-weit erfolgten Ausschreibung, durchgeführt. Zum 1. Juni 2013 hat das Entsorgungsunternehmen ALBA Group ihr Tochterunternehmen, die ALBA West GmbH an das Unternehmen Schönmackers Umweltdienste GmbH & Co. KG im Rahmen eines Share-Deals verkauft. Hierbei ist der bestehende Vertrag zur Altpapierverwertung auf die Schönmackers Umweltdienste GmbH & Co. KG übergegangen. Zum 1. Dezember 2013 hat die Schönmackers Umweltdienste GmbH & Co. KG wiederum den Vertrag zur Altpapierverwertung an die REMONDIS GmbH & Co. KG, Region Südwest im Rahmen eines Asset Deals veräußert. Nach erfolgter Zustimmung durch den Landkreis verwertet die REMONDIS GmbH & Co. KG das gesammelte Altpapier.

Die Sonderabfall-Kleinmengen werden durch die B-F Sonderabfall GmbH & Co. KG eingesammelt.

Die Einsammlung von Elektrogroßgeräten führt das Projekt Job & Work der Jugend- und Drogenberatung Limburg e.V. durch. Für die Verwertung der Elektrogeräte ist seit dem Inkrafttreten des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes zum 23.03.2006 die Stiftung Elektro-Altgeräte-Recycling (ear) zuständig. Im Jahr 2013 wurde die Verwertung der Haushaltsgroßgeräte, der Informations- und Telekommunikationsgeräte sowie der Haushaltskleingeräte im Zuge der Eigenvermarktung von der Abholung durch EAR ausgenommen. Diese Geräte werden im Rahmen der Eigenverwertung von der Profil Limburg-Weilburg Beschäftigungsförderungsgesellschaft und der Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung zerlegt.

Benutzungsgebühren

Im Geschäftsjahr 2013 wurden die Gebühren für die im Holsystem (Haushalte, Kleingewerbe etc.) eingesammelten und im Bringsystem (Selbstanlieferer) angelieferten Abfälle nach der "Satzung über die Entsorgung von Abfällen und die Erhebung von Gebühren im Landkreis Limburg-Weilburg" vom 18. Dezember 2012 erhoben.

Seit dem 01.07.2006 erfolgt die Erhebung der Gebühren gemäß § 19 Abs. 3 und Abs. 4 ausschließlich durch den Abfallwirtschaftsbetrieb. Die Gesamtgebühreneinnahme betrug 17.282 T€. Hiervon entfielen 16.471 T€ auf die Gebühren für Haus-

und Geschäftsmüll, 722 T€ auf direkt der Deponie angediente Abfälle und 89 T€ auf direkt den beiden Kompostierungsanlagen angediente Abfälle. Die Gebühreneinnahme lag damit um 62 T€ unter der Einnahme des Jahres 2012 (inkl. 18 T€ Einnahmen aus dem Verkauf von Abfallsäcken) in Höhe von 17.344 T€.

Abfallmengen

Im Jahr 2013 wurden dem Abfallwirtschaftsbetrieb insgesamt 248.533 Mg Abfall überlassen.

Von dieser Menge wurden 193.929 Mg getrennt erfasst und einer Verwertung zugeführt. Die Menge ist gegenüber dem Vorjahr um 19.442 Mg gestiegen. Diese Zunahme ist vor allem bei den inerten Verwertungsabfällen (plus 20.267 Mg), die in der laufenden Baumaßnahme zu Oberflächenabdeckung des Deponieabschnitts B3 eingesetzt werden, zu verzeichnen. Bei den anderen Wertstofffraktionen sind geringfügige Änderungen gegenüber dem Vorjahr eingetreten. Im Jahr 2013 wurden 24.152 Mg Bioabfall (minus 390 Mg), 13.370 Mg Altpapier (minus 343 Mg), 3.498 Mg Altglas (minus 122 Mg), 3.924 Mg Verkaufsverpackungen (plus 9 Mg) und 1.551 Mg Haushaltsgeräte (minus 18 Mg) gesammelt und verwertet. Des Weiteren wurden 1.036 Mg sonstiger Wertstoffe (Altreifen, Schrott, Batterien, Altholz, Kunststoff u. a.) (plus 39 Mg) erfasst und einer Verwertung zugeführt.

Des Weiteren wurden dem Abfallwirtschaftsbetrieb 54.489 Mg an gemischten Abfällen überlassen. Gegenüber dem Vorjahr ist dies eine Abnahme von 1.925 Mg. Von dieser Menge entfielen 48.873 Mg auf Hausmüll und gewerbliche Restabfälle und 5.616 Mg auf Sperrmüll.

Vom Hausmüll und den gewerblichen Restabfällen wurden 38.782 Mg in der mechanisch-biologischen Stabilatanlage der MBS-Anlage Westerwald GmbH & Co. KG behandelt und 9.878 Mg auf der Kreisabfalldeponie Beselich deponiert. Die übrige Menge von 213 Mg Restabfall (Mineralfaserabfälle, Asbestabfälle, Krankenhausabfälle) wurde in externen Anlagen entsorgt.

Der eingesammelte Sperrmüll wurde in etwa ein Dutzend Materialfraktionen sortiert. Anschließend wurden 226 Mg Abfall einer stofflichen Verwertung und 5.390 Mg einer energetischen Verwertung zugeführt.
Über die Sonderabfall-Kleinmengensammlung wurden 115 Mg Schadstoffe erfasst.

Personal

Der Stellenplan 2013 des Abfallwirtschaftsbetriebes enthält 29 Stellen. Von diesen Stellen entfallen 6 Stellen auf die allgemeine Verwaltung (einschl. Betriebsleitung), 9 Stellen auf die Gebührenveranlagung, 3 Stellen auf Abfalltechnik, Abfallberatung und Öffentlichkeitsarbeit sowie 11 Stellen auf den Bau und Betrieb von Abfallbehandlungsanlagen. Von den im Stellenplan ausgewiesenen Stellen waren 2 Stellen im Jahr 2013 unbesetzt.
Die Vergütung des Personals erfolgt nach dem TVÖD. Für Fortbildungs- und Informationsveranstaltungen wurden im Berichtsjahr T€ 20 verausgabt.

Der Personalaufwand betrug in 2013 T€ 1.322, davon T€ 1.023 Gehälter, T€ 299 Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Beiträge zur Zusatzversorgungskasse. Aufwandsmindernd wurde eine Auflösung der gebildeten Rückstellung für Altersteilzeit in Höhe von 33 T€ gebucht.

Stand der Bauvorhaben

Im Jahr 2013 wurde der im Vorjahr begonnene Bau einer qualifizierten Abdeckung des Deponieabschnittes B 3 und die Errichtung des Entgasungssystems im Deponieabschnitt B 3 fortgeführt. Durch diese Baumaßnahme, die im Rahmen der Deponienachsorge durchgeführt und finanziert wird, soll das gesetzlich vorgeschriebene Deponiegasfassungssystem für diesen Deponieabschnitt und der mineralische Teil der endgültigen Oberflächenabdichtung umgesetzt werden. Dabei wird der mineralische Teil der Oberflächenabdichtung in Absprache mit der Aufsichts- und Genehmigungsbehörde nach bundeseinheitlichem Qualitätsstandard (BQS) ausgeführt. Hierdurch soll erreicht werden, dass sowohl die in Kürze zu erwartenden erhöhten Anforderungen an temporäre Abdeckungen eingehalten und die spätere Anerkennung als mineralischer Teil der endgültigen Oberflächenabdichtung ermöglicht werden. Eine unqualifiziert gebaute Abdeckung hätte beim späteren Bau der endgültigen Abdichtung wieder entfernt werden müssen. Aufgrund dieser Umplanungen kann die Baumaßnahme nicht wie vorgesehen zum Jahresende 2013 fertig gestellt werden. Die Fertigstellung ist für Juli 2014 geplant.

Als nächste Deponiebau Maßnahme ist der Abschluss der Basisabdichtung im Deponiebereich B 3 vorgesehen, damit dieser, als Grubendeponie errichtete, Deponieabschnitt seine maximale Funktionsfähigkeit und Sicherheit erhält. Die Herstellung der Basisabdichtung in diesem Teilbereich ist somit als Maßnahme zur langfristigen Sicherung der Kreisabfalldeponie und damit als Bestandteil der Nachsorge zu werten.

Nach Herstellung der Basisabdichtung im Deponiebereich B 3 ist dann die Oberflächenabdeckung der Deponieabschnitte B 1 bis B 2 als weitere Baumaßnahme vorgesehen. Diese Abdeckung soll ebenfalls nach bundeseinheitlichem Qualitätsstandard (BQS) ausgeführt werden, die eine spätere Anerkennung als mineralischer Teil der endgültigen Oberflächenabdichtung gewährleistet. Bei dieser Baumaßnahme fällt bei der Profilierung einzelner Böschungsbereiche ein abfallhaltiger Materialüberschuss an. Damit dieser innerhalb der Kreisabfalldeponie sicher umgelagert werden kann, ist zuvor der Abschluss der Basisabdichtung im Deponiebereich B 3 notwendig.

Derzeit wird geprüft, ob auf dem kreiseigenen Gebäude in Limburg, Gartenstraße 1 eine PV-Anlage errichtet und wirtschaftlich betrieben werden kann.

Ausblick und Risikoabschätzung

Der Jahresverlust beläuft sich auf 1.033 T€. Er liegt damit um 51 T€ über dem Ansatz des Wirtschaftsplanes mit einem Verlust von 982 T€.

Gebühren

Die Erhebung der Gebühren erfolgt im Jahr 2014 auf Grundlage der Satzung über die Entsorgung von Abfällen und die Erhebung von Gebühren im Landkreis Limburg-Weilburg (Abfall- und Gebührensatzung) vom 13. Dezember 2013. Diese Gebühren wurden analog zu den durch das Büro Schüllermann und Partner für das Jahr 2007 kalkulierten Gebührensätzen errechnet. Dabei wurden die Vorgaben aus dem Beschluss des VGH vom 08.09.2005 berücksichtigt. Für das Jahr 2014 ergab sich gegenüber dem Vorjahr eine Anhebung der Personengebühr in Höhe von 1,44 Euro auf 60 Euro pro Jahr.

Im Rahmen des vom Landkreis aufgestellten Doppelhaushalts hat auch der AWB eine Planung für zwei Jahre aufgestellt. Danach sind für das Wirtschaftsjahr 2014 Gesamterträge in Höhe von 21.112 T€ geplant, denen Aufwendungen von insgesamt 22.553 T€ gegenüberstehen. Somit wird ein Verlust von 1.441 T€ erwartet. Der Wirtschaftsplan sieht für das Jahr 2014 in den Bereichen Betriebsausstattung, Büroeinrichtung und EDV Investitionen von insgesamt 215 T€ vor.

Für das Wirtschaftsjahr 2015 sind Gesamterträge in Höhe von 21.139 T€ geplant, denen Aufwendungen von insgesamt 21.678 T€ gegenüberstehen. Somit wird ein Verlust von 538 T€ erwartet. Für das Jahr 2015 enthält der Plan in den Bereichen Betriebsausstattung, Büroeinrichtung und EDV Investitionen von insgesamt 23 T€.

Im Planungszeitraum 2012/2013 wurden einige der geplanten Investitionen nicht umgesetzt und in den aktuellen Planungszeitraum verschoben. Diese Investitionen betreffen im Wesentlichen die Bereiche Gebäude, Betriebsausstattung und PV-Anlagen.

Zur Finanzierung der Investitionen ist keine Kreditaufnahme vorgesehen. Die Finanzierung erfolgt aus dem Mittelzufluss der laufenden Geschäftstätigkeit bzw. aus dem vorhandenen Finanzmittelbestand.

Bei den Erlös- und Aufwandspositionen des Wirtschaftsplans sind aufgrund bestehender Vertragsregelungen sowie stabiler Einwohnerzahlen und Abfallmengen keine signifikanten Abweichungen zu den Planansätzen zu erwarten. Die Wertstofferlöse können dagegen je nach Marktentwicklung stärkeren Schwankungen unterliegen. In den ersten vier Monaten des Jahres 2014 bewegten sich die Preise für Altpapier auf einem sehr ähnlichen Niveau. Die Erlöse für diesen Zeitraum liegen geringfügig über dem anteiligen Planansatz.

Zum 31.12.2013 weist die Gebührenausgleichsrücklage einen Betrag in Höhe von 3.214 T€ aus. Das Wirtschaftsjahr 2013 konnte mit einem Jahresverlust in Höhe von 1.033 T€ an Stelle des geplanten Verlustes in Höhe von 982 T€ abgeschlossen werden. Unter der Voraussetzung, dass der für das Wirtschaftsjahr 2014 geplante Verlust in Höhe von 1.441 T€ sowie der für das Jahr 2015 geplante Verlust in der Größenordnung von 538 T€ nicht überschritten werden, können diese Verluste durch die Inanspruchnahme der Gebührenausgleichsrücklage abgedeckt werden.

Ob im Jahr 2015 eine Anpassung der Abfallgebühren vorgenommen werden muss, wird die im jährlichen Turnus erfolgende Überprüfung der Kalkulation zeigen. Ent-

sprechend dem Beschluss des Kreistages vom 8. Dezember 2006 ist das Ergebnis dieser Überprüfung dem Kreistag bis zum 1. Oktober des Jahres vorzulegen.

Deponienachsorge

Entsprechend einer ingenieurtechnischen Berechnung aus dem Jahr 2010 durch die Ingenieurgesellschaft für Industriebau, Wasser- und Abfallwirtschaft mbH, 59320 Ennigerloh ist zum Stichtag 31.12.2020 für einen anschließenden hundertjährigen Stilllegungs- und Nachsorgezeitraum im Hinblick auf Gebührenrecht ein Rückstellungsbetrag in Höhe von 69.954 T€ erforderlich. Bereits vor dem 31.12.2020 sind in den bereits verfüllten Deponieabschnitten A und B Teile der Oberfläche abzudichten oder abzudecken und Einrichtungen des Entgasungssystems zu errichten. Für diese Maßnahmen entstehen vor dem 31.12.2020 zusätzliche Kosten in Höhe von 8.008 T€, die ebenfalls aus der Nachsorgerückstellung gedeckt werden müssen. Somit muss ein Gesamtbetrag in Höhe von 77.962 T€ für die Deponienachsorge bis zum Stichtag 31.12.2020 erwirtschaftet werden. In dieser Berechnung wird eine jährliche Preissteigerung in Höhe von 1,6% sowie eine Kapitalverzinsung in Höhe von 3,6% berücksichtigt.

Für Baumaßnahmen am Schrägschacht und zur Oberflächenabdeckung und Errichtung des Gasfassungssystems wurde bis zum 31. Dezember 2013 ein Betrag in Höhe von 3.235 T€ der Nachsorgerückstellung entnommen. Somit muss für die Deponienachsorge bis zum Stichtag 31.12.2020 noch ein Gesamtbetrag von 74.727 T€ erwirtschaftet werden. Zum Bilanzstichtag beläuft sich die Rückstellung für Deponienachsorge auf einen Betrag von 46.356 T€. Somit besteht eine Differenz zu dem betriebswirtschaftlich notwendigen Gesamtbetrag von 74.727 T€ in Höhe von 28.372 T€. Dieser Betrag soll in den Jahren 2014 bis 2020 durch eine jährliche Zuführung von 4.053,2 T€ erwirtschaftet werden.

Die bereits für die Rückstellung der Nachsorge- und Rekultivierungsverpflichtung für die Kreisabfalldeponie erwirtschafteten und dem AWB zur Verfügung stehenden Finanzmittel sind zu etwa 90 Prozent als festverzinsliche Anlagen bei Banken, die dem Einlagensicherungsfond des Bundesverbandes deutscher Banken angehören, angelegt worden. Die übrigen 10 Prozent der verfügbaren Mittel wurden in PV-Anlagen auf kreiseigenen Gebäuden investiert.

Nach Abschluss der laufenden Baumaßnahme zur Oberflächenabdeckung des Deponieabschnittes 83 im Sommer 2014 ist eine weitere ingenieurtechnische Berechnung zur Überprüfung des erforderlichen Rückstellungsbetrages auf aktualisierter Basis vorgesehen.

Entwicklung der Rahmenbedingungen bei der Restabfallbehandlung

Nach dem Inkrafttreten der Verordnung über die umweltverträgliche Ablagerung von Siedlungsabfällen und über biologische Abfallbehandlungsanlagen (Ablagerungsverordnung) in Verbindung mit der Technischen Anleitung Siedlungsabfall (TASi) dürfen ab dem 01.06.2005 keine unvorbehandelten Abfälle mehr deponiert werden. In einem EU-weiten Ausschreibungsverfahren erhielt die Herhof-Umwelttechnik GmbH im Jahr 2003 den Zuschlag zur Restabfallvorbehandlung zu einem Netto-Behandlungspreis von 88,84 € je Tonne Abfall. Die Herhof Umwelt-

technik GmbH wiederum hat im Einvernehmen mit dem Landkreis den Entsorgungsvertrag auf die Betreibergesellschaft der MBS-Anlage in Rennerod, der MBS-Anlage Westerwald GmbH & Co. KG übertragen. Gesellschafter der MBS-Anlage Westerwald GmbH & Co. KG sind:

- das irische Unternehmen Treasury Holding Germany mit 48 %,
- die Emil Mann GmbH & Co. KG mit 26 %
- und der Westerwaldkreis mit 26 %

der Geschäftsanteile. Das Unternehmen Emil Mann GmbH & Co. KG wurde zum Ende des Jahres 2006 von der UBG Beteiligungs-GmbH, Buseck übernommen.

Die ab dem 01.06.2005 auf dem Entsorgungsmarkt eingetretene Verknappung der Verarbeitungskapazitäten in Verbindung mit steigenden Verarbeitungspreisen für Restabfall hat sich auch auf den Betrieb der MBS-Anlage im Jahr 2006 ausgewirkt. So konnten in der Anlage nicht sämtliche im Landkreis Limburg- Weilburg angefallenen Restabfälle behandelt werden. Der AWB musste deshalb im Jahr 2006 auf der Kreisabfalldeponie Beselich ein Notfallzwischenlager einrichten und bis in das Jahr 2007 hinein Teilmengen von Restabfall zwischenlagern.

Darüber hinaus musste die MBS-Anlage Westerwald GmbH & Co. KG auch große Teile des erzeugten Outputs zwischenlagern, da die am Markt vorhandenen Verwertungskapazitäten nicht ausreichten und stetig höhere Zuzahlungen für den erzeugten Ersatzbrennstoff verlangt wurden. Die nicht absetzbare Restmenge musste deshalb in Ballen verpackt und auf speziell hierfür errichteten Lagerflächen zwischengelagert werden.

Um die aus den vorgenannten Gründen drohende Insolvenz der Gesellschaft zu vermeiden, haben die anliefernden Landkreise Ahrweiler, Limburg-Weilburg, Werra-Meißner und Westerwald mit Wirkung zum 1. September 2005 einer dauerhaften Erhöhung des Verarbeitungsentgelts auf netto 114 Euro je Tonne Abfall zugestimmt.

Aufgrund der erfolgten wirtschaftlichen Konsolidierung der MBS-Anlage Westerwald GmbH & Co. KG konnte die Gesellschaft in einem ersten Schritt die Verarbeitungsentgelte zum 1. Januar 2013 auf netto 110 Euro je Tonne senken. ln einem zweiten Schritt werden die Verarbeitungsentgelte ab dem 1. April 2015 auf netto 86 Euro je Tonne vermindert. Dieses Verarbeitungsentgelt unterliegt in den folgenden Jahren einer jährlichen Preissteigerung von zwei Prozent. Erstmalig erhöht sich der Preis zum 1. April 2016.

Aufgrund der beschriebenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Gesellschaft in den ersten Vertragsjahren konnte diese die geforderte Vertragserfüllungsbürgschaft zum Vertragsbeginn nicht stellen. Aufgrund der eingetretenen Entspannung auf dem Entsorgungsmarkt für Restabfälle, der durch eine Überkapazität von Entsorgungsanlagen und günstigen Verarbeitungspreisen gekennzeichnet ist und der langfristig gesicherten Verwertung des erzeugten Ersatzbrennstoffs (Trockenstabilität) wurde bislang auf die Vorlage der Vertragserfüllungsbürgschaft verzichtet.

Mit der Gesellschaft wurden Änderungsverträge dahingehend abgeschlossen, dass der Landkreis bei entsprechender Entwicklung des Entsorgungsmarktes jährlich bis zum 30. Juni diese Bürgschaft anfordern kann. Sofern die Bürgschaft nicht angefor-

dert wird, erhält der AWB von der Gesellschaft einen finanziellen Ausgleich in Höhe der Kosten, die der Gesellschaft für Gestellung der Bürgschaft entstehen.

Restabfallbehandlung

Bei der mechanisch-biologischen Behandlung der Restabfälle erfolgt zunächst eine Trocknung der Abfälle in Folge der eintretenden Selbsterhitzung des Abfalls. Anschließend werden die energiereichen Bestandteile des Abfalls separiert und zu einem hochwertigen Ersatzbrennstoff aufbereitet. Dieser Brennstoff wird in Kraftwerken, Zementwerken oder anderen industriellen Feuerungsanlagen an Stelle von fossilen Energieträgern eingesetzt. Metallabfälle werden in diesem Verfahren getrennt nach Eisen- und Nicht-Eisenmetallen aussortiert und in die Altmetallverwertung abgegeben. Inerte und nicht verwertbare Bestandteile des Restabfalls werden deponiert.

Wertstofferfassung

Das Kreislaufwirtschaftsgesetz schreibt die getrennte Erfassung von Papier-, Metall-, Kunststoff- und Glasabfällen ab dem 1. Januar 2015 vor. Als Erfassungssystem für diese Abfälle ist eine so genannte Wertstofftonne im Gespräch. Zur Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Wertstofftonne ist die Verabschiedung eines Wertstoffgesetzes im Gespräch.

Aufgrund des bei der Behandlung des Restabfalls eingesetzten mechanisch- biologischen Verfahrens mit einem hohen Verwertungsanteil sieht der AWB bei Einführung einer Wertstofftonne die Gefahr, dass diese gut funktionierende Restabfallverwertung beeinträchtigt wird. Diese Ansicht wird von weiteren Gebietskörperschaften mit mechanisch-biologischer Abfallbehandlung vertreten. Federführend ist dabei der Landkreis Kassel, der hierzu ein Modellprojekt "graue Wertstofftonne" gestartet hat. Der Kreistag des Landkreises Limburg-Weilburg hat in seiner Sitzung vom 26. April 2013 zu diesem Thema beschlossen, dass sich der AWB am Modellprojekt "graue Wertstofftonne" des Landkreises Kassel beteiligen soll.

Zur Erfüllung der gesetzlichen Pflicht zur getrennten Erfassung von Papier-, Metall-, Kunststoff- und Glasabfällen ab dem 1. Januar 2015 stehen auf dem Wertstoffhof entsprechende Sammelcontainer bereit. Derzeit werden die Verwertungswege dieser Abfälle optimiert und in diesem Zusammenhang die Anforderungen an die zu sammelnden Kunststoff- und Glasabfälle präzisiert.

Bioabfallbehandlung

Kompostierbare Küchen- und Gartenabfälle werden seit Mitte der Neunziger Jahre getrennt erfasst und in zwei Kompostierungsanlagen zu qualitätsgesichertem Kompost verarbeitet. Die Vorgaben des Kreislaufwirtschaftsgesetzes zur getrennten Sammlung und Verwertung von Bioabfällen zum 1. Januar 2015 sind erfüllt. Derzeit werden Möglichkeiten geprüft, durch das Vorschalten einer Vergärungsstufe vor die Kompostierung den Energiegehalt der Bioabfälle nutzbar zu machen.

Kreisabfalldeponie

Die Kreisabfalldeponie Beselich erfüllt sämtliche gesetzlichen Anforderungen, so dass der Weiterbetrieb über das Jahr 2005 grundsätzlich zulässig ist. Da ab dem 1. Juni 2005 nur noch inerte bzw. durch eine Vorbehandlung weitestgehend inertisierte Abfälle abgelagert werden dürfen, ist die abgelagerte Abfallmenge seitdem deutlich zurückgegangen. Eine Akquisition zusätzlicher deponiefähiger Abfälle auf Grundlage der für die Ablagerung in der Abfall- und Gebührensatzung ausgewiesenen Gebühr ist praktisch ausgeschlossen, da der Marktpreis dieser Abfälle deutlich unter der errechneten Entsorgungsgebühr in Höhe von 184 Euro je Tonne liegt.

Bis auf eine Restfläche von etwa 0,95 ha ist der Deponieabschnitt B3 mit einer kombinierten Basisabdichtung ausgebaut. Diese Restfläche soll ebenfalls mit einer kombinierten Basisabdichtung versehen werden. Damit erhält dieser als Grubendeponie errichtete Deponieabschnitt seine maximale Funktionsfähigkeit und Sicherheit. Die Herstellung der Basisabdichtung in diesem Abschnitt ist eine Maßnahme zur langfristigen Sicherung der Kreisabfalldeponie und damit ein Bestandteil der Nachsorge.

Die der Aufsichts- und Genehmigungsbehörde hierzu vorgelegte Anzeige zum vorgesehenen Ausbau des letzten Teilabschnittes wurde von dieser aufgrund des Alters der aus dem Jahr 1995 stammenden Genehmigung nicht akzeptiert, obwohl in der Vergangenheit der Ausbau sämtlicher Teilabschnitte des Deponieabschnitts B3 vor Baubeginn der Behörde in dieser Weise angezeigt wurden. Vielmehr sieht die Behörde diese Verfahrensweise sehr kritisch. Sie hat eine Reihe von Fragen gestellt und zusätzliche Unterlagen angefordert, um eine abschließende Antwort geben zu können. Aufgrund dieser Verzögerung ist eine Bauausführung im Jahr 2014 nicht mehr möglich.

Das anfallende Deponiesickerwasser wird in der im Jahr 2008 modernisierten zweistufigen Sickerwasserreinigungsanlage behandelt. Das anschließend an den Abwasserverband Christianshütte abgegebene behandelte Sickerwasser hält die vorgegebenen Grenzwerte sicher ein.

Das in den Deponiekörpern entstehende Deponiegas wird über ein Erfassungssystem gesammelt und in einem Gasmotor zur Stromerzeugung genutzt. Zur Sicherstellung, dass bei Ausfall des Gasmotors kein Deponiegas in die Atmosphäre entweicht, kann Deponiegas auch über eine Hochtemperaturfackel verbrannt werden.

Gebäude und Einrichtung

Die von der Abfallwirtschaft genutzten Gebäude und Einrichtungen sind teilweise mehr als 20 Jahre alt und entsprechen nicht mehr vollständig den aktuellen Anforderungen. Aus diesem Grund musste bereits die gesamte Hauptverteilung des elektrischen Stroms erneuert werden. Für die Unterbringung der Server wurde ein, den modernen Anforderungen an Datenschutz, Funktionssicherheit und Brandschutz entsprechender Serverschrank angeschafft.

Zur Verbesserung der Situation für die Mitarbeiter/innen im Außenbereich, die derzeit keinen Schwarz-Weiß-Bereich zur Verfügung haben, sollen die erworbenen Räumlichkeiten der ehemaligen Sortieranlage genutzt werden. Die zugehörigen Hallen werden für den Abfallumschlag, zur Fahrzeugunterbringung, Lagerung und als Werkstatt genutzt. Hierdurch wurde das bisher als Garage, Lagerraum und Werkstatt genutzte ehemalige Kraftwerksgebäude frei und konnte der Kreisverwaltung, die für die Kreisgärtner neue Räumlichkeiten benötigt, zur Verfügung gestellt werden.

Für die Bereiche Verwaltung, Gebührenveranlagung und Waage wird ein Raumkonzept erarbeitet. Dieses Konzept soll mittelfristig den Raumbedarf für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Abteilungen ermitteln und mögliche Varianten der Umsetzung und der zu erwartenden Kosten gegenüberstellen.

Standortgemeinde Beselich

Nach ergebnislosen Versuchen des Landkreises, mit der Gemeinde Beselich über eine Absenkung der im Vertrag über die Nutzung der Kreisabfalldeponie festgesetzten Pacht- und Ausgleichszahlungen zu verhandeln, hat der Kreistag am 27. April 2012 die Einleitung des vertraglich vorgesehenen Schiedsverfahren beschlossen. Schlichter ist der Landgerichtspräsident des Landgerichts Limburg. Dieser hat den Vertragsparteien im Juni 2014 einen Kompromissvorschlag unterbreitet, mit dem sich die Parlamente der Vertragsparteien befassen werden.

Im Bebauungsplan der Gemeinde Beselich für den Ausbau der Bundesstraße 49 wurden auch betriebseigene Flächen des AWB im Nahbereich der Deponie als abfallwirtschaftliche Sondernutzungsflächen ausgewiesen. Diesbezüglich steht der Bebauungsplan unter dem Vorbehalt, dass mit der Standortgemeinde ein städtebaulicher Vertrag hinsichtlich der Erschließung dieser Grundstücke abgeschlossen wird. Der Entwurf eines solchen Vertrages liegt der Gemeinde seit dem Jahr 2011 vor. Die Ausweisung der betreffenden Flächen als abfallwirtschaftliche Sondernutzungsflächen durch die Gemeinde ist bisher nicht erfolgt.

2.2 Abwasserverband Christianshütte

Unternehmensportrait

Adresse:	Schiede 43, 65549 Limburg	
Rechtsform:	Verband	
Mitglieder:	**Landkreis Limburg-Weilburg**	**54%**
	Gemeinde Beselich	46%
Gründungsjahr:	1984	
Gesell.-vertrag:	20. April 2010	

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Aufgrund der Abwasserbeseitigungspflicht im Sinne des § 45b HWG hat der Verband die Aufgabe, das bei der Kreismülldeponie in Beselich-Obertiefenbach und der geschlossenen Mülldeponie in Beselich-Niedertiefenbach (Beselicher Kopf) sowie im Ortsteil Schupbach der Gemeinde Beselich anfallende Abwasser abzuführen und zu behandeln.

Gegenstand des Unternehmens:
Der Verband hat die Aufgabe, die Abwässer der Kreisabfalldeponie Beselich und die häuslichen Abwässer der Gemeinde Beselich zu reinigen und anschließend einem Vorfluter zuzuführen. Gegenstand des Unternehmens ist somit die Verbesserung der Umwelt durch Reinigung von Abwasser.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführer:	Stefan Lorber	
Verbandsvorstand:	Manfred Michel, Landrat	Verbandsvorsteher
	Kai Müller, Bürgermeister	stellv. Verbandsvorsteher
	Helmut Jung, Erster Kreisbeigeordneter	stellv. Vorsitzender
	Dieter Ludwig, Erster Gemeindebeigeordneter	
Verbandsversammlung:	Rüdiger Brühl	(für den Kreis)
	Regina Heep	(für den Kreis)
	Hans-Peter Maxeiner	(für die Gemeinde Beselich)
	Ulrich Ahlbach	(für die Gemeinde Beselich)

Bezüge
Der Geschäftsführer erhielt eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 1.800 Euro. Der Verbandsingenieur bezog eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 1.800 Euro. Für die Teilnahme an Sitzungen wurden Sitzungsgelder und Fahrtkosten von insgesamt 175,50 Euro erstattet.

Unternehmensdaten

Gesamtergebnisplan	Ansatz 2013 in €	Ansatz 2012 in €	Ansatz 2011 in €
Summe der ordentlichen Erträge	488.000,00	533.000,00	488.000,00
Summe der ordentlichen Aufwendungen	309.950,00	324.450,00	325.150,00
Verwaltungsergebnis	178.050,00	208.550,00	162.850,00
Finanzergebnis	-104.000,00	-109.000,00	-141.000,00
Ordentliches Ergebnis	74.050,00	99.550,00	21.850,00
Außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00	0,00
Jahresergebnis	**74.050,00**	**99.550,00**	**21.850,00**

2.3 Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft Landkreis Limburg-Weilburg

Unternehmensportrait

Adresse:	Schiede 43, 65549 Limburg	
Homepage:	www.landkreis-limburg-weilburg.de	
Rechtsform:	Eigenbetrieb des Landkreises Limburg-Weilburg	
Gesellschafter:	Landkreis Limburg-Weilburg	100 %
Stammkapital:	1.000.000 Euro	
Gründungsjahr:	1. Januar 2008	
Betriebssatzung:	letzte Fassung vom 8. Mai 2009	

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Der Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft übernimmt seit dem 1. Januar 2008 die Eigentümerfunktion für die kreiseigenen Liegenschaften. Er soll sowohl die laufende Bewirtschaftung der vorhandenen Gebäude als auch die langfristig notwendigen Aus- und Umbaumaßnahmen sicherstellen.

Gegenstand des Unternehmens:
Gegenstand des Eigenbetriebes ist die Bewirtschaftung und Unterhaltung von kreiseigenen sowie dem Landkreis Limburg-Weilburg zur Nutzung überlassenen Liegenschaften (Gebäuden sowie Grund und Boden), mit Ausnahme der Kreisstraßen, der öffentlichen Wege und Plätze sowie der wald- und fortwirtschaftlichen Flächen.

Der Betriebszweck beinhaltet die Liegenschafts- und Gebäudeverwaltung, den Kauf, die Anmietung und die Vermietung von Immobilien. Hinzu kommen die Planung und Errichtung, der Neubau, Um- und Ausbauten, Instandhaltung, Wartung, Modernisierung und Sanierung bis hin zur Verwertung der Immobilien und der technischen Anlagen. Mit der Gründung des Eigenbetriebs, die auf die Initiative von Landrat Manfred Michel zurückgeht, wurden die organisatorischen Voraussetzungen geschaffen, um das erklärte Ziel des Landrats, die nachhaltige und grundsätzliche Sanierung sowie die Verbesserung der schulischen Infrastruktur zu erreichen. Durch die neue Organisationsform können die umfangreichen und vielfältigen Aufgaben des Schulträgers zeitnaher und kostengünstiger erledigt werden. Darüber hinaus bietet der Eigenbetrieb die Möglichkeit, bei der Durchführung der Bau- und Sanierungsmaßnahmen in besonderem Maße aber im vorgegebenen gesetzlichen Rahmen die heimischen mittelständigen Unternehmen zu beteiligen.

Organe des Unternehmens

Betriebsleitung	Albrecht Heckelman		Technischer Betriebsleiter
	Michael Lohr		Kaufmännischer Betriebsleiter
Betriebskommission	Manfred Michel, Landrat		Vorsitzender
	Helmut Jung, Erster Kreisbeigeordneter		stv. Vorsitzender
Mitglieder	Jutta Lippe	Ruprecht Keller	
	Heinz Valentin	Peter Trottmann	
	Ingrid Friedrich	Willi Hamm	
	Joachim Veyhelmann	Karl Nießler	
	Dr. Frank Schmidt	Wolfgang Erk	
	Wolfgang Lippe	Michael Uhl	
	Valentin Bleul	Jürgen Dumeier	
	Manfred Weyl	Alexander Hannes	

Unternehmensdaten und Situationsbericht

Die nachfolgenden vorläufigen Ergebnisse basieren auf der Soll/Ist-Analyse für den Zeitraum vom ersten bis dritten Quartal 2013. Für den Zeitraum wurden ¾ der für das Jahr 2013 im Wirtschaftsplan ausgewiesenen Beträge bzw. die anteiligen Erlöse und Kosten angesetzt. Im vorliegenden Bericht sind die aktualisierten Wirtschaftsplanzahlen des Nachtrages 2013 berücksichtigt und als Vergleichszahlen zu den Ist-Zahlen zu Grunde gelegt worden. Der Nachtragswirtschaftsplan 2013 wurde am 13. September 2013 vom Kreistag beschlossen und am 21. Oktober 2013 vom RP Gießen genehmigt.

Erläuterungen zu den Erträgen:

Bei den Umsatzerlösen aus Mieteinnahmen und der Erstattung von Nebenkosten für die Schul- und Verwaltungsgebäude (anteiliger Planansatz gesamt: ca. 12.187 T€) sind nach derzeitigem Kenntnisstand keine Ansatzabweichungen zu verzeichnen.
Die sonstigen betrieblichen Erträge (anteiliger Planansatz: ca. 1.215 T€) liegen ebenfalls im Planansatz.
Die Zinserträge aus "Sale-and-lease-back"-Projekten (anteiliger Planansatz: ca. 3.870 T€) sind vertraglich festgelegt und daher keine Planabweichungen gegeben.

Die Erträge liegen somit im anteiligem Planansatz von 17.611 T€.

Erläuterungen zu den Aufwendungen:

Bei den Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sind nach dem derzeitigem Kenntnisstand und bei einem anteiligem Ansatz in Höhe von 3.177 T€ keine Ansatzabweichungen zu verzeichnen.
Für die bezogene Leistungen (Abfall, Entsorgung und sonstige Bewirtschaftungskosten,) sind bei einem anteiligem Planansatz von 465 T€ keine Ansatzabweichungen zu erkennen.
Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind bei den Instandhaltungsmaßnahmen/Wartungsverträge geringe Abweichungen zu verzeichnen.

Die Ausgaben sind aufgrund unvorhersehbarer Reparaturarbeiten an verschiedenen Schulen höher als geplant ausgefallen. Daher haben sich bei den Instandsetzungsmaßnahmen im III. Quartal Abweichungen ergeben. Die Ausgaben liegen mit ca. 2.610 T€ um 202 T€ über dem Planansatz von 2.408 T€. Nach dem derzeitigen Kenntnisstand werden trotz der Abweichung im III. Quartal keine zusätzlichen Mittel für das Jahr 2013 benötigt, da entsprechende Einsparvorhaben für das IV. Quartal gegeben sind.
Für die Einzelpositionen Mieten und Pachten und die Arbeitsplatzkosten für Mitarbeiter (anteiliger Planansatz gesamt: ca. 6.162 T€) sind keine wesentlichen Abweichungen von den Planansätzen erkennbar.
Bei den sonstigen Geschäftsausgaben (Fortbildung, Dienstreisen, Rechtsberatung etc.) liegen die Ausgaben mit ca. 86 T€ um 64 T€ unter dem Planansatz von 150 T€. Hier sind insbesondere die Ausgaben bei den allgemeinen Geschäftsausgaben, bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sowie bei den Prozess-, Rechts- und Gerichtskosten geringer ausgefallen.
Bei den Personalkosten sind bei einem anteiligem Planansatz von 1.069 T€ für das III. Quartal keine Abweichungen zu verzeichnen. Vorbehaltlich der Nachprüfung von Rückstellungen für Pensionen und Altersteilzeit sind derzeit keine Abweichungen erkennbar.
Die Abschreibungen werden voraussichtlich nicht von dem anteiligen Ansatz von 2.497 T€ abweichen. Eventuelle Änderungen könnten sich noch durch die zu erstellende Bilanz ergeben.

Erläuterung zur Gewinnbetrachtung:

Bezogen auf die ersten drei Quartale mit einem Planverlust von 1.285 T€ (Jahresfehbedarf 1.713 T€) und einer Verschlechterung von 138 T€ beträgt der Planverlust 1.423 T€.
Die Verschlechterung würde -falls sie eintreten würde- jedoch durch höhere Nebenkostenerstattungen (Erhöhung der Einnahmen) vom Landkreis wieder egalisiert.

Erläuterungen zum Vermögensplan:

Bis zum Stichtag 30.09.2013 wurden Investitionen für Baumaßnahmen in Höhe von ca. 15.171.017 € bei einem anteiligem Planansatz in Höhe von 16.876.875 € (Jahresplanansatz: 22.502.500 €) getätigt. Für das Jahr 2013 werden für diese Investitionsmaßnahmen nach dem derzeitigem Kenntnisstand- keine Planüberschreitungen erwartet. Neben den Fortführungs- und Neubauarbeiten wurden bei den Investitionen Brandschutz- und Energetische Sanierungsarbeiten durchgeführt. Außerdem wurden interaktive Medienwände und Fachraumeinrichtungen angeschafft.
Beim Planansatz für den Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens einschl. GWG in Höhe von anteilig 9,3 T€ sind für die ersten drei Quartale Ausgaben in Höhe von 1,5 T€ angefallen.
Im Zeitraum des III. Quartals wurden zwei Investitionskredite mit einem Gesamtvolumen von 5,0 Mio. € (2 x 2,5 Mio. €) bei der WI Bank des Landes Hessen aufgenommen. Zum 30.09.2013 betrug der Stand der Kassenkredite 0 €.

Zum 30.09.2013 waren folgende Bankbestände vorhanden:

Kreissparkasse Limburg # 27763 (Girokonto)	0,00 €
Kreissparkasse Limburg # 8284 (verzinsliches Aktivkonto)	2.604.854,22 €

2.4 Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung mbH

Unternehmensportrait

Adresse: Im Schlenkert 14, 65549 Limburg

Homepage: www.gab-limburg.de

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Gesellschafter:			
	Landkreis Limburg Weilburg	**22.550 Euro**	**87,22 %**
	Jugend- und Drogenberatung LM e.V.	550 Euro	2,13 %
	Komitee für Nothilfe	550 Euro	2,13 %
	Lebenshilfe Limburg e.V.	550 Euro	2,13 %
	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband LM-WEL	550 Euro	2,13 %
	Diakonieverein LM-Umgebung e.V.	550 Euro	2,13 %
	Lebenshilfe Wetzlar/Weilburg e.V.	550 Euro	2,13 %

Stammkapital: 25.850 Euro

Gründungsjahr: 1994

Gesell.-vertrag: vom 19. Dezember 2004, zul. geändert am 24. Oktober 2011

Beteiligungen:		
	Bildungs- und Beschäftigungsgesellschaft mbH, Limburg	100 %
	Profil Limburg-Weilburg Beschäftigungsförderung GmbH	25 %
	Mittelhessischer Bildungsverein e.V.	(Mitglied)
	Paritätischen Wohlfahrtverband	(Mitglied)

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Zweck der Gesellschaft ist sowohl die Beschäftigung als auch eine allgemeine und berufsbezogene Bildung sowie die Wohlfahrtspflege i.S.d. § 66 Abgabenordnung für den vorstehend aufgeführten Personenkreis mit dem Ziel, Voraussetzungen zu schaffen, die diesem die Sicherung seiner Existenz aus eigener Kraft, d.h. unabhängig von Sozialhilfeleistungen, ermöglicht.

Gegenstand des Unternehmens:
Gegenstand des Unternehmens ist die qualifizierte Beschäftigung und die berufliche sowie persönliche Aus-, Fort- und Weiterbildung von Langzeitarbeitslosen, arbeitslosen und erwerbslosen Jugendlichen und Frauen, die einen beruflichen Wiedereinstieg anstreben, ehemaligen Sozialhilfeempfängern und -empfängerinnen, geistig, seelisch und körperlich bzw. mehrfach Behinderten und Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten (z.B. Obdachlose, Alkohol- und andere Drogenabhängige etc.) mit dem Ziel der Eingliederung bzw. Wiedereingliederung in das Erwerbsleben.

Weiter ist die Gesellschaft berechtigt, artverwandte Tätigkeiten auszuüben, die geeignet sind, den gemeinnützigen Gesellschaftszweck zu fördern. Insofern kann sie auch weitere Projekte errichten oder sich an ihnen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung:	Dr. Manfred Schmidt	(bis 30.04.2013)
	Stephan H. Zimmermann	(ab 01.05.2013)
Aufsichtsrat:	Manfred Michel, Landrat	Vorsitzender
	Marianne Zimmermann	stellv. Vorsitzende
	Michael Lohr	
	Dr. Manfred Birko	
	Karl Nießler	
Gesellschafter-versammlung:	Landrat Manfred Michel, Landkreis Limburg-Weilburg	
	Dr. Heinrich Richard, Komitee für Nothilfe e. V.	
	Oswald Schneider, Jugend- und Drogenberatung e.V.	
	Reinhard Skodda, Diakonie Limburg gGmbH	
	Albrecht Fritz, Lebenshilfe geistig Behinderte e.V.	
	Berthold Ehling / Heidrun Schneider, Lebenshilfe Wetzlar-Weilburg e.V.	
	Berthold Weikert, Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Limburg-Weilburg	

Bezüge
Von der Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB wurde Gebrauch gemacht.

Unternehmensdaten

Bilanz

Aktiva	**2013 in €**	**2012 in €**	**2011 in €**
Immaterielle Vermögensgegenstände	9,53	11,04	2.188,05
Sachanlagen	5.155.228,65	5.415.030,74	5.556.753,51
Finanzanlagen - Beteiligungen	12.783,00	12.783,00	12.783,00
- Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	75.000,00	0,00	0,00
Vorräte	33.587,69	33.587,69	33.587,69
Forderungen	540.795,89	475.823,89	745.896,86
Kassenbestand	1.472.520,11	2.200.891,35	2.694.958,68
Rechnungsabgrenzungsposten	1.395,53	5.753,65	10.283,72
SUMME AKTIVA	**7.291.329,93**	**8.143.882,40**	**9.056.451,61**
Passiva	**2013 in €**	**2012 in €**	**2011 in €**
Gezeichnetes Kapital	25.850,00	25.850,00	25.850,00
Andere Gewinnrücklagen	5.264.788,67	5.264.788,67	5.264.788,67
Verlustvortrag	**1.235.499,81**	**439.870,85**	**0,00**
Jahresfehlbetrag	**789.753,16**	**795.628,96**	**-439.870,85**
Eigenkapital	**3.265.385,70**	**4.055.138,86**	**4.850.767,82**
Sonderposten für zweckgebundene Mittel	20.478,28	23.925,24	29.792,00
Rückstellungen	580.060,00	363.810,00	398.250,00
Verbindlichkeiten	3.408.780,95	3.650.083,30	3.757.330,92
Rechnungsabgrenzungsposten	16.625,00	18.125,00	20.310,77
SUMME PASSIVA	**7.291,329,93**	**8.143.882,40**	**9.056.451,51**

Gewinn und Verlustrechnung	2013 in €	2012 in €	2011 in €
+ Umsatzerlöse	3.928.877,55	4.410.692,74	4.409.031,55
+ andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	229,55
+ sonstige betriebliche Erträge	492.281,13	532.955,62	366.456,70
+ Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	4.886,96	5.866,76	6.752,67
	4.426.045,64	**4.949.515,12**	**4.782.470,47**
Materialaufwand:			
- Aufw. für Roh-,Hilfs- und Betriebsstoffe	186.764,13	304.651,45	234.037,30
- Aufwendungen für bezogene Leistungen	196.614,03	243.799,19	160.941,83
- Personalaufwand	3.959.523,82	4.150.937,74	3.786.891,18
- Abschreibungen	567.952,48	664.993,12	914.668,17
+ sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	27.394,61	21.189,24	22.155,59
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	104.309,23	146.556,98	144.543,30
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**-786.911,44**	**-790.738,57**	**-436.456,72**
- sonstige Steuern	2.841,72	4.890,39	3.414,13
Jahresfehlbetrag	**-789.753,16**	**-795.628,96**	**-439.870,85**

Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresfehlbetrag in Höhe von 789.753,16 Euro auf neue Rechnung vorzutragen.

Geschäftsverlauf

Das Jahr 2013 war für die GAB geprägt durch die Anpassung an die bereits in 2012 ein- geleiteten massiven Kürzungen bei der Förderung von Arbeitsgelegenheiten und der Einarbeitungszuschüsse. Als eine Konsequenz wurde zum 30.06.2013 der Betrieb des Entsorgungszentrums eingestellt. Die Technischen Einrichtungen und Maschinen konnten an die Profil Beschäftigungsförderungsgesellschaft mbH verkauft werden. Diese Beteiligungsgesellschaft der GAB betreibt seit dem 01.07.2013 den Recyclingbetrieb in den Hallen der GAB als Integrationsbetrieb.

Das zweite Standbein der GAB, die Ausbildung, konnte in 2013 durch die Zusammenarbeit mit dem Landkreis, dem Jobcenter und der Agentur für Arbeit stabilisiert werden. Im Jahresdurchschnitt konnten 31 Ausbildungsplätze (Vorjahr 41) angeboten und besetzt werden. Dies wurde teilweise auch durch die Bereitstellung dreier ungeförderter Ausbildungsplätze (mit verminderter Vergütung) erreicht. Insgesamt zeigt die Entwicklung am Ausbildungsmarkt, dass die Unternehmen in Folge der bereits spürbar einsetzenden demografischen Entwicklung zunehmend auf schwächere Auszubildende zurückgreifen. Trotzdem verbleibt im Landkreis ein Personenkreis an jungen Leuten, die in Folge vielfältiger persönlicher Probleme keinen Ausbildungsplatz finden können. Hier greifen die Angebote der GAB, wie die Schuldnerberatung und die sozialpädagogische Betreuung, um auch diese Jugendlichen in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Ergebnismildernd in Bereich der Zuschüsse wirkte, dass bei zwei der drei Berufsvorbereitungsmaßnahmen (BVB) der Bundesagentur für Arbeit eine Verlängerung der Maßnahmen bis September 2015 erreicht werden konnte. Auch zertifizierte Um- und Weiterbildungsmaßnahmen werden durch die GAB angeboten, so dass insgesamt T€ 472,8 (Vorjahr T€ 386,6) hieraus erlöst werden konnten.

Durch die Einbeziehung der Ausbilder und Anleiter in diese Maßnahmen wurde erreicht, dass die hier vorhandenen personellen Kompetenzen ausgelastet und gesichert werden können.

Bedingt durch die Einstellung des Geschäftsbetriebes des Entsorgungszentrums zum 30.06.2013 und durch den Wegfall von Reinigungsaufträgen für den Rhein-Lahn-Kreis haben sich die Erlöse der Zweckbetriebe in 2013 um T€ 353,6 vermindert. Durch die Aufträge der Elektro- und Holzwerkstatt konnten dagegen T€ 131,5 mehr erlöst werden.

Vermögenslage

Das Anlagevermögen hat sich bei Investitionen von T€ 87,9 und Abschreibungen von T€ 225,2 sowie Abgängen von T€ 48,5 um T€ 184,4 vermindert.

Der Buchwert des gesamten Geländes und der Gebäude am Standort Im Schlenkert beläuft sich zum 31.12.2012 auf T€ 5.001,4 und beträgt damit 95,4 % des Anlagevermögens. Das Anlagevermögen ist durch das Darlehen und Eigenkapitalmittel zu 100 % langfristig finanziert.
Von den Investitionen entfallen T€ 75,0 auf ein Darlehen an die Beteiligungsgesellschaft Profil GmbH, das unter „Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht“ ausgewiesen wird. Die übrigen Investitionen in Höhe von T€ 12,9 betreffen hauptsächlich Betriebs- und Geschäftsausstattung für die Verwaltung und den Bildungsträger. Die Abgänge resultieren zum überwiegenden Teil aus dem Verkauf von Technischen Anlagen und Maschinen des Entsorgungszentrums. Diese wurden an die Profil GmbH verkauft, die seit dem 01. Juli 2013 einen Recyclingbetrieb am Standort „Im Schlenkert 14“ betreibt.

Die Liquiden Mittel (Kasse, Giro- und Festgeldguthaben) haben sich durch den Mittelabfluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit um T€ 728,4 vermindert.

Die Eigenkapitalausstattung beträgt zum Bilanzstichtag 2013 45,1 % (Vorjahr 50,1 %) der Bilanzsumme. Durch den Jahresfehlbetrag in Höhe von T€ 789,7 hat sich das Eigenkapital entsprechend vermindert. Der Sonderposten für zweckgebundene Mittel wurde erfolgs- wirksam mit T€ 4,9 aufgelöst. Ein Zuschuss für die zentrale EDV-Anlage wurde mit T€ 1,4 neu zugeführt.
Unter den Sonstigen Rückstellungen wurden der Verpflichtung zur Beteiligung an in der Vergangenheit angefallenen Gebäudesanierungskosten Mittel in Höhe von T€ 34,7 zugeführt. Für Arbeitsrechtstreite wurde eine Rückstellung in Höhe von T€ 208,5 neu gebildet. Die Darlehensverbindlichkeiten wurden mit T€ 162,1 planmäßig getilgt. Das Darlehen dient der Finanzierung der Investition Standort „Im Schlenkert“.

Die liquiden Mittel haben sich durch den negativen Cashflow in 2013 um T€ 728,4 auf T€ 1.472,5 vermindert. Nach Abzug des kurzfristigen Fremdkapitals und zuzüglich der kurzfristigen Aktiva verbleibt eine liquide Überdeckung (Liquidität III) in Höhe von T€ 1.311,4 oder 17,9 % der Bilanzsumme. Das langfristige Anlagevermögen ist vollständig durch Eigenkapital und langfristiges Fremdkapital finanziert.

Ertragslage

Von den Erlösen entfallen 48,5 % auf die Zuschüsse und Kostenerstattungen für die durchgeführten Maßnahmen und Projekte.
Die Drittumsätze aus den Projekten, insbesondere Gebäudereinigung, Entsorgungszentrum, Gebrauchtmöbelverkauf und Holzwerkstatt liegen damit bei 40,9 % der Erlöse.
Von den Anderen Erträgen entfallen ca. T€ 366,1 auf Erlöse aus der Vermietung von Objekten am Standort „Im Schlenkert“.

Durch die Einstellung des Betriebs des Entsorgungszentrums zum 30.06.2013 haben sich die Materialaufwendungen wesentlich vermindert. Auch ein Teil des Rückgangs bei den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist hierdurch verursacht.

Die Personalaufwendungen betragen in 2013: 85,3 % der Erlöse. Die Verminderung gegenüber dem Vorjahr ist durch die geringere Anzahl an Sozialpädagogischen Mitarbeitern und durch den Wegfall der Teilnehmerarbeitsplätze im Entsorgungszentrum zum 30.06.2013 bedingt.

Die Einstellung des Betriebs des Entsorgungszentrums zum 30.06.2013 spiegelt sich in nahezu allen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung wieder. Unter den Kostenerstattungen betrifft diese die Personalkostenzuschüsse für die dort in der Vergangenheit beschäftigten Mitarbeiter. Die Drittumsätze und die Materialaufwendungen haben sich entsprechend vermindert. Ebenso die Personalkosten, Abschreibungen und Sonstigen betrieblichen Aufwendungen.
Eine ähnliche Entwicklung, jedoch in minderen Ausmaß resultiert aus dem Wegfall von Reinigungsaufträgen aus dem Rhein-Lahn-Kreis. Diese wurden in 2013 neu an einen anderen Wettbewerber vergeben.

Risiken, Chancen der künftigen Entwicklung und Vorgänge von besonderer Bedeutung

Wie bereits im Vorjahr, haben sich die Auswirkungen des Gesetzes zur Leistungssteigerung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente (Instrumentenreform) auch in 2013 nochmals bemerkbar gemacht. Hinzu kommt, dass durch die positive wirtschaftliche Entwicklung der Druck auf die Arbeitsmarktpolitik in Hinblick auf Langzeitarbeitslose und unversorgte Ausbildungssuchende spürbar nachgelassen hat. Die tägliche Arbeit zeigt jedoch, dass auch bei der derzeit guten Beschäftigungslage für den Personenkreis mit gravierenden persönlichen Vermittlungshemmnissen unverändert erhebliche Probleme am ersten Arbeits- und Ausbildungsmarkt bestehen. Diese Zielgruppe der Arbeit der GAB ist also unverändert vorhanden und teilweise unversorgt. Die jüngste Entwicklung zeigt jedoch auch, dass die Politik dieses fortbestehende Problem erkannt hat und versucht aus der Instrumentenreform heraus neue Maßnahmen zur Hilfe zu entwickeln.

In 2013 mussten bereits einige Beschäftigungsgesellschaften mit zu starker Ausrichtung auf die Bereitstellung von Arbeitsgelegenheiten ihre Betätigung einstellen.

Gerade im Hinblick auf die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung mit derzeit nachlassenden Wachstumsraten und einer stagnierenden Beschäftigung ist zu erwarten,

dass der Bedarf für einen zweiten Arbeitsmarkt unverändert besteht und wieder anwachsen kann. Die GAB hat auf diese Entwicklungen in 2012 und 2013 reagiert und durch die Ausrichtung auf Projektarbeit und weitere Maßnahmen im Bereich des Bildungsträgers für die Zukunft vorgesorgt. Dies mit der Zielsetzung die fachliche und personelle Kompetenz bei der GAB für die Zukunft zu sichern und die in der Vergangenheit erarbeiteten Strukturen zu erhalten und anzupassen.
Möglich wurde dies auch durch die Zusammenarbeit mit den arbeitsmarktpolitischen Akteuren im Landkreis, insbesondere der Agentur für Arbeit, dem Jobcenter, der IHK und den Kammern, der Wirtschaftsförderungsgesellschaft sowie der Kreisverwaltung. Auch auf überregionaler Ebene ist die Zusammenarbeit eine Voraussetzung für die zukünftige erfolgreiche Arbeit der GAB. Hier ist die Zusammenarbeit mit dem Mittelhessischen Bildungsverband e.V., dem Verein Mitte Hessen e.V. und auch im Paritätischen Wohlfahrtverband zu nennen.

Die GAB ist erfolgreich nach AZWV und AZAV zertifiziert als Träger für Bildungsmaßnahmen. Dies bildet die Grundlage in allen Bereichen Bildungsmaßnahmen anbieten zu können. Genannt seien hier die bis Ende 2014 laufenden Projekte Qualifizierungsoffensive und Xenos. Diese durch Landes- und ESF-Mittel mitfinanzierten Maßnahmen tragen zur positiven Auswirkung und zur Vernetzung im Landkreis bei. Hierdurch und durch die positive Arbeit in den Projekten Gebäudereinigung, Elektrowerk- statt, Gebrauchtmöbelverkauf und Holzwerkstatt ist die GAB breit aufgestellt. Außerdem können die Ausbildungswerkstätten durch erfolgreiche Ausbildungsabschlüsse aufwarten. Insgesamt konnte die GAB die schwierigen Jahre 2010 bis 2013 bisher erfolgreich meistern. Sie bleibt jedoch auf die Unterstützung des Landkreises angewiesen, um auf diesem Weg weiterzugehen und die Kompetenzen und Strukturen für die Ausbildung und Beschäftigung für die Zukunft zu sichern.

Abschließend bleibt festzustellen, dass die Chancen und Risiken der betrieblichen Tätigkeit in hohem Maße von den gesetzlichen Rahmenvorgaben für den Arbeitsmarkt abhängen. Diese unterliegen, auch durch die wirtschaftliche Entwicklung bedingt einem mehr oder minder deutlichen Wandel.

Die GAB sieht daher ihre Aufgabe darin, bei sich abzeichnendem Wandel der gesetzlichen Rahmenvorgaben, frühzeitig Chancen zur Verbesserung der Vermögens- und Ertragsstruktur zu erkennen und zu nutzen sowie Risiken ebenso frühzeitig wirksam zu begegnen.

Weitere Risiken der zukünftigen Entwicklung sowie Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, liegen nach Ansicht der Gesellschaft nicht vor.

2.5 KIG – Kreisimmobiliengesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG – Pullach

Unternehmensportrait

Adresse: Wolfratshausener Straße 49, 82049 Pullach

Rechtsform: Kommanditgesellschaft (KG)

Gesellschafts-verhältnisse: Komplementärin: IGUMENITSA GmbH
Kommanditist: Landkreis Limburg-Weilburg 100 %

Stammkapital: 25.000 Euro

Gründungsjahr: Die Gesellschaft wurde durch Gesellschaftsvertrag vom 12. November 1998 unter der Firma „IGUMENISTA Verwaltungs-gesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG in München errichtet." Durch Gesellschafterbeschluss vom 13. Dezember 2005 wurde die Firmierung der Gesellschaft geändert. Sie lautet nun: KIG Kreisimmobiliengesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG

Gesell.-vertrag: 14. Dezember 2005

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung

Gegenstand des Unternehmens:
Gegenstand des Unternehmens ist der Kauf, die Herstellung, die Verwaltung und die Vermietung von Immobilien, die Verwaltung und Nutzung eigenes Kapitalvermögens und die Durchführung aller damit mittelbar oder unmittelbar zusammenhängenden Geschäfte, sowie das Eingehen von Beteiligungen an solchen Unternehmen. Ausgenommen sind die Tätigkeiten oder Geschäfte, die in § 34c GewO aufgeführt sind. Ausgenommen ist auch die Nutzung des Grundbesitzes für gewerbliche Zwecke der Gesellschafter.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführende Gesellschafterin: IGUMENISTA Verwaltungsgesellschaft mbH
(AG München HRB 122936) vertreten durch ihre Geschäftsführer
Marc-Oliver Buksch, München
Klaus Steixner, Rottach-Egern
Michael Stüber, Gauting-Stockdorf

Bezüge
Die Geschäftsführung erhält seit dem Jahr 2006 eine jährliche Haftungsvergütung in Höhe von 2.500 Euro.

Unternehmensdaten

Bilanz Aktiva	2013 in €	2012 in €	2011 in €
Ausstehende Einlagen	25.000,00	25.000,00	25.000,00
Anlagevermögen (Grundstücke, Bauten)	75.695.523,77	77.569.930,88	79.444.337,99
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	0,00	739,57	0,00
Kassenbestand/Guthaben bei KI	156.078,86	121.331,99	134.484,22
SUMME AKTIVA	**75.851.602,63**	**77.692.002,44,56**	**79.578.822,21**

Passiva	**2013 in €**	**2012 in €**	**2011 in €**
Eigenkapital			
Kommanditkapital	25.000,00	25.000,00	25.000,00
Kapital des atypisch stillen Gesellschafters			
Festkapitalkonto	17.006.927,00	17.006.927,00	17.006.927,00
Gesellschafterverrechnungskonto	93.095,37	310.629,87	494.711,59
Verlustvortragskonto	-5.566.509,44	-5.567.166,44	-5.364.844,90
Rückstellungen	5.172,50	5.172,50	5.172,50
Verbindlichkeiten gg. KI, Gesellschafter, sonstige	64.312.917,20	65.936.439,51	67.436.856,98
SUMME PASSIVA	**75.851.602,63**	**77.692.002,44**	**79.578.822,21**

Gewinn- und Verlustrechnung	2013 in €	2012 in €	2011 in €
Umsatzerlöse	4.617.302,64	4.476.179,69	4.349.693,51
+ sonstige betriebliche Erträge	0,00	0,00	0,00
- Materialaufwand	60.453,98	52.054,62	54.426,40
Abschreibungen auf Sachanlagen	1.874.407,11	1.874.407,11	1.874.407,11
- sonstige betriebliche Aufwendungen	43.877,66	54.689,52	42.643,76
+ sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	8,49	649,11
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.637.906,89	2.697.358,47	2.750.646,23
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**657,00**	**-202.321,54**	**-371.770,88**
Erträge aus Verlustübernahme durch den atypisch stillen Gesellschafter	**0,00**	**202.321,54**	**371.770,88**
Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	657,00	0,00	0,00
Jahresüberschuss	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Geschäftsverlauf

Grundlagen des Unternehmens und Darstellung des Geschäftsverlaufs

Die KIG Kreisimmobiliengesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG hat mit dem Landkreis Limburg-Weilburg am 20. Dezember 2005 ein Vertragswerk bestehend aus Erbbaurechts- und Immobilienmietvertrag, atypisch stillem Gesellschaftsvertrag sowie Ankaufs- und Andienungsrechtsvertragen mit Gesamtinvestitionskosten von 83,7 Mio. Euro abgeschlossen. Der Immobilien-Mietvertrag umfasst die Vermietung von Schulgebäuden, Turn- und Sporthallen, Verwaltungsgebäuden, Wirtschafts-, Wohn- und Werkstattgebäuden. Die Erfüllung der damit zusammenhängenden Verträge erfolgte im Berichtsjahr planmäßig.

Darstellung der Lage

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wird durch die Tätigkeit der Gesellschaft als Vermieter daher insbesondere durch die langfristig abgeschlossenen Verträge bestimmt. Die Leasingvertragsdauer beträgt 15 Jahre und 10 Tage und endet mit Ablauf des 30. Dezember 2020. Sofern der Generalmieter sein Ankaufsrecht zum 30. Juni 2015 ausübt, endet der Immobilien-Mietvertrag automatisch bereits mit Ablauf des 30. Juni 2015.

Der Kaufpreis der Erbbaurechte samt den aufstehenden Gebäuden betrug insgesamt 83.739.754 Euro. Die Finanzierung erfolgte zum Teil über Fremdkapital in Höhe von 67.032.827 Euro. Zur restlichen Leistung des Kaufpreises sowie der Erwerbsnebenkosten wurde die Einlage der atypisch stillen Gesellschafterin in Höhe von 17.006.927 Euro verwendet.

Die Leasingraten werden von dem Landkreis Limburg-Weilburg auf die Gesamtinvestitionskosten über 83,7 Mio. Euro geleistet. Im Berichtsjahr war die Liquidität der Gesellschaft durch die planmäßig erbrachte Miete über insgesamt 4.556.848,66 Euro gesichert (davon Anteil zur Bedienung des Fremdkapitals 3.844.531 Euro, des Eigenkapitals 260.268 Euro sowie des Mieterdarlehens in Höhe von 452.049,66 Euro). Der Leasingvertrag sieht eine jährliche Steigerung der Mietraten in Höhe von 3 % p. a. vor. Der Kapitaldienst für die langfristigen Finanzierungsverträge wurde vertragsgerecht bedient.

Das Gesamtjahresergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit der Gesellschaft (Gewinn in Höhe von 657 Euro) entspricht im Berichtsjahr dem prognostizierten Ergebnis und wird entsprechend den Vereinbarungen aus dem Vertrag über die Errichtung einer atypischen Gesellschaft zu 100% an die atypisch stille Gesellschafterin abgeführt.

Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft und Risiken der künftigen Entwicklung

Die Geschäftsentwicklung der ersten Monate des laufenden Geschäftsjahres bestätigt uns in der Erwartung, auch 2014 ein planmäßiges Ergebnis ausweisen zu können. Vorgänge von besonderer Bedeutung, die die wirtschaftliche Lage unserer Gesellschaft negativ beeinflussen, sind nach dem Abschlussstichtag nicht eingetreten. Anfängliche negative steuerliche Ergebnisse werden durch spätere positive Ergebnisse ausgeglichen.

Besondere Risiken der künftigen Entwicklung der Gesellschaft sieht die Geschäftsführung derzeit nicht.

Hinweis:
Der Kreistag hat am 11. April 2014 die Ausübung des Ankaufrechts zum 30. Juni 2015 beschlossen.

2.6 KIG II – Kreisimmobiliengesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG – Pullach

Unternehmensportrait

Adresse: Wolfratshausener Straße 49, 82049 Pullach

Rechtsform: Kommanditgesellschaft (KG)

Gesellschafts-verhältnisse: Komplementärin: ANKYRA Verwaltungsgesellschaft mbH
Kommanditist: Landkreis Limburg-Weilburg 100 %

Stammkapital: 25.000 Euro

Gründungsjahr: Die Gesellschaft wurde durch Gesellschaftsvertrag vom 5. Dezember 2003 mit Wirkung zum 17. Dezember unter der Firma ANKYRA Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG in Frankfurt am Main errichtet.
Durch Gesellschafterbeschluss vom 17. Oktober 2006 wurde die Firmierung der Gesellschaft geändert. Sie lautet nun: KIG II Kreisimmobiliengesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG

Gesell.-vertrag: 13. November 2006

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung

Gegenstand des Unternehmens:
Gegenstand des Unternehmens ist der Kauf, die Herstellung, die Verwaltung und die Vermietung von Immobilien, die Verwaltung und Nutzung eigenen Kapitalvermögens und die Durchführung aller damit mittelbar oder unmittelbar zusammenhängenden Geschäfte sowie das Eingehen von Beteiligungen an solchen Unternehmen. Ausgenommen sind die Tätigkeiten oder Geschäfte, die in § 34c GewO aufgeführt sind. Ausgenommen ist auch die Nutzung des Grundbesitzes für gewerbliche Zwecke der Gesellschafter.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführende Gesellschafterin: ANKYRA Verwaltungsgesellschaft mbH
(AG München HRB 140456) vertreten durch ihre Geschäftsführer
Marc-Oliver Buksch, München
Klaus Steixner, Rottach-Egern
Michael Stüber, Gauting-Stockdorf

Bezüge
Die Geschäftsführung erhält seit dem Jahr 2007 eine jährliche Haftungsvergütung in Höhe von 2.500 Euro.

Unternehmensdaten

Bilanz Aktiva	2013 in €	2012 in €	2011 in €
Ausstehende Einlagen	25.000,00	25.000,00	25.000,00
Anlagevermögen (Grundstücke, Bauten)	52.343.085,11	53.561.152,97	54.719.149,82
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	76,19	0,00	297,50
Kassenbestand	41.596,62	41.975,83	42.705,07
SUMME AKTIVA	**52.384.757,92**	**53.603.128,80**	**54.761.854,89**

Passiva	**2013 in €**	**2012 in €**	**2011 in €**
Kapitalanteile	25.000,00	25.000,00	25.000,00
Kommanditkapital	25.000,00	25.000,00	25.000,00
Kapital des atypisch stillen Gesellschafters	8.452.145,48	8.588.469,48	8.828.783,07
Rückstellungen	5.172,50	5.173,00	5.172,50
Verbindlichkeiten	43.927.439,94	45.009.486,32	41.972.749,22
SUMME PASSIVA	**52.384.757,92**	**53.603.128,80**	**54.761.854,89**

Gewinn- und Verlustrechnung	2013 in €	2012 in €	2011 in €
Umsatzerlöse	3.062.200,01	2.951.501,83	2.639.487,03
+ sonstige betriebliche Erträge			345.444,62
- Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	53.043,68	29.990,83	29.622,52
Abschreibungen auf Sachanlagen	1.218.067,86	1.218.067,86	1.216.866,44
- sonstige betriebliche Aufwendungen	25.176,76	24.810,36	25.628,25
+ sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	2,52	211,78
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.759.312,71	1.797.534,22	1.668.702,42
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**6.599,00**	**-118.898,92**	**44.323,80**
+ Erträge aus Verlustübernahme	0,00	118.898,92	0,00
aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne	6.599,00	0,00	44.323,80
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Geschäftsverlauf

Grundlagen des Unternehmens und Darstellung des Geschäftsverlaufs

Die KIG Kreisimmobiliengesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG hat mit dem Landkreis Limburg-Weilburg am 8. Dezember 2006 ein Vertragswerk bestehend aus Erbbaurechts- und Immobilienmietvertrag, atypisch stillem Gesellschaftsvertrag sowie Ankaufs- und Andienungsrechtsverträgen mit Gesamtinvestitionskosten von 56,7 Mio. Euro abgeschlossen. Der Immobilien-Mietvertrag umfasst die Vermietung von Schulgebäuden, Turn- und Sporthallen, Verwaltungsgebäuden, Wirtschafts-, Wohn- und Werkstattgebäuden. Die Erfüllung der damit zusammenhängenden Verträge erfolgte im Berichtsjahr planmäßig.

Darstellung der Lage

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wird durch die Tätigkeit der Gesellschaft als Vermieter und daher insbesondere durch die langfristig abgeschlossenen Verträge bestimmt. Die Leasingvertragsdauer beträgt 15 Jahre und 20 Tage und endet

mit Ablauf des 30. Dezember 2021. Sofern der Generalmieter sein Ankaufsrecht zum 30. Juni 2016 ausübt, endet der Immobilien-Mietvertrag automatisch bereits mit Ablauf des 30. Juni 2016.

Der Kaufpreis der Erbbaurechte samt den aufstehenden Gebäuden betrug insgesamt 56.505.732 Euro. Die Finanzierung erfolgte zum Teil über Fremdkapital in Höhe von 45.215.732 Euro. Zur restlichen Leistung des Kaufpreises sowie der Erwerbsnebenkosten wurde die Einlage der atypisch stillen Gesellschafterin in Höhe von 11.490.000 Euro verwendet.

Die Leasingraten werden von dem Landkreis Limburg-Weilburg auf die Gesamtinvestitionskosten über 56,6 Mio. Euro geleistet. Im Berichtsjahr war die Liquidität der Gesellschaft durch die planmäßig erbrachte Miete über insgesamt 3.009.156 Euro gesichert (davon Anteil zur Bedienung des Fremdkapitals 2.601.137 Euro und des Eigenkapitals 167.658 Euro sowie Tilgung Mieterdarlehen in Höhe von 240.361 Euro). Der Leasingvertrag sieht eine jährliche Steigerung der Mietraten in Höhe von 3 % p. a. vor. Der Kapitaldienst für die langfristigen Finanzierungsverträge wurde vertragsgerecht bedient.

Das Gesamtjahresergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit der Gesellschaft (Gewinn) entspricht im Berichtsjahr bis auf die Abschreibung der aktivierten Sanierungsmaßnahmen und der angepassten Mietraten für die Westerwaldschule und die Heinrich-von-Gagern-Schule sowie der Zinsen des für das in diesem Zusammenhang gewährten Mieterdarlehens im Wesentlichen dem prognostizierten Ergebnis und wird entsprechend den Vereinbarungen aus dem Vertrag über die Errichtung einer atypischen Gesellschaft zu 100 % von der atypisch stillen Gesellschafterin übernommen.

Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft und Risiken der künftigen Entwicklung

Die Geschäftsentwicklung der ersten Monate des laufenden Geschäftsjahres bestätigt uns in der Erwartung, auch 2014 ein planmäßiges Ergebnis ausweisen zu können. Dieses wird sich jedoch aufgrund der Sanierungsmaßnahmen der beiden Schulen (Westerwaldschule) und (Heinrich-von-Gagern-Schule) um die Abschreibung der aktivierten Sanierungsmaßnahmen sowie der Anpassung der Mietraten und der Verzinsung des in Höhe der Sanierungsaufwendungen zu gewährendem Mieterdarlehen verändern.

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die die wirtschaftliche Lage unserer Gesellschaft negativ beeinflussen, sind nach dem Abschlussstichtag nicht eingetreten. Anfängliche negative steuerliche Ergebnisse werden durch spätere positive Ergebnisse ausgeglichen.

Besondere Risiken der künftigen Entwicklung der Gesellschaft sieht die Geschäftsführung derzeit nicht.

Hinweis:
Der Kreistag hat am 11. April 2014 die Ausübung des Ankaufrechts zum 30. Juni 2016 beschlossen.

2.7 Kreishallenbad Weilburg GmbH

Unternehmensportrait

Adresse:	Bahnhofstraße, 35781 Weilburg	
Homepage:	www.kreishallenbad-weilburg.de	
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	
Gesellschafter:	Landkreis Limburg-Weilburg	100 %
Stammkapital:	25.564,59 Euro	
Gründungsjahr:	27. März 1981	
Beteiligungen:	Hallenbad Diez-Limburg	25 %

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Das Kreishallenbad Weilburg ist durch die Schließung verschiedener Bäder nunmehr das einzige öffentliche Hallenbad im Landkreis Limburg-Weilburg. Das Kreishallenbad hat dadurch eine zentrale Aufgabe in den Bereichen des Sports und der Freizeitgestaltung. Außerdem dient es dem Landkreis Limburg-Weilburg als Schulträger zur Erteilung des lehrplanmäßigen Schwimmunterrichts.

Gegenstand des Unternehmens:
Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb des Kreishallenbades Weilburg.
Weiterhin ist Gegenstand des Unternehmens der Bau und die Unterhaltung von Photovoltaikanlagen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung	Gerhard Bill	
Gesellschafterversammlung	Manfred Michel, Landrat	Vorsitzender
	Ruprecht Keller	
	Heinz-Jürgen Deuster	
	Karl Heinz Stoll	

Bezüge
Der Geschäftsführer hat im Jahr 2013 Gesamtbezüge in Höhe von 3.900 Euro erhalten.

Unternehmensdaten

Bilanz

Aktiva	2013 in €	2012 in €	2011 in €
Sachanlagen	1.589.337,16	1.634.142,69	1.710.99,19
Finanzanlagen	6.975.412,53	6.975.412,53	6.975.412,53
Anlagevermögen	**8.564.749,69**	**8.609.555,22**	**8.686.411,72**
Vorräte	361,62	361,62	200,62
Forderungen und sonst. Vermögensgegenstände	576.502,89	545.468,29	641.870,93
Kassenbestand	165.241,67	133.891,99	98.500,30
Umlaufvermögen	742.106,18	679.721,90	713.571,85
Rechnungsabgrenzungsposten	6.666,89	7.222,46	7.778,03
SUMME AKTIVA	**9.313.522,76**	**9.296.499,58**	**9.407.761,60**
Passiva	**2013 in €**	**2012 in €**	**2011 in €**
Gezeichnetes Kapital	25.564,59	25.564,59	25.564,59
Kapitalrücklagen	585.922,86	585.922,86	585.922,86
Gewinn-/Verlustvortrag	4.105.661,59	3.816.892,37	3.530.279,17
Jahresüberschuss	408.761,04	288.769,22	286.613,20
Eigenkapital	5.125.910,08	4.717.149,04	4.428.379,82
Rückstellungen	12.069,00	8.454,00	7.005,00
Verbindlichkeiten	4.175.543,68	4.570.896,54	4.972.376,78
SUMME PASSIVA	**9.313.522,76**	**9.296.499,58**	**9.407.761,60**

Gewinn- und Verlustrechnung	2013 in €	2012 in €	2011 in €
+ Umsatzerlöse	204.284,82	205.944,53	210.723,49
- Materialaufwand	144.151,74	149.591,59	128.230,38
Rohertrag			
- Personalaufwand	256.521,63	253.180,21	237.111,75
- Abschreibungen	77.000,50	77.363,40	78.089,68
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	51.799,51	56.554,71	57.198,87
+ Erträge aus Beteiligungen	1.032.037,50	908.193,00	908.193,00
+ Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	848,37	3.859,14	1.297,58
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	160.805,06	155.876,91	224.951,71
- Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	4.338,48	-345,23	1.687,20
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	**408.761,04**	**288.769,22**	**286.613,20**

Situationsbericht

Wesentliche Entwicklungen im abgelaufenen Wirtschaftsjahr

Das im August 2013 begonnene zeit- und arbeitsaufwendige VOF -Verfahren konnte am 17.02.2014 mit der Beauftragung an die ARGE Sanierung Hallenbad Weilburg GbR Veauthier Meyer GmbH Architekten Ritz und Losacker GmbH in Weilburg abgeschlossen werden. Das beauftragte Büro geht davon aus, dass im Frühjahr 2015 nach Abschluss der Planungen und der dann vorliegenden Baugenehmigung mit den Bauarbeiten begonnen werden kann. An dem Verfahren selbst haben sich insgesamt 11 Planungsbüros deutschlandweit beteiligt. Drei Büros waren nach Erstellung eines Be-

wertungsschlüssels eingeladen, ihre Bewerbung Anfang Januar 2014 im Kreishaus vorzustellen.

Nach Interessenbekundungsverfahren wurden zwischenzeitlich ebenfalls die Aufträge für die Fachingenieurleistungen in den Gewerken Tragwerksplanung, Vermessungsarbeiten und Heizung - Lüftung - Sanitär vergeben. Die Beauftragung der Ingenieurleistungen für die Gewerke Badewassertechnik und Elektrotechnik sind ebenfalls erfolgt.

Die Besucherzahlen haben sind im Jahr 2013 mit 60053 Besuchern leicht zurückgegangen. Das liegt unter anderem daran, dass sich durch die vorgesehene Schließung einige Nutzer bereits nach anderen Möglichkeiten umgesehen haben.

Gegenüber dem Vorjahr schloss das Jahresergebnis um TEUR 120 besser ab, der Jahresüberschuss beläuft sich auf TEUR 409 und begründet sich durch die gestiegenen Beteiligungserträge.

Die Entwicklung des abgelaufenen Geschäftsjahres wird von der Geschäftsleitung als positiv angesehen. Das im Wirtschaftsplan zugrunde gelegte Ergebnis wurde deutlich übertroffen.

Darstellung der Vermögenslage

Die Bilanzsumme hat sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 17 auf TEUR 9.314 erhöht. Das Anlagevermögen entspricht 91,9% der Bilanzsumme. Im Geschäftsjahr konnte ein Gewinn von TEUR 409 erzielt werden. Bedingt durch den Jahresgewinn erhöht sich das Eigenkapital auf TEUR 5.126. Die Eigenkapitalquote beträgt damit 55,0%. (Vorjahr 47,1%). Das Anlagevermögen ist zum Jahresende ausreichend langfristig finanziert.

Kennzahlen

Zur Analyse der Ertragslage der Gesellschaft wurden die folgenden Rentabilitätskennzahlen und Aufwandsstrukturkennzahlen ermittelt:

Kennzahl	Kennzahlendefinition	2013	2012	2011
Umsatzrentabilität	= Betriebsergebnis/Umsatzerlöse	-158,8	-160,2	137,4
Abschreibungsquote	= Abschreibungen/Umsatzerlöse	37,7	37,4	37,0
Personalquote	= Personalaufwand/Umsatzerlöse	125,5	122,8	112,3

Darstellung der Finanzlage	2013 in TEUR	2012 in TEUR
1. Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	+265	+233
2. Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-32	-1
3. Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-202	-197
4. Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	+31	+35
5. Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	134	99
6. Finanzmittelfonds am Ende der Periode	165	134

Die Liquidität der Gesellschaft war im abgelaufenen Geschäftsjahr jederzeit gesichert.

Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung

Nach dem heutigen Kenntnisstand werden die tatsächlichen Bauarbeiten Anfang 2015 beginnen. Dabei gehen wir von einer knapp 2 jährigen Bauzeit bis zur Wiedereröffnung aus. Finanziell werden sich diese beiden Jahre unterschiedlich entwickeln, das wir durch die Entkernung des seitherigen Bades im Jahre 2015 eine Sonderabschreibung in Höhe von rund 450.000 Euro vornehmen werden.

Ergebnisprognose für die folgenden zwei Wirtschaftsjahre

Für das Jahr 2014 gehen wir von einem Jahresüberschuss in Höhe von etwa 250.000 Euro aus, da die Beteiligungserträge wieder auf dem Niveau des Jahres 2012 liegen. Für das Jahr 2015 rechnen wir mit einem Fehlbetrag in Höhe von rund 200.000 Euro. Das liegt vor allem an der geplanten Sonderabschreibung in Höhe von rund 450.000 Euro.

Risiken der voraussichtlichen Entwicklung

Ein umfassendes dokumentiertes Risikofrüherkennungssystem ist nicht eingerichtet. Die installierten Planungs- und Steuerungsmaßnahmen sehen wir aber als ausreichend an, um auf entstehende Risiken reagieren zu können. Die Ertragslage der Gesellschaft bleibt wesentlich durch die zufließenden Beteiligungserträge bestimmt. Diese Beteiligungserträge werden im Jahr 2014 zumindest in gleicher Höhe erwartet. Inwieweit hier Änderungen in der Zukunft zu erwarten sind, bleibt abzuwarten. Die SüwAG geht zumindest in ihrer mittelfristigen Planung von einer kontinuierlichen Ausschüttung aus.

Sonstige Angaben

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres im Sinne des § 289 Abs. 2 Nr. 1 HGB sind nicht eingetreten.

Hinweis:
Das Kreishallenbad in Weilburg soll ab dem Jahr 2015 grundhaft saniert und umgebaut werden (Kreistagsbeschluss vom 21. Juni 2013).

2.8 Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH

Unternehmensportrait

Adresse:	Am Steinbühl 2, 35781 Weilburg		
Homepage:	www.krankenhaus-weilburg.de		
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung		
Gesellschafter:	Landkreis Limburg-Weilburg		100 %
Stammkapital:	100.000 Euro		
Gründungsjahr:	2005		
Gesellsch.-vertrag:	9. Dezember 2011		
Beteiligungen:	Seniorenzentrum Fellersborn		100,00 %
	KSB-Klinik Betriebe GmbH	25.000,00 Euro	100,00 %
	Klinikverbund Hessen GmbH	5.238,10 Euro	4,762 %
	Clinicpartner eG		

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege durch bedarfs- und leistungsgerechte sowie wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung mit ambulanten und stationären Krankenhausleistungen. Darüber hinaus ist Zweck der Gesellschaft der Betrieb von Heimen und Einrichtungen der Altenhilfe, die ambulante, teilstationäre und stationäre Pflege von alten Menschen einschließlich deren sozialen und kulturellen Betreuung sowie das Angebot von Wohngelegenheiten nach den Grundsätzen der Altenhilfe.

Gegenstand des Unternehmens
Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb des Kreiskrankenhauses Weilburg gGmbH und der Betrieb des Seniorenzentrums Fellersborn in Löhnberg.

Die Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH betreibt das Kreiskrankenhaus Weilburg und ab 1. Dezember 2009 das Seniorenzentrum Fellersborn in Löhnberg. Das Kreiskrankenhaus Weilburg ist mit 181 Betten im Krankenhausplan des Landes Hessen als Haus der Grund- und Regelversorgung ausgewiesen. Ferner ist eine Krankenpflegeschule mit 46 Ausbildungsplätzen angegliedert. Das Seniorenzentrum Fellersborn verfügt über 48 vollstationäre Plätze incl. 2 Plätze für Kurzzeitpflege.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung:	Herr Peter Schermuly	
Aufsichtsrat:	Landrat Manfred Michel	Vorsitzender
	Helmut Jung, Erster Kreisbeigeordneter	stv. Vorsitzender

Dr. Hans-Christoph Noack, Arzt
Dr. Dietrich Weiß, Arzt
Robert Becker, Bürgermeister a. D.
Dr. Frank Schmidt, Historiker I Bürgermeister
Joachim Veyhelmann, Beamter
Günter Henche (Betriebsrat), Betriebsrat
Renate Michel (Betriebsrat), Lehrerin für Pflegeberufe
Peter Hoffmann (Betriebsrat) Krankenhaustechnik

Gesellschafter-versammlung:	Landrat Manfred Michel	Vorsitzender
	Helmut Jung, Erster Kreisbeigeordneter	stv. Vorsitzender
	Dr. Ralf Bletz, Rechtsanwalt	
	Hans-Jürgen Heil, Bürgermeister a. D.	
	Harald Sprenger, Polizeibeamter i. R.	
	Peter Rompf, Regierungsangestellter	
	Christian Radkovsky, Student	

Bezüge:
Es wurden keine Bezüge für den Aufsichtsrat gezahlt.
Für die Teilnahme an den Aufsichtsratssitzungen wurden Sitzungsgelder und Fahrtkosten von insgesamt 550,30 Euro erstattet.
Zu den Angaben der Vergütungen für die Geschäftsführung wird von der Befreiungsvorschrift nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht.

Unternehmensdaten

Bilanz **Aktiva**	2013 in €	2012 in €	2011 in €
Anlagevermögen	15.890.384,58	16.819.934,81	17.059.015,81
Immaterielle Vermögensgegenstände	323.884,00	198.335,00	231.809,00
Beteiligungen	25.000,00	25.000,00	25.000,00
Sonstige Finanzanlagen	10.000,00	10.000,00	10.000,00
Vorräte	508.723,23	468.248,63	439.653,41
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	4.016.030,02	5.403.722,97	4.771.277,44
Kassenbestand/Guthaben bei KI	131.442,68	4.994,43	427.737,57
Rechnungsabgrenzungsposten	15.160,05	7.738,61	37.949,65
SUMME AKTIVA	**20.920.624,56**	**22.937.974,45**	**23.002.442,88**

Passiva	**2013 in €**	**2012 in €**	**2011 in €**
Gezeichnetes Kapital	100.000,00	100.000,00	100.000,00
Kapitalrücklagen	2.403.248,25	2.426.917,25	2.450.587,25
Freie- / Gewinnrücklagen	65.666,00	65.666,00	65.666,00
Gewinn-/Verlustvortrag	-9.340,06	-10.265,82	381.607,97
Jahresfehlbetrag (-)/Jahresüberschuss	-192.104,26	925,76	-391.873,79
Eigenkapital	**2.367.469,93**	**2.583.243,19**	**2.605.987,43**
Sonderposten aus Zuweisungen	11.345.765,00	11.984.717,00	12.135.620,04
Rückstellungen	2.894.908,59	2.916.994,10	3.418.379,16
Verbindlichkeiten	4.012.804,51	5.101.082,63	4.438.255,72
Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	299.676,53	351.937,53	404.200,53
SUMME PASSIVA	**20.920.624,56**	**22.937.974,45**	**23.002.442,88**

Gewinn- und Verlustrechnung	2013 in €	2012 in €	2011 in €
Umsatzerlöse	25.768.482,00	25.283.202,62	24.587.919,55
Verminderung d. Bestandes an unfertigen Leistungen	54.389,28	13.034,59	-52.712,79
Sonstige betriebliche Erträge *	3.197.825,50	*4.567.241,31**	4.602.438,56
	29.020.696,98	**29.863.478,52**	**29.137.645,32**
- Personalaufwand	17.734.980,89	17.646.655,69	16.786.891,96
- Materialaufwand	7.018.018,63	7.842.033,80	7.566.243,05
Zwischenergebnis	**4.267.697,46**	**4.374.789,03**	**4.784.510,31**
- Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegen- stände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.420.439,71	1.431.478,04	1.400.832,02
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.927.571,58	2.830.702,52	3.677.325,96
Zwischenergebnis	**-80.313,83**	**112.608,47**	**-293.647,67**
+ sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.762,35	2.334,47	8.677,51
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	106.051,29	112.203,55	105.045,85
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**-183.602,77**	**2.739,39**	**-390.016,01**
- Steuern vom Einkommen und Ertrag	7.436,28	598,00	
- Steuern	1.065,21	1.215,63	1.857,78
Jahresfehlbetrag/-überschuss	**-192.104,26**	**925,76**	**-391.873,79**

**(2012) In der Position „sonstige betriebliche Erträge" ist die Verlustausgleichszahlung in Höhe von 1.413.000 Euro des Landkreises verbucht.*

Geschäftsverlauf

Entwicklung von Krankenhäusern im Gesundheitswesen

Die finanziellen Ressourcen der Krankenhäuser werden durch die Gesundheitsreformen der letzten Jahre zunehmend knapper. Die gesetzgeberischen Aktivitäten haben bereits zu einer Umstrukturierung im Gesundheitswesen und insbesondere auch im Krankenhauswesen geführt.
Die anhaltend steigende Tarifsituation belastet die Krankenhäuser erheblich, da hier kein vollständiger gesetzlicher Ausgleich durch entsprechende Anhebung der Landesbasisfallwerte stattfindet.
Die demographische Situation mit einer wachsenden Zahl an älteren Menschen und Langzeitkranken stellt die Krankenhäuser vor große Herausforderungen.
Angesichts des Fachkräftemangels herrscht ein intensiver Wettbewerb um bestimmte Personalgruppen, insbesondere im ärztlichen Bereich wird ausreichend qualifiziertes Personal gesucht.

Das im Jahr 2012 in Kraft getretene "Gesetz zur Verbesserung der Versorgungsstrukturen in der gesetzlichen Krankenversicherung" betrifft auch die Krankenhäuser. Ein formuliertes Ziel ist es, die Verzahnung zwischen stationären und ambulanten Bereichen weiter zu fördern und an aktuelle Anforderungen anzupassen.
Die medizinischen Fachgesellschaften verfolgen zunehmend das Ziel, durch Zertifizierung von Zentren, die Qualität der Behandlung definierter Krankheitsbilder zu verbessern und die gestiegenen Anforderungen an die Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität durch Kostenträger und staatliche Behörden, langfristig zu sichern.

Die Forderungen nach zunehmender Qualitätssicherung, Zertifizierungen und die Verpflichtung zur Abgabe von Qualitätsberichten steigen weiter.

Die Krankenhäuser werden einem immer stärker werdenden Wettbewerb ausgesetzt und durch neue Strukturen und Prozesse in der Krankenversorgung vor konzeptionelle und bauliche Herausforderungen gestellt. Gegenüber den Kostenträgern müssen darüber hinaus in verstärktem Maß Nachweise in Verbindung mit bestimmten Leistungen im Zusammenhang definierter Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualitätsmerkmale erbracht werden.

Bund und Länder planen ab 2015 weitreichende Änderungen in der Finanzierung der Krankenhäuser und Verbesserungen in der Behandlungsqualität für die Patienten. Klinikplanung und Bezahlung sollen sich an der Qualität ausrichten.

Pflegesatzverfahren

Am 20. August 2013 wurde mit den Kostenträgern eine Vereinbarung für das Jahr 2013 verhandelt und in einem Ergebnisprotokoll festgehalten, die Entgeltvereinbarung wurde von den Vertragsparteien unterschrieben. Die Genehmigung durch das Landesversorgungsamt Hessen ist erteilt.
Das Krankenhaus und die Kostenträger vereinbarten für das Geschäftsjahr folgende Werte:

	Vereinbart 2013	*Ist-Ergebnis 2013*	*Ist-Ergebnis 2012*
Fallzahl DRG	6.073	6.135	6.709
Summe effektiver Bewertungsrelation	6.920,00	6.843,998	7.032,178
CMI	1,139	1,1156	1,0482

Umsatzentwicklung der Belegungszahlen und Nutzungsgrade

Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH:

	2013	2012	2011
Behandelte Patienten (stationär)	6.135,5	6.455,5	6.050,5
Belegungstage	46.669	48.872	46.814
Durchschnittl. Verweildauer(Tage) (ohne Verlegung innerh. des Hauses)	7,61	7,57	7,74
Nutzungsgrad (%)	70,64	73,77	70,86
Planbetten	181	181	181
Durchschnittlich belegte Betten	127,86	133,53	128,26

Seniorenzentrum Fellersborn:
47,58 Bewohner (durchschnittlich)
17.368 Pflegetage

Investitionen

Es wurden Investitionen in Höhe von 672 TEUR getätigt, davon entfallen auf den Ausbau der Parkplätze (Schrankenanlage) 147 TEUR, dem Umbau Unter-/Rohrgeschoss 26 TEUR, den Erwerb von Software-Lizenzen 175 TEUR und für die Ausstattung Seniorenzentrum Fellersborn 9 TEUR. Des Weiteren wurden 270 TEUR für medizinische Ausstattung und 45 TEUR für Investitionen im Wirtschafts- und Verwaltungsbereich aufgewendet.

Personal- und Sozialbereich

Die durchschnittliche personelle Besetzung (Vollkräfte) stellt sich wie folgt dar:

	2013	2012
Teilbereich Krankenhaus	262,89	268,60
Teilbereich Seniorenzentrum	18,78	18,81
Gesamt	**281,67**	**287,41**

Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Die geriatrische Tagesklinik wurde am 1. April 2013 eröffnet.
Ab dem 1. Juli 2013 wurde das Parken auf dem Klinikgelände kostenpflichtig.
Ein Brand im November 2013 führte zu aufwendigen Sanierungsarbeiten im 3. Obergeschoß.

Vermögenslage und Finanzlage

Das Anlagevermögen ist in Höhe von 96,5 % (2012: 97,5%) durch lang- und mittelfristiges Vermögen bestehend aus Eigenkapital, Sonderposten und Darlehen gedeckt.
Die Vorräte beinhalten Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe 135,5 TEUR (Vorjahr 149,4 TEUR) sowie DRG-Überlieger 373,2 TEUR (Vorjahr 318,8 TEUR).
Die Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht verminderten sich um 358,3 TEUR auf 197,8 TEUR. Diese beinhalten die Forderung Umbau/Brandschutz z Unter- und Rohrgeschoss 168,0 TEUR, die Restforderung an den Ausbildungsfond gemäß § 17a KHG für das Jahr 2013: 29,8 TEUR. Der Bestand der flüssigen Mittel erhöhte sich um 126,5 TEUR.
Das Eigenkapital hat sich durch den Jahresfehlbetrag des Geschäftsjahres und durch den Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung um 215,8 TEUR verringert, die Eigenkapitalquote beträgt 11,32 %. Die Verbindlichkeiten enthalten 1.962,0 TEUR langfristige Darlehen und Verbindlichkeiten nach Krankenhausfinanzierungsrecht 408,5 TEUR.

Aufwands- und Ertragslage

Das laufende Betriebsergebnis beträgt -328 TEUR (Vorjahr -1.586 TEUR).
Das neutrale Ergebnis beträgt 136 TEUR (Vorjahr 1.587 TEUR).
Die Personalkostenquote beträgt 68,8% sowie die Materialaufwandquote 27,2 % des Umsatzes.
Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 192,1 TEUR setzt sich zusammen aus dem Jahresfehlbetrag des Krankenhauses von 174,2 TEUR und dem Jahresfehlbetrag von 17,9 TEUR des Seniorenzentrums Fellersborn.
Die Prognose für das Jahr 2013 im Wirtschaftsplan (geplanter Jahresfehlbetrag 596 TEUR) wurde durch Personalmaßnahmen und den Versorgungszuschlag nach § 8 Abs.10 KHEntgG positiv beeinflusst. Der tatsächliche Jahresfehlbetrag beträgt 192,1 TEUR.

Wesentliche Risiken der künftigen Entwicklung

Die durch den Bundesgesetzgeber vorgegebenen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen belasten weiterhin die entsprechende Situation der Krankenhäuser in

Deutschland. Das DRG-System hat sich nun fest etabliert und bietet den Kliniken sowohl Chancen als auch Risiken. Es ist ein zunehmender Wettbewerb in den letzten Jahren ebenso zu beobachten wie eine weitere massive Verweildauerverkürzung. Gleichzeitig findet man neben einem rasanten technologischen Fortschritt eine deutliche Zunahme Pflegebedürftiger und multimorbider Patienten. Der Krankenhaussektor wird daher weiterhin durch wirtschaftliche Zwänge gekennzeichnet sein, die für jedes Krankenhaus Effizienzsteigerungen und das Erschließen von Rationalisierungspotentialen erfordert. Insbesondere vor dem Hintergrund von steigenden Personal- und Sachkosten gilt es weitere Wirtschaftlichkeitsreserven in allen Bereichen zu erschließen. Darüber hinaus entsteht eine zunehmende Notwendigkeit für Krankenhäuser ihre Marktstellung durch verstärkte Kooperation und Verbundstrukturen zu festigen.

Die Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH muss durch eine stringente Kostensenkung einerseits und einer Leistungsausweitung andererseits den wirtschaftlichen Zwängen entgegenwirken. Hierbei müssen alle Möglichkeiten im Rahmen von Umstrukturierungsmaßnahmen und Kooperationen im Sinne einer Verbesserung der Wirtschaftlichkeit ausgeschöpft werden. Die vom Gesetzgeber hierzu vorgegebenen Rahmenbedingungen belasten derzeit die Krankenhäuser schwer. So wurde die Tarifsteigerung in den Jahren 2011/2012 und 2013 nur teilkompensiert. Damit bleibt es bei einer Unterfinanzierung der tariflich verursachten Personalkostensteigerungen. Eine verbesserte Erlössituation im Rahmen von Fallzahlsteigerungen können aus Sicht des Krankenhauses im orthopädischen, geriatrischen und gefäßchirurgischen Bereich erzielt werden. Hierbei wird zur Erschließung der notwendigen Belegungskapazitäten unter anderem auch die weitere Kürzung von Verweildauern im Rahmen des medizinisch Vertretbaren eine Rolle spielen.
Abzuwarten bleiben die Auswirkungen der neueren gesetzlichen Rahmenbedingungen der Krankenhausfinanzierung. Darüber hinaus werden durch die Einführung des bundeseinheitlichen Basisfallwertkorridors die unterschiedlichen Basisfallwerte der Länder bis zum Jahr 2014 angeglichen.

Die Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH als Gesellschafterin der Klinikverbund Hessen GmbH, einem Zusammenschluss von 28 kommunalen hessischen Kliniken, plant eine engere Zusammenarbeit zwischen den Krankenhäusern. Gleichzeitig werden seitens der Geschäftsführung Gespräche mit den benachbarten Schwerpunktkrankenhäusern in Limburg und Wetzlar hinsichtlich einer künftigen engeren Kooperation geführt. Zielsetzung hierbei ist ein abgestimmtes Versorgungsangebot zu etablieren bei gleichzeitiger Stärkung des Klinikstandortes in Weilburg sowie das Erschließen von Synergieeffekten.
Seit dem 1. Dezember 2009 betreibt die Krankenhaus Weilburg gGmbH ein Alten- und Pflegeheim in Löhnberg mit 48 Plätzen incl. zweier eingestreuter Kurzzeitpflegeplätze. Das neue Haus wird von der Bevölkerung sehr gut angenommen und ist zwischenzeitlich voll ausgelastet. Auch das wirtschaftliche Ergebnis gestaltet sich zwischenzeitlich positiv.

Weitere Zielsetzung ist eine Leistungsausweitung in den Bereichen Orthopädie, Geriatrie und Gefäßchirurgie, was auf Basis der Leistungsdaten 2011 und 2012 realistisch erscheint. Darüber hinaus wurde mit den Kostenträgern der Betrieb einer geriatrischen Tagesklinik mit 10 tagesklinischen Plätzen verhandelt. Die Mietförderung des Landes Hessen durch Fördermittel ist zwischenzeitlich zugesagt. Die Abteilung Or-

thopädie erhielt im Dezember 2012 die Zulassung zum stationären Verletztenarten-verfahren der Berufsgenossenschaften.

Die Budgetsicherheit ist nach heutiger Gesetzeslage den Krankenhäusern auch für die nächsten Jahre gegeben. Daher wird es im Sinne einer Standortsicherung im Wesentlichen darauf ankommen, ob es gelingt, die derzeitigen Kosten unter Berücksichtigung der Leistungszahlen zu senken und die Erlöse zu steigern. Gleichzeitig hat der weitere Ausbau der Kooperation mit den Nachbarkliniken unter anderem zur Erzielung von Synergieeffekten oberste Priorität. Die o. a. Risiken sind durch entsprechende Maßnahmen ausreichend abgefangen und befinden sich daher unter Kontrolle der Geschäftsführung. Zu den entsprechenden Maßnahmen gehört u.a. auch ein mittlerweile etabliertes Risikomanagementsystem. Halbjährlich wird ein Risikobericht erstellt, in dem die Ergebnisse der Risikoanalyse und -bewertung zusammengefasst sind.
Weitere Risiken der künftigen Entwicklung -insbesondere bestandsgefährdende Risiken- bestehen u.E. nicht.
Die Liquidität ist durch die Bürgschaft des Gesellschafters in Höhe von 4 Millionen Euro gesichert.

Berichterstattung nach § 289 Abs. 2 HGB

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Es ist geplant, die Station der ehemaligen Gynäkologie I Geburtshilfe im 1. Obergeschoss sowie die Eingangshalle im Jahre 2014 beginnend zu sanieren. Fördermittel hierzu wurden bereits beantragt.

Voraussichtliche Entwicklung

Für das Geschäftsjahr 2014 wird ein ausgeglichenes Ergebnis angestrebt unter der Voraussetzung einer leichten Steigerung der Bewertungsrelationen 2013.
Für das Geschäftsjahr 2015 wird ein ähnliches Ergebnis wie 2014 in Abhängigkeit der gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen erwartet.

Hinweis:
Öffentlicher Betrauungsakt für die Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH
Die derzeitige Betrauung vom 10. Dezember 2010 wurde aufgrund des Beschlusses der EU-Kommission vom 20. Dezember 2011 angepasst und am 14. November 2013 vom Kreisausschuss beschlossen.

2.9 Verkehrsgesellschaft Lahn-Dill-Weil mbH

Unternehmensportrait

Adresse: Karl-Kellner-Ring 49, 35576 Wetzlar

Homepage: www.vldw.de

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Gesellschafter:	**Landkreis Limburg-Weilburg**	**12.500 Euro**	**9,6153 %**
	Lahn-Dill-Kreis	12.500 Euro	9,6153 %
	42 Städte und Gemeinden	mit je 2.500 Euro	je 1,92 %

Stammkapital: 130.000 Euro

Gründungsjahr: 22. Dezember 2000

Gesell.-vertrag: Letzte Fassung vom 1. Juni 2011

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Gesellschaft hat die Aufgabe, den ÖPNV flächendeckend und bedarfsgerecht nach einheitlichen und verkehrswirtschaftlichen Gesichtspunkten sicherzustellen. Über die Schnittstelle im Verbund mit dem RMV und anderen Nahverkehrsunternehmen wird Mobilität auch über die Kreisgrenzen hinaus geboten und verbessert.

Gegenstand des Unternehmens:
Gegenstand des Unternehmens ist die Einrichtung und Durchführung von Verkehren des öffentlichen Personennahverkehrs zur bedarfs- und standortgerechten Bedienung unter Berücksichtigung der zwischen den Gesellschaftern vorhandenen engen wirtschaftlichen Verflechtungen und kreisübergreifenden Verkehren

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung Kira Lampe, Wetzlar
Dirk Hans-Otto Plate, Weilmünster

Aufsichtsrat:

Hans-Peter Schick, BM, Weilburg	(bis 06.05.2013)	Vorsitzender
Manfred Michel, Landrat, Limburg	(bis 06.05.2013)	stellv. Vorsitzender
Manfred Michel, Landrat, Limburg	(ab 07.05.2013)	Vorsitzender
Wolfgang Schuster, Landrat, Wetzlar		(bis 31.01.2013)
Heinz Schreiber, Erster KB	(ab 31.01.2013) ab 07.05.	stellv. Vorsitzender
Michael Lotz, Bürgermeister, Dillenburg		
Dr. Gerhard Zoubek, Bürgermeister, Haiger		

Hans-Peter Stock, Bürgermeister, Schöffengrund
Bernd Heine, Bürgermeister, Waldsolms
Michael Ruoff, Bürgermeister, Hadamar
Wolfgang Erk, Bürgermeister, Bad Camberg
Michael Stanke, Erster Stadtrat, Limburg
Eckehard Förster, Bürgermeister a. D., Herborn
Peter Trottmann, Schornsteinfegermeister, Dornburg

Gesellschafter-versammlung: gesamt 52 Stimmanteile
u.a. Christian Radkovsky

Bezüge
Die Angabe der Vergütung für die Geschäftsführung unterbleibt. Von der Befreiungsvorschrift nach § 286 Abs. 4 HGB wird Gebrauch gemacht.

Unternehmensdaten

Bilanz **Aktiva**	**2012 in €**	**2011 in €**
Immaterielle Vermögengegenstände	19.126,00	27.733,54
Sachanlagen	137.971,00	75.373,00
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	64.263,00	157.328,75
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
- aus Lieferungen und Leistungen	1.326.824,79	329.069,13
- gegen Gesellschafter	2.749.942,59	1.519.966,02
sonstige Vermögensgegenstände	1.490.358,65	1.015.238,23
Kassenbestand	6.460.180,81	9.238.802,79
Rechnungsabgrenzungsposten	265.246,00	237.276,45
SUMME AKTIVA	**12.513.912,84**	**12.600.818,21**
Passiva	**2012 in €**	**2011 in €**
gez. Kapital	130.000,00	130.000,00
Kapitalrücklage	7.493.122,15	7.493.122,15
Gewinnvortrag	-3.284.822,01	1.473.396,17
Jahresfehlbetrag	1.001.581,31	-4.758.218,18
Sonderposten für Investitionszuschüsse	93.303,00	104.127,00
Sonstige Rückstellungen	2.237.560,07	3.864.949,82
Verbindlichkeiten	1.093.789,20	631.395,71
Rechnungsabgrenzungsposten	3.749.379,12	3.661.845,54
SUMME PASSIVA	**12.513.912,84**	**12.600.818,21**

Gewinn- und Verlustrechnung	**2012 in €**	**2011 in €**
Umsatzerlöse	13.248.858,04	13.491.559,25
+ sonstige betriebliche Erträge	8.357.804,56	3.030.894,90
- Aufwendungen für bezogene Leistungen	18.705.723,89	19.463.549,24
Rohergebnis	**2.900.938,71**	**-2.941.004,09**
- Personalaufwand Löhne und Gehälter	779.602,59	806.389,60
- Soziale Abgaben u. Aufwendungen, Altersvorsorge	222.329,06	201.746,84
Abschreibungen auf Sachanlagen	45.648,40	43.478,94
- sonstige betriebliche Aufwendungen	886.621,31	855.171,80
+ sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	35.519,29	91.657,44

- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**1.002.256,64**	**-4.756.133,83**
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-1,67	-0,87
Sonstige Steuern	677,00	2.085,22
Jahresfehlbetrag/-überschuss	**1.001.591,31**	**-4.758.218,18**

Der Jahresabschluss für das Jahr 2013 lag zum Zeitpunkt des Erstellens des Beteiligungsberichts noch nicht vor und wird erst im Dezember von der Gesellschafterversammlung beschlossen.

Situationsbericht

Die Lokale Nahverkehrsgesellschaft Kreis Limburg-Weilburg (LNG) und der Verkehrsverbund Lahn-Dill (VLD) sind im Jahr 2011 zur neuen Verkehrsgesellschaft Lahn-Dill-Weil mbH verschmolzen. Die VLDW ist eine GmbH im Besitz der 42 Städte und Gemeinden sowie der Landkreise Lahn-Dill und Limburg-Weilburg. Die VLDW nimmt für beide Landkreise die Aufgabenträgerschaft für den Lokalen Busverkehr nach dem Hessischen ÖPNV Gesetz wahr. Sie ist Partner des Rhein-Main-Verkehrsverbundes (RMV) der u.a. zuständig ist für den Schienenverkehr und den Regionalen Busverkehr. Aufgabe der VLDW ist es gemeinsam mit dem RMV den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zu organisieren, zu finanzieren und kundengerecht weiterzuentwickeln. Geschäftsführer der VLDW sind Kira Lampe und Dirk Plate. Aufsichtsratsvorsitzender ist Manfred Michel, Landrat des Landkreises Limburg-Weilburg.

Das Liniennetz in den Landkreisen Lahn-Dill und Limburg-Weilburg umfasst ca. 9,4 Mio. Bus- und 2,9 Mio. Zugkilometer. Rund 1.100 Haltestellen werden von 240 Fahrzeugen auf 73 lokalen und 21 regionalen Buslinien bedient. 8 Bahnlinien verbinden über 45 Bahnhöfe und Haltepunkte die Zentren der beiden Landkreise untereinander und mit benachbarten Oberzentren und Ballungsräumen wie u.a. dem Rhein-Main-Gebiet. In den Mobilitätszentralen in Weilburg, Limburg und Wetzlar bietet die VLDW umfassende Beratung rund um das Thema Mobilität an.

Im Rahmen des Haltestellenentwicklungsprogramms konnte die VLDW in Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinde sowie der Unterstützung des Landes Hessen alle Haltestellen mit einem neuen, einheitlichen Informationssystem ausrüsten. Das Programm umfasste weiterhin die Errichtung von Wartehallen und den barrierefreien, behindertengerechten Ausbau von ausgewählten Bushaltestellen.

Seit 2003 bildet die VLDW gemeinsam mit dem RMV Schüler der 8. Jahrgangsstufe zu ehrenamtlich tätigen RMV Bus&Bahn-Begleitern aus, die auf ihren täglichen Fahrten mit dem ÖPNV für eine spürbare Verbesserung beim Busfahren sorgen und maßgeblich dazu beitragen, dass es weniger Drängeleien an den Haltestellen und in den Bussen gibt, die Aggressionen deutlich abnehmen und die Busse pünktlicher zu ihren Zielorten gelangen.

In Grundschulen bietet die VLDW das Projekt „Busschule“ an. Mit Schulanfängern wird das richtige Verhalten im Bus und an der Haltestelle eingeübt. Sicherheitsaspekte stehen im Vordergrund. Die Kinder lernen sich richtig an der Haltestelle aufzustellen, oder sich während der Fahrt festzuhalten und beim Aussteigen auf den Verkehr zu achten.

3 Sparkassen

3.1 Kreissparkasse Limburg

Unternehmensportrait

Adresse:	Schiede 41, 65549 Limburg	
Homepage:	www.kreissparkasse-limburg.de	
Handelsregister	Amtsgericht Limburg HRA 994	
Gewährträger:	Landkreis Limburg-Weilburg	100 %
Gründungsjahr:	1908	

Beteiligungen:

Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen	1,17 %
Helicon Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien KG	1,67 %
Erste Hessisch-Thüringische Sparkassen-KG mbH & Co KG	2,56 %
Zweite Hessisch-Thüringische Sparkassen-KG mbH & Co KG	0,77 %
Dritte Hessisch-Thüringische Sparkassen-KG mbH & Co KG	1,21 %
Hessisch-Thüringische Spk.-Beteiligungsgesellschaft mbH	1,16 %
Deutsche Leasing AG & Co. KG	0,15 %
Castra Grundstücksverwaltungsges. mbH & Co. KG	0,25 %
Erwerbs-KG Beteiligung LBB	0,13 %
Teliko GmbH	16,00 %
Lord Zweite Filmproduktion GmbH & Co. KG	1,15 %
Wirtschaftsförderungsgesellschaft Limburg-Diez-Weilburg	5,00 %
Limburg Wohnungsbau-Genossenschaft eGmbH	1 Anteil
Gemeinnütziges Wohnungsunternehmen e.G. Limburg	1 Anteil

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Zur Erfüllung des öffentlichen Zwecks hat die Sparkasse das Sparen und die übrigen Formen der Vermögensbildung zu fördern und dient der Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitnehmer, des Mittelstandes, der gewerblichen Wirtschaft und der öffentlichen Hand nach Maßgabe ihrer Satzung.

Gegenstand des Unternehmens:
Die Kreissparkasse Limburg ist eine mündelsichere, dem gemeinen Nutzen dienende Anstalt des öffentlichen Rechts. Die Kreissparkasse Limburg wurde im Jahr 1908 als Universalbank gegründet und besitzt eine Vollbanklizenz.
Die Sparkasse hat die Aufgabe, als dem gemeinen Nutzen dienendes Wirtschaftsunternehmen ihres Trägers, in ihrem Geschäftsgebiet geld- und kreditwirtschaftliche Leistungen zu erbringen, insbesondere Gelegenheit zur sicheren Anlage von Geldern zu geben. Sie erledigt im Interesse ihrer Kunden Dienstleistungen nach Maßgabe der Satzung. Sie fördert die kommunalen Belange insbesondere im wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereich. Der Sparkasse obliegt darüber hinaus die Förderung des Sparens und der übrigen Formen der Vermögensbildung, die Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitnehmer, des Mittelstandes, der gewerblichen Wirtschaft und der öffentlichen Hand.

Organe des Unternehmens

Verwaltungsrat

Manfred Michel, Landrat		Vorsitzender
Dr. Norbert Zabel, Bürgermeister		stv. Vorsitzende

(15 Mitglieder, davon 5 Vertreter der Arbeitnehmer)

Lothar Blättel	Andreas Alfa
Wolfgang Erk	Thomas Plückebaum
Silvia Lissner	Jörg Mackauer
Karl Heinz Marx	Jörg Groos
Karl Nießler	Alexander Hilb
Wolfgang Sandner	
Dr. Frank Schmidt	
Wolfram Uhe	

Vorstand

Patrick Ehlen	Vorstandsvorsitzender
Mario Rohrer	Vorstandsmitglied

Bezüge
Die Gesamtbezüge des Vorstands belaufen sich auf 410 TEUR.
Die Gesamtbezüge der Verwaltungsratsmitglieder betrugen 58 TEUR.

Unternehmensdaten

Bilanz **Aktiva**	**2013** **in TEUR**	**2012** **in TEUR**	**2011** **in TEUR**
Forderungen an Kreditinstitute	164.465	167.846	150.495
Forderungen an Kunden	888.653	899.446	888.224
Wertpapiere	293.614	304.231	329.722
Übrige Aktiva	62.899	54.790	69.999
Bilanzsumme	**1.409.631**	**1.426.313**	**1.438.440**

Passiva	**2013** **in TEUR**	**2012** **in TEUR**	**2011** **in TEUR**
Verbindlichkeiten ggü Kreditinstituten	250.553	248.720	282.423
Verbindlichkeiten ggü Kunden	1.005.814	1.026.996	1.004.520
Verbriefte Verbindlichkeiten	7.991	10.207	12.965
Eigene Mittel	122.321	113.168	104.120
Übrige Passiva	22.953	27.222	34.412
Bilanzsumme	**1.409.631**	**1.426.313**	**1.438.440**

Gewinn- und Verlustrechnung **Entwicklung der Ertragslage**	**2013** **in TEUR**	**2012** **in TEUR**	**2011** **in TEUR**
Zinsüberschuss	34.833	32.030	32.675
+ Provisionsüberschuss	8.668	8.516	8.681
+ Nettoergebnis Finanzgeschäfte	0	0	0
- Personalaufwand	18.504	18.004	17.380
- Sachaufwand	9.776	9.337	9.075
+-Saldo aus sonstigen betr. Erträge/Aufw.	-673	-365	-266

= Betriebsergebnis vor Bewertung	**14.548**	**12.840**	**14.635**
- Bewertung/Risikovorlage	8.122	7.327	7.418
= Betriebsergebnis nach Bewertung	**6.426**	**5.514**	**7.217**
- außerordentliches Ergebnis	0	0	0
- Steueraufwand	4.073	3.330	5.088
= Jahresüberschuss nach Steuern	**2.353**	**2.183**	**2.129**

Kennzahlen

TEUR bzw. %	**2013**	**2012**	**2011**
Eigenmittel gem. SolvV	132.200	126.700	121.454
Kernkapitalquote %	15,00	13,44	9,87
Gesamtkennziffer %	17,60	16,36	15,65
Eigenkapitalrentabilität %	11,20	11,40	14,80
Cost-Income-Ratio %	63,50	36,10	65,70

	2013	**2012**
Anzahl Girokonten	47.343	46.679
Anzahl Spar- und Termingeldkonten	48.975	49.771
Anzahl Kundendepots (Depot B)	2.534	2.648
Stiftungskapital (TEUR)		
Sparkassen-Stiftung Limburg-Weilburg	500	500
Stiftung der KSK Limburg zur Förderung begabter heimischer Musiker	203	153

Situationsbericht

Für das soziale und kulturelle Engagement der Kreissparkasse zugunsten von Vereinen, Einrichtungen und Projekten wurden im Jahr 2013 über 219 TEUR gespendet. Daneben hat die Kreissparkasse Limburg zwei Stiftungen, die Sparkassenstiftung Limburg-Weilburg (gemeinsam mit der Kreissparkasse Weilburg) und die Stiftung der Kreissparkasse Limburg zur Förderung begabter heimischer Musiker. Die Sparkassenstiftung Limburg-Weilburg setzt sich für die Förderung von Kultur, soziale Anliegen, Umwelt und Sport, Forschung/Wirtschaftsförderung im Kreis Limburg-Weilburg ein.

Im Hinblick auf den intensiven Wettbewerb in der Finanzbranche hat die Sparkasse im Geschäftsjahr 2013 ein Ergebnis erreicht, mit dem wir zufrieden sind. Auf Basis von Vertriebs-, Kosten-, Prozess- und Portfoliooptimierung und einem höheren Zinsüberschuss konnte das Geschäftsjahr mit einem höheren Jahresüberschuss gegenüber dem Vorjahr abgeschlossen werden. Das Bewertungsergebnis aus den Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft betrugen nach den gemäß §§ 340c Abs. 2 und 340f Abs. 3 HGB zulässigen Verrechnungen mit Erträgen zusammen mit der Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken (6,8 Mio. EUR) und Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie An-

lagevermögen behandelte Wertpapiere zusammen -8,3 Mio. EUR. Damit liegen sie deutlich unter dem prognostizierten Wert und über dem Vorjahreswert von -7,4 Mio. EUR. Die Ursache für diese Entwicklung ist eine Reduzierung der Zuschreibungen auf Wertpapiere des Umlaufvermögens.

Auch im Geschäftsjahr 2013 musste die Sparkasse wieder Abschreibungen auf die Beteiligung an der Landesbank Berlin vornehmen.

Insgesamt konnte die geplante Zuführung zum Eigenkapital (9,1Mio. EUR) erzielt werden.

Die Kreissparkasse Limburg reduzierte unter anderem aufgrund von Reduzierungen des Wertpapiereigenbestands ihre Bilanzsumme um 16,7 Mio. EUR oder 1,2 % auf 1.409,6 Mio. EUR. Das Geschäftsvolumen fiel analog der Bilanzsumme von 1.457,1Mio. EUR auf 1.436,3 Mio. EUR. Die Reduzierung der eigenen Wertpapiere war eine geschäftspolitische Entscheidung im Rahmen von Fähigkeiten keine Neuinvestition zu treffen. Die Kreissparkasse Limburg bleibt weiterhin das größte eigenständige Kreditinstitut mit Sitz im Kreis Limburg-Weilburg.

Im Rahmen des Risikomanagements baut die Kreissparkasse Limburg auf einem umfassenden Instrumentarium zur Risikoerkennung, zur Risikomessung und -bewertung, zum Risikoreporting, zur Risikosteuerung und zur Risikokontrolle auf. Diese Instrumente werden- nicht zuletzt auch im Rahmen bankaufsichtsrechtlicher Vorgaben- kontinuierlich weiter entwickelt. Der Verwaltungsrat wird mindestens vierteljährlich über die Risikosituation informiert. Ferner werden mit dem Verwaltungsrat die diversen Strategien erörtert. Einzelheiten zum Risikomanagement sind im Offenlegungsbericht aufgeführt.

Das Verhältnis der Risikovorsorge zu den notleidenden Krediten (Abschirmquote) hat sich leicht erhöht. Die liegt an einer überproportional starken Reduzierung des Volumens von besicherten notleidenden Krediten.

Prognose:

Für 2014 plant die Kreissparkasse Limburg aus heutiger Sicht mit einem mindestens gleichen Jahresüberschuss. Die bis zum jetzigen Zeitpunkt durchgeführten Maßnahmen zur Ertragssteigerung und Kostenreduzierungen sollen fortgeführt werden.

3.2 Kreissparkasse Weilburg

Unternehmensportrait

Adresse:	Odersbacher Weg 1, 35781 Weilburg		
Homepage:	www.ksk-weilburg.de		
Handelsregister:	Amtsgericht Limburg HRA 2227		
Gewährträger:	Landkreis Limburg-Weilburg		100%
Gründungsjahr:	1904		
Kommanditanteile:	SP Solarpark Driedorf GmbH & Co. KG	0,9 Mio Euro	100 %

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Als dem gemeinen Nutzen dienendes Wirtschaftsunternehmen ihres Trägers fördert die Kreissparkasse Weilburg das Sparen und die übrigen Formen der Vermögensbildung. Sie dient der Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs unter besonderer Berücksichtigung der gewerblichen Wirtschaft und der öffentlichen Hand. Zur Erfüllung der satzungsmäßigen Aufgaben ist die Sparkasse auf nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg und dauerhafte Marktpräsenz ausgerichtet. Das Geschäftsmodell der Sparkasse beruht auf der Verbundenheit der Region.

Gegenstand des Unternehmens:
Die Sparkasse hat die Aufgabe, als dem gemeinen Nutzen dienendes Wirtschaftsunternehmen ihres Trägers, in ihrem Geschäftsgebiet geld- und kreditwirtschaftliche Leistungen zu erbringen, insbesondere Gelegenheit zur sicheren Anlage von Geldern zu geben. Sie erledigt im Interesse ihrer Kunden Dienstleistungen nach Maßgabe der Satzung. Sie fördert die kommunalen Belange insbesondere im wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereich. Der Sparkasse obliegt darüber hinaus die Förderung des Sparens und der übrigen Formen der Vermögensbildung, die Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitnehmer, des Mittelstandes, der gewerblichen Wirtschaft und der öffentlichen Hand.

Organe des Unternehmens

Verwaltungsrat	Manfred Michel, Landrat	Vorsitzender
	Hans-Peter Schick, Bürgerm. Weilburg	stellv. Vorsitzender
	Friedhelm Bender	
	Dr. Ralf Bletz	
	Willy Eltgen	
	Jan Erbe	
	Bruno Götz	
	Ruprecht Keller	

	Sebastian Marten	
	Stephan May	(seit 17.06.2013)
	Sybille Theis-Schermuly	
	Dr. Frank Schmidt	
	Jochen Schmidt	
	Bettina Schuhmann	
	Florian Würz	
	Thomas Zimmermann	(bis 16.06.2013)
Vorstand	Stefan Hastrich	Vorsitzender
	Stephan Gürtler	Mitglied

Bezüge
Die Gesamtbezüge des Vorstandes belaufen sich im Jahr 2013 auf 430 TEUR.
Die Gesamtbezüge der Verwaltungsratsmitglieder betrugen 51 TEUR.

Situationsbericht

Träger der Sparkasse ist der Landkreis Limburg-Weilburg. Die Gewährträgerhaftung des Landkreises läuft seit dem 19. Juli 2005 nach einem gestaffelten Zeitplan aus. Für Verbindlichkeiten, die bis zum 18. Juli 2001 begründet wurden, besteht die Gewährträgerhaftung unbegrenzt fort. Für diejenigen Verbindlichkeiten, die in der Zeit vom 19. Juli 2001 bis zum 18. Juli 2005 vereinbart wurden, besteht weiterhin Gewährträgerhaftung, wenn deren Laufzeit nicht über den 31. Dezember 2015 hinausgeht. Für ab dem 19. Juli 2005 begründete Verbindlichkeiten besteht keine Gewährträgerhaftung mehr.

Das Geschäftsvolumen zum 31. Dezember 2013, das sich aus der Bilanzsumme und den Eventualverbindlichkeiten zusammensetzt, stieg im Vergleich zum Bilanzstichtag 2012 um 11,9 Mio. Euro auf 947,5 Mio. Euro. Die Bilanzsumme erhöhte sich um 13,0 Mio. Euro bzw. 1,4% auf 925,9 Mio. Euro und die Eventualverbindlichkeiten reduzierten sich um 1,1 Mio. Euro bzw. 5,1 % auf 21,6 Mio. Euro. Die Ursache für die Ausweitung der Bilanzsumme liegt in dem gestiegenen Kundengeschäft sowohl im Kredit- als auch im Einlagenbereich.

3.3 Nassauische Sparkasse

Unternehmensportrait

Adresse: Rheinstraße 42-46, 65185 Wiesbaden

Homepage: www.naspa.de

Träger: Sparkassenzweckverband Nassau:
Landkreis Limburg-Weilburg
Stadt Wiesbaden
Stadt Frankfurt/Main
Hochtaunuskreis
Main-Taunus-Kreis
Rheingau-Taunus-Kreis
Rhein-Lahn-Kreis
Westerwaldkreis

Gründungsjahr: 1840

Anteilsbesitz:	Naspa Direkt GmbH, Wiesbaden	100 %
	Naspa Grundbesitz I GmbH & Co. KG, Wiesbaden	100 %
	Naspa Immobilien GmbH, Wiesbaden	100 %
	Naspa-Versicherungs-Service GmbH, Wiesbaden	75 %
	Nassovia Beteiligungs GmbH, Wiesbaden	100 %
	Nassovia Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG	100 %
	Schloss Vollrads GmbH & Co. Besitz KG, Oestrich-Winkel	100 %
	Weingutsverwaltung Schloss Vollrads KG, Oestrich-Winkel	100 %
Beteiligungen:	Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen	10,4 %
mittelbar:	Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba)	7,0 %
	DekaBank	1,2 %
	Landesbank Berlin	1,2 %

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Als dem gemeinen Nutzen dienendes Wirtschaftsunternehmen ihres Trägers obliegt der Naspa danach insbesondere die Förderung des Sparens, der übrigen Formen der Vermögensbildung sowie der Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs. Kundenkreditvolumen und –einlagen konnten 2013 spürbar gesteigert werden. Bei letzteren zeigt sich der infolge des Niedrigzinsumfeldes anhaltende Trend zu kurzfristigen Einlagen auch in der veränderten Struktur der Kontenbestandes. Kreditseitig profitierte die Naspa von der lebhaften Nachfrage nach langfristigen Immobilienfinanzierungen.

Gegenstand des Unternehmens:
Die Naspa ist eine mündelsichere, dem gemeinen Nutzen dienende rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Vollbanklizenz, die aus der 1840 gegründeten „Herzoglich-Nassauischen Landes-Credit-Casse für das Herzogtum Nassau“ hervorging. Träger ist der Sparkassenzweckverband Nassau. Dieser wird gebildet durch die

Städte Wiesbaden und Frankfurt am Main sowie den Hochtaunuskreis, den Landkreis Limburg-Weilburg, den Main-Taunus-Kreis, den Rheingau-Taunus-Kreis in Hessen sowie den Rhein-Lahn-Kreis und den Westerwaldkreis in Rheinland-Pfalz.

Die Naspa ist aus ihrer Geschichte heraus eine Regionalbank. Die Gewährträgerhaftung ist – wie bei den Kreissparkassen des Landkreises – am 18. Juli 2005 entfallen. Die Absicherung der Kunden liegt in der Sparkassen-Finanzgruppe, zu der auch die Naspa gehört.

Organe des Unternehmens

Vorstand	Stephan Ziegler	Vorsitzender
	Andreas Fabich	
	Günter Högner	
	Bertram Theilacker	
Verwaltungsrat	27 Mitglieder, davon 9 Vertreter der Arbeitnehmer	
	vom Landkreis Limburg-Weilburg:	Landrat Manfred Michel
		Dr. Frank Schmidt
Verbandsvers.:	Landrat Manfred Michel	
	Sabine Häuser-Eltgen	
Trägervers.:	Ruprecht Keller	

Bezüge
Die Mitglieder des Vorstands erhielten Bezüge in Höhe von 1.759 TEUR.

Situationsbericht

Das Geschäftsjahr 2013 verlief - bereinigt um zukunftssichernde bilanzpolitische Maßnahmen – wiederum sehr erfreulich und übertraf die Erwartungen. Dabei wurde die margen- und risikoorientierte Geschäftspolitik ebenso fortgesetzt wie die Anstrengungen zur Vertriebs-, Kosten-, Prozess- und Portfoliooptimierung. Auch begünstigt durch den Konjunkturverlauf übertrafen Auflösungen der nach unverändert konservativen Maßstäben ermittelten laufenden Risikovorsorge im Kredit- und Wertpapiergeschäft die Neubildungen und Wertberichtigungsverbräuche. Dies ist auch auf die hohe und weiter verbesserte Qualität des Kreditportfolios zurückzuführen.

Das Geschäftsjahr 2013 wurde belastet durch rd. 30,5 (Vj. 30,9) Mio. EUR Aufwendungen für die vorzeitige Auflösung von in den Vorjahren zu deutlich höherem Zinsniveau abgeschlossenen Zinsswaps. Mit diesen werden Zinsänderungsrisiken reduziert und der Zinsüberschuss zukünftiger Jahre wird hierdurch entlastet.

Das Geschäftsjahr 2013 erforderte eine weitere, steuerlich nicht wirksame (im Bewertungsergebnis verrechnete) Wertkorrektur auf die mittelbare Beteiligung an der Landesbank Berlin in Höhe von 9 (Vj. 7) Mio. EUR auf 5% der ursprünglichen Anschaffungskosten.

Das Geschäftsjahr 2013 erlaubte nach der aus heutiger Sicht vollständigen Dotierung des SGVHT Stützungsfonds mit Einmalzahlung von 6 Mio. EUR eine abermalige Stärkung der Substanz um rd. 48 (Vj. 45) Mio. EUR, da neben dem zu thesaurierenden Ergebnis in Höhe von rd. 28 Mio. EUR die stillen und offenen Vorsorgen für allgemeine Bankrisiken um insgesamt rd. 13 (Vj. 7) Mio. EUR gestärkt und stille Lasten in der Altersversorgung um 7 auf 93 Mio. EUR reduziert wurden.

Unternehmensdaten

Bilanz **Aktiva**	**2013 in Mio. EUR**	**2012 in Mio. EUR**	**2011 in Mio. EUR**
Forderungen an Kreditinstitute	449	1.751	1.893
Forderungen an Kunden	8.333	8.166	7.997
Wertpapiere	1.311	1.401	1.333
Finanzanlagen	133	138	154
Übrige Aktiva	395	407	431
Bilanzsumme	**10.621**	**11.863**	**11.808**
Passiva	**2013 in Mio. EUR**	**2012 in Mio. EUR**	**2011 in Mio. EUR**
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	1.362	2.709	2.695
Verbindlichkeiten ggü. Kunden	7.757	7.273	7.218
Verbriefte Verbindlichkeiten	83	475	469
Eigene Mittel	864	872	848
Übrige Passiva	555	535	578
Gesamt	**10.621**	**11.863**	**11.808**
Eventualverbindlichkeiten	**532**	**1.028**	**1.885**

Gewinn- und Verlustrechnung	**2013 in Mio. EUR**	**2012 in Mio. EUR**	**2011 in Mio. EUR**
Zinsüberschuss	234,1	225,8	225,2
Provisionsüberschuss	85,5	87,1	86,6
Personal-/Sachaufwand	211,4	211,9	210,8
Sonstiger ordentlicher Aufwand	2,1	1,8	1,9
Handelsbestand	1,0	1,3	0,8
Betriebsergebnis vor Bewertung	**107,2**	**100,5**	**99,9**
Bewertungsergebnis	-8,9	-1,4	-28,8
Betriebsergebnis nach Bewertung	98,3	99,1	71,1
Saldo neutraler Ertrag/neutraler Aufwand	-64,1	-51,4	-28,8
Steuern	-6,2	-20,3	-12,0
Bilanzgewinn	**27,9**	**27,4**	**30,3**

Kennzahlen 2011 - 2013

Mio. EUR bzw. %	2011	2012	2013
Eigenmittel gem. SolvV	955	955	987
Kernkapitalquote (%)	10,1	10,5	11,6
Gesamtkennziffer (%)	13,1	12,9	14,1
Eigenkapitalrentabilität nach HGB (%)	6,8	7,2	5,9
Cost-Income-Ratio (%)	73,2	67,8	66,3

Prognosebericht

Für das Jahr 2014 plant die Naspa – gemäß der erstmals nach DRS 20 im Lagebericht offengelegten Planungsrechnung– einen Jahresüberschuss von rd. 25 Mio. EUR. Das Bewertungsergebnis im Kundenkreditgeschäft wird sich danach im Vergleich zum abgelaufenen Geschäftsjahr deutlich erhöhen. Gründe hierfür liegen in einem historisch niedrigen Bewertungsergebnis im Jahr 2013. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird weiterhin mit einem von Portfoliowerten abgeleiteten Durchschnittswert geplant.

Mittelfristig ist aus heutiger Sicht bei anhaltend niedrigem Marktzinsniveau ab 2017 ein nennenswerter Ergebnisrückgang nicht auszuschließen, primär aus der Zangenwirkung eines niedrigeren Bruttoertrages bei – auch regulatorisch getrieben – höheren Verwaltungsaufwendungen. Sollte es zu einer nachhaltigen Stabilisierung der Geld- und Finanzmärkte sowie einer Erhöhung des Zinsniveaus kommen, besteht hingegen die Chance für einen Anstieg der Zins- und Provisionserträge bei einem korrespondierenden Risiko steigender Bewertungsaufwendungen im Wertpapiergeschäft.

Unter den Planannahmen ist die Risikotragfähigkeit gemäß zukunftsgerichtetem Kapitalplanungsprozess im Zeitablauf dauerhaft gewährleistet.

Zu den vielfältigen Maßnahmen zur weiteren Stärkung der Position der Naspa gehören im laufenden Geschäftsjahr auch die auch die Vorbereitungen zur Umstellung der Marke auf das rote S der Sparkassen-Finanzgruppe.

4 Sonstige Finanzanlagen (Anteil des Landkreises Limburg-Weilburg am Stammkapital von weniger als 20 %)

4.1 Gesellschaft Hochtaunusstrasse GbR

Unternehmensportrait

Adresse: Hohemarkstraße 192, 61440 Oberursel

Homepage: www.taunus.info

Mitglieder: Bad Homburg v.d.Höhe, Hochtaunuskreis,
Landkreis Limburg-Weilburg, Stadt Bad Camberg,
Stadt Oberursel, Gemeinde Weilrod,
Gemeinde Schmitten, HoGa Taunus

Gründungsjahr: 1970

Verbandsumlage: 1.124,80 Euro

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung

Gegenstand des Unternehmens:
Folgende Aufgaben nimmt die Gesellschaft Hochtaunusstraße GbR wahr:

- die Hochtaunusstrasse zu beschildern; auch durch Hinweise auf besondere landschaftliche Gegebenheiten und Sehenswürdigkeiten;
- für die Hochtaunusstrasse und die daran liegenden oder erreichbaren Erholungsgebiete zu werben;
- die in den Orten an dieser Straße stattfindenden heimatlichen Veranstaltungen zu fördern und damit den Besuch attraktiv zu machen;
- die Landschaftspflege im Bereich der Hochtaunusstrasse zu fördern;
- auf einen guten Zustand der Hochtaunusstrasse hinzuwirken.

Organe der Gesellschaft

Verbandsvorstand:	Landrat Ulrich Krebs	Vorsitzender
	Wolfgang Erk	stellv. Vorsitzender

Geschäftsführerin: Daniela Krebs, geb. Pompe

Weitere Vertreter des Landkreises Limburg-Weilburg: Karl-Heinz Stoll

4.2 Nassauische Heimstätte
Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH
Organ der staatlichen Wohnungspolitik - Ffm

UNTERNEHMENSGRUPPE
NASSAUISCHE HEIMSTÄTTE
WOHNSTADT

Unternehmensportrait

Adresse: Schaumainkai 47, 60596 Frankfurt

Homepage: www.naheimst.de

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Gesellschafter:	Land Hessen	61.545.124,07 Euro	56,021 %
(Auszug)	Stadt Frankfurt	34.180.833,71 Euro	31,113 %
	LK Limburg-Weilburg	**9.970,19 Euro**	**0,009 %**

Stammkapital: 109.860.775,22 Euro

Gründungsjahr: 26.06.1928

Gesell.-vertrag: vom 19. Dezember 2004, zuletzt geändert am 24. Oktober 2011

Beteiligungen: *(Auszug, hier nur größere Beteiligungen)*

WOHNSTADT Stadtentwicklungs- und WohnungsbauGmbH Kassel	83,45 %
Garagen-Bau- und Betriebsgesellschaft mbH	60,00 %
NH Gesellschaft für Innovative Projekte im Wohnungsbau mbH	100,00 %

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Ziel des Unternehmens ist die sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung, insbesondere Berücksichtigung von Wohnungssuchenden, die aufgrund ihrer persönlichen Verhältnisse oder Umstände Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche haben.

Gegenstand des Unternehmens:
Die Nassauische Heimstätte ist im Unternehmensverbund mit der WOHNSTADT Städteentwicklung- und Wohnungsbaugesellschaft Hessen mbH Kassel in allen Geschäftsfeldern der Immobilienwirtschaft tätig. Die Unternehmensgruppe zählt mit rund 62.000 eigenen Wohnungen zu den großen Immobilienkonzernen in Deutschland. Neben dem Geschäftsfeld Immobilienwirtschaft mit der Verwaltung des eigenen Bestandes und dem Portfolio-Management werden vielfältige Leistungen für Dritte rund um die Immobilien angeboten. Die Etablierung als einzige hessenweit agierende Entwicklungsgesellschaft mit öffentlichem Hintergrund und starker Verankerung in den Kommunen eröffnet besondere Marktchancen.
Seit Schaffung des Unternehmensverbundes Nassauische Heimstätte/Wohnstadt im Jahr 2005 werden die Geschäftsbereiche beider Unternehmen zunehmend konsolidiert und vereinheitlicht. Die Übernahme der WOHNSTADT war als Anteilserwerb erfolgt, sodass die bestehende Struktur erhalten geblieben ist. Die Nassauische Heimstätte nimmt die Aufgaben einer Holding wahr. Außerdem werden die operativen Teilleistungen bei der WOHNSTADT im Rahmen einer Geschäftsbesorgungsvereinbarung überwiegend von der Nassauischen Heimstätte erbracht.

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat	Florian Rentsch	Vorsitzender
	Bernhard Stöver	bis 21.04.2013, stv. Vorsitzender
	Peter Feldmann	stv. Vorsitzender
	Jens Bersch	stv. Vorsitzender
	Priska Hinz	
	Markus Amon	
	Ulrich Baier	
	Dagmar Brinkmann	
	Gerd Brückmann	
	Elmar Damm	
	Dr. Christian Hermann	
	Hans-Joachim Hertling	
	Prof. Dr. Luise Hölscher	bis 30.09.2013
	Marion Hofmann	
	Wolfgang Koberg	
	Werner Koch	
	Bernhard Köppler	
	Sascha Langknecht	ab 22.04.2013
	Dr. Walter Lübcke	
	Elke Maiberger	
	Peter Mensinger	
	Gottfried Milde	
	Werner Müller	
Geschäftsführung	Prof. Thomas Dilger	bis 30.09.2013, Ltd. Geschäftsführer
	Dr. Thomas Hain)	ab 01.10.2013, Ltd. Geschäftsführer
	Dr. Constantin Westphal	ab 01.07.2013
	Dirk Schumacher	bis 31.10.2013
	Prof. Dr. Joachim Pös	ab 01.10.2013

Landrat Manfred Michel als Mitglied im Beirat „Bauen und Stadtentwicklung“ und „Wohnungswirtschaft“

Bezüge
Die Gesamtbezüge der Geschäftsführung bei der Gesellschaft betrugen 521.908,91 Euro. Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betrugen 26.679,23 Euro.

Unternehmensdaten

Bilanz

Aktiva	**2013 in €**	**2012 in €**	**2011 in €**
Immaterielle Vermögensgegenstände	646.461,00	778.472,00	719.930,00
Sachanlagen	1.073.116.134,32	1.065.346.089,49	1.050.664.848,28
Finanzanlagen	176.553.509,44	142.791.530,98	137.811.244,00
Umlaufvermögen	104.803.555,25	141.766.293,92	128.730.052,50
Forderungen	16.225.681,78	14.635.344,38	18.610.866,61
Wertpapiere, Kassenbestand	100.796.783,39	99.152.665,16	99.625.526,84
Rechnungsabgrenzungsposten	1.903.350,36	2.308.179,44	2.659.207,91
Summe Aktiva	**1.474.045.475,54**	**1.466.778.875,37**	**1.460.863.870,63**

Passiva	2013 in €	2012 in €	2011 in €
Gezeichnetes Kapital	109.860.775,22	109.860.775,22	109.860.775,22
Kapitalrücklage	8.282.928,48	8.282.928,45	8.282.928,48
Sonstige Rücklagen	272.853.194,61	243.056.989,92	218.123.468,60
Bilanzgewinn	27.826.504,68	34.188.504,64	28.125.821,27
Rückstellungen	29.432.433,67	29.985.119,30	28.761.525,28
Verbindlichkeiten	1.025.789.638,88	1.041.399.726,55	1.067.703.593,97
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	4.531,26	5.757,81
Summe Passiva	**1.474.045.475,54**	**1.466.778.575,37**	**1.460.863.870,63**

Gewinn- und Verlustrechnung	2013 in €	2012 in €	2011 in €
+ Umsatzerlöse	309.017.001,59	290.007.545,55	304.572.770,56
+ Erhöhung des Bestandes	1.385.818,34	50.800,31	11.616.542,82
+ Andere aktivierte Eigenleistungen	3.857.580,64	3.347.529,57	3.815.016,38
+ sonstige betriebliche Erträge	2.869.800,76	5.966.112,29	3.202.234,06
- Aufwendungen für Lieferungen und Leistungen	159.759.926,47	139.932.000,79	140.970.592,32
- Personalaufwand	45.109.002,78	44.387.024,61	46.169.666,80
- Abschreibungen	32.856.793,94	32.011.512,73	31.740.053,82
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	15.321.489,37	14.122.984,74	13.450.153,82
+ Erträge aus Beteiligungen	586.185,67	651.774,20	688.545,19
+ Erträge aus anderen Wertpapieren	1.644.057,18	1.718.417,80	1.447.235,97
+ Sonstige Zinsen und Erträge	723.361,09	1.135.310,11	1.394.376,46
- Abschreibungen auf Finanzanlagen	137.500,00	581.047,88	47.258,41
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	31.989.048,98	34.408.056,06	36.457.981,54
Ergebnis der gewöhnl. Geschäftstätigkeit	**29.851.035,49**	**37.431.735,60**	**34.667.929,09**
- Steuern vom Einkommen und Ertrag	1.975.684,65	1.985.943,03	3.282.474,00
- Sonstige Steuern	48.846,16	57.287,93	59.633,82
Jahresüberschuss	**27.826.504,68**	**35.388.504,64**	**31.325.821,27**
Einstellung in gesellschaftsvertr. Rücklage		1.200.000,00	3.200.000,00
Bilanzgewinn	**27.826.504,68**	**34.188.504,64**	**28.125.821,27**

Auswirkungen auf den Kreishaushalt

Der Gesellschaftskapitalanteil des Landkreises Limburg-Weilburg beträgt 9.970,19 Euro. Dies entspricht 0,0091 %.
Im Haushaltsjahr 2013 wurde eine Dividende in Höhe von 4% auf die Stammkapitalbeteiligung (398,81 Euro abzügl. Steuern) gezahlt.

4.3 Regionalmanagement Mittelhessen GmbH

Unternehmensportrait

Adresse: Georg-Schlosser-Straße 1, 35390 Gießen

Homepage: www.mittelhessen.org

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Gesellschafter:			
	Landkreis Limburg-Weilburg	**1.351 Euro**	**5,40 %**
	Lahn-Dill-Kreis	1.351 Euro	5,40 %
	Landkreis Gießen	1.351 Euro	5,40 %
	Landkreis Marburg-Biedenkopf	1.351 Euro	5,40 %
	Vogelsbergkreis	1.351 Euro	5,40 %
	Stadt Limburg a.d. Lahn	676 Euro	2,70 %
	Stadt Wetzlar	1.351 Euro	5,40 %
	Universitätsstadt Gießen	1.351 Euro	5,40 %
	Universitätsstadt Marburg	1.351 Euro	5,40 %
	HWK Wiesbaden	2.838 Euro	11,35 %
	HWK Kassel	878 Euro	3,51 %
	IHK Gießen-Friedberg	2.399 Euro	9,60 %
	IHK Kassel-Marburg	2.027 Euro	8,11 %
	IHK Lahn-Dill	2.399 Euro	9,60 %
	IHK Limburg	946 Euro	3,78 %
	Justus-Liebig-Universität Gießen	338 Euro	1,35 %
	Phillips-Universität Marburg	338 Euro	1,35 %
	THM Techn.Hochschule Mittelhes.	338 Euro	1,35 %
	Mittelhessen e.V.	1.051 Euro	4,06 %

Stammkapital: 25.000 Euro

Gründungsjahr: 27. Dezember 2012

Gesell.-vertrag: 27. Dezember 2012

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung

Gegenstand des Unternehmens:
Die Entwicklung und Förderung der langfristigen strategischen Positionierung der Region durch Bildung, Festigung und Förderung von Netzwerken in der Region sowie innerhalb und außerhalb Hessens. Die Gesellschaft positioniert und bündelt die Region nach außen (Regionalmarketing) und begleitet oder betreibt Projekte zur Förderung der Region (Regionalmanagement). Sie unterstützt die Gesellschafter bei der Verwirklichung dieser Ziele.

Organe des Unternehmens

Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung:	Dr. Matthias Leder, Rockenberg	bis 31.05.2013
	Dr. Heinz Spremberg, Oberursel	vom 01.06. bis 30.09.2013
	Jens Ihle, Gießen	ab 13.11.2013
Aufsichtsrat:	Egon Vaupel	Vorsitzender
(Auszug)	Klaus Repp	stellv. Vorsitzender
	Manfred Michel, Landrat	
	Helmut Jung, Erster Kreisbeigeordneter	

Bezüge
Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten für ihre Tätigkeit keine Vergütung.
Die Angabe der Bezüge der Geschäftsführer unterbleibt gemäß § 286 Abs. 4 HGB.

Unternehmensdaten

Bilanz

Aktiva	**2013 in €**	**2012 in €**
Anlagevermögen/gewerbliche Schutzrechte	123,00	
Sachanlagen, BGA	490,00	
Umlaufvermögen/FO/Sonstige Vermögensgegenstände	82.560,77	
Kassenbestand/Guthaben bei Kreditinstituten	78.512,10	
Rechnungsabgrenzungsposten	60,62	
Summe Aktiva	**161.746,49**	**0,00**

Passiva	**2013 in €**	**2013 in €**
Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00
Nicht eingeforderte ausstehende Einlagen		-25.000,00
Jahresüberschuss		
Rückstellungen	78.315,63	
Verbindlichkeiten	29.796,47	
Rechnungsabgrenzungsposten	340,04	
Summe Passiva	**161.746,49**	**0,00**

Gewinn und Verlustrechnung	**2013 in €**
+ Umsatzerlöse	203.985,02
+ sonstige betriebliche Erträge	720.956,95
- Personalaufwand	265.636,19
- Abschreibungen	195,50
- sonstige betriebliche Aufwendungen	571.382,35
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	66,05
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**87.793,98**
- sonstige Steuern	59.499,63
Jahresüberschuss	**28.294,35**

Auswirkungen auf den Kreishaushalt

Mit dieser Beteiligung verbunden ist eine jährliche Zahlung von 20.000 Euro zur laufenden Finanzierung der GmbH.

Situationsbericht

Die Regionalmanagement Mittelhessen GmbH (kurz: RMG) ist beim Amtsgericht Gießen unter der Nummer HRB 7895 eingetragen. Die Gesellschaft ist nach den Größenklassen des § 267 HGB eine kleine Kapitalgesellschaft. Nach § 15 Nr. 1 des Gesellschaftsvertrages ist der Jahresabschluss und der Lagebericht nach den Vorschriften für große Kapitalgesellschaften des dritten Buches des HGB aufzustellen.

Die RMG stärkt und vermarktet den Wirtschafts- und Hochschulstandort Mittelhessen. Der Schulterschluss aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik ist in den Themenfeldern Infrastruktur, Bildung und Fachkräfte sowie Forschung und Innovation tätig. Die Aktivitäten bestehen aus Marketing-, Projekt- und Lobbyarbeit, welche die positive Entwicklung der Region Mittelhessen (deckungsgleich mit den Verwaltungsgrenzen des Regierungsbezirks Gießen; also den fünf Landkreisen Gießen, Lahn-Dill, Limburg-Weilburg, Marburg-Biedenkopf und dem Vogelsbergkreis) fördern und die regionsinterne Zusammenarbeit stärken soll. Dahinter steht die Überzeugung, dass man den europäischen Standortwettbewerb der Region nur durch enge Kooperationen und regionale Bündelung der Kräfte bestehen kann.

Der Geschäftszweck der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH ist die Entwicklung und Förderung der langfristigen Positionierung der Region durch Bildung, Festigung und Förderung von Netzwerken innerhalb und außerhalb des Bundeslandes Hessen. Die Umsetzung der Projekte und der Regionalmarketingarbeit wird von der Gesellschaft koordiniert und inhaltlich und teils auch durch Einbringung von personellen, finanziellen oder konzeptionellen Ressourcen unterstützt. Als organisatorische Plattform dienen hierzu Netzwerke, Arbeitskreise und Projektgruppen.

Die strategischen Ziele sind in einem Leitbild formuliert und die zugehörigen Maßnahmen zur Zielerreichung wurden gemeinsam mit den Gesellschaftern in einem strategischen Prozess definiert. Die Stärkung des Wirtschafts- und Hochschulstandortes Mittelhessen steht als formulierte Mission der RMG im Mittelpunkt der Umsetzungen. Im Folgenden findet sich eine Darstellung des "strategischen Systems" der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH.

Strategisches System

Die Finanzierung der Projekte erfolgt über Eigenmittel aus den Gesellschaftereinlagen, der Basisförderung des Regionalmanagements, Sponsorings oder Projektbeteiligungen sowie Projekt-Fördermittel (z.B. Förderprojekte EXPO Real und Breitbandberatung Mittelhessen).

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Nach Angaben des statistischen Bundesamtes lag das Wirtschaftswachstum im vergangenen Jahr bei 0,4 %, nachdem es im Vorjahr noch um 0,7 % gewachsen war. Damit ist die gesamtwirtschaftliche Leistung in Deutschland nur moderat gestiegen. Der Grund für die gegenwärtige Schwächephase ist neben dem verhaltenen Wachstum wichtiger Industrie- und Schwellenländer auch fehlende Impulse seitens der Auslandsnachfrage infolge der europäischen Staatsschuldenkrise. Die starke Binnennachfrage und damit der Motor des Wirtschaftswachstums konnte dies nur bedingt kompensieren. Unterstützend wirkten neben dem historisch niedrigen Zinsniveau auch die guten Rahmenbedingungen bei Beschäftigung und Einkommen. Für 2014 hat die Bundesregierung ihre Schätzung für das kommende Wirtschaftswachstum auf 1,7 % erhöht. Eine sich abzeichnende Verbesserung im Eurogebiet und die weitere konjunkturelle Aufhellung anderer Industriestaaten begünstigen den konjunkturellen Aufschwung in Deutschland. Somit dürfte auch der Außenhandel wieder an Stärke gewinnen.

Im Zuge von Globalisierung und technologischer Entwicklung verändern sich die wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung zunehmend. Nationen und Regionen konkurrieren stärker mit anderen Wettbewerbern als noch vor 10 oder 20 Jahren. Aus dieser Entwicklung ergeben sich ganz neue Herausforderungen, auf die die Politik, Wirtschaft und Gesellschaft reagieren müssen, um im Wettbewerb nicht zurückzufallen. So schwierig dieser Wandel für strukturschwache Regionen auch zu bewältigen ist, so grundlegend sind die sich aus den Veränderungsprozessen ergebenden Möglichkeiten, den Wettbewerb durch innovative Ansätze proaktiv zu begegnen und eine Region als attraktiven Standort auszubauen. Ein wichtiges Instrument ist in diesem Zusammenhang das Regionalmanagement, das spezifische regionale Entwicklungsaufgaben im Rahmen der regionalen Wettbewerbsstärkung übernimmt. Ein Regionalmanagement kann aber ohne die Beteiligungsbereitschaft der regionalen Akteure eine Region kaum weiterentwickeln. Für das Regionalmanagement besteht in dieser Hinsicht die besondere Herausforderung, die vielfältigen Interessen und Zielvorstellungen der für die Regionalentwicklung relevanten Stakeholder zu berücksichtigen. Zwangsläufig muss ein Mindestmaß an Übereinstimmung und Einigkeit zwischen den Anspruchsgruppen bestehen, wenn durch Aktivitäten des Regionalmanagements Synergien und Wettbewerbsvorteile entstehen sollen. Dazu wurde der oben beschriebene Strategieprozess umgesetzt.

Geschäftsverlauf

Die Regionalmanagement Mittelhessen GmbH nahm ihre Tätigkeit am 1. Januar 2013 auf. Die Bilanzsumme beträgt am 31. Dezember 2013 T€ 161,7.

Entgegen der Planungsrechnung für das Geschäftsjahr 2013, die einen Jahresverlust prognostizierte, konnte das erste Geschäftsjahr der Gesellschaft mit einem positiven Ergebnis abschließen. Es wird ein Jahresüberschuss in Höhe von T€ 28,3 ausgewiesen.

Ertragslage

Die Gewinn-und Verlustrechnung hat sich für das Jahr 2013 positiv entwickelt. Durch zusätzliche Einnahmen und gezielte Einsparungen bei den Ausgaben konnte der Jahresüberschuss erwirtschaftet werden. Die geplanten Umsatzerlöse aus der Organisation von Veranstaltungen erhöhten sich um T€ 14,9. Das Land Hessen stellte zusätzliche EU-Fördermittel in Höhe von T€ 12,6 als Sonderzuwendung für die GmbH-Gründung zur Verfügung. Weitere T€ 10,0 resultieren aus der Erhöhung des geplanten Kooperationsbeitrages zwischen der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH und dem Verein Mittelhessen e.V. Weitere Einsparpotentiale wurden durch Umverteilung der Personalkosten vorgenommen. Dabei wurden erstmalig die Gesamtpersonalkosten prozentual anteilig den jeweiligen Förderprojekten angerechnet. Somit reduzierten sich die Ausgaben um ca. T€ 28,9. Weitere Einsparungen in Höhe von T€ 31,2 bei den Personalaufwendungen sind einmal durch das frühzeitige Ausscheiden des zweiten GmbH-Geschäftsführers sowie durch die Elternzeit eines Mitarbeiters zu verzeichnen. Nach einem professionellen Bewerbungsverfahren konnte die neu ausgeschriebene Stelle des GmbH-Geschäftsführers zum 1. Juni 2013 besetzt werden. Der damalige Stelleninhaber hat zum 30. September 2013 aus persönlichen Gründen die Regionalmanagement Mittelhessen GmbH bereits wieder verlassen. Die Stelle des GmbH-Geschäftsführers wurde erst zum 13. November 2013 mit dem damaligen Regionalmanager neu besetzt.

Das Betriebsergebnis liegt mit T€ 87,7 über dem budgetierten Ergebnis.

Die Cost-Incorne-Ratio hat den Anfangswert von 46,9 %. Diese Verwaltungsaufwand-Ertrags-Relation gibt Aufschluss über die wirtschaftliche Effizienz der Gesellschaft. Je geringer der Wert ist, desto effizienter wirtschaftet das Regionalmanagement

Kapitalstruktur

Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt zum 31. Dezember 2013 T€ 53,3. Die Eigenkapitalquote beläuft sich auf 32,9 %.

Investitionen

Im Kalenderjahr 2013 wurden keine wesentlichen Investitionen durch die Gesellschaft getätigt.
Die Liquiditätslage der Gesellschaft ist gut. Zum 31. Dezember 2013 weist die Bilanz liquide Mittel in Höhe von T€ 78,5 auf.
Demgegenüber stehen Verbindlichkeiten in Höhe von T€ 29,8 sowie Forderungen in Höhe von T€ 82,6. Die Zahlungsfähigkeit war im abgelaufenen Geschäftsjahr jederzeit gegeben.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme des Jahresabschlusses beträgt T€ 161,7. Sie besteht zu 0,4% aus Anlagevermögen, 51,0 % aus Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen sowie 48,5 % aus liquiden Mitteln.

Die Vermögens- und Finanzlage der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH ist geordnet. Die Substanz der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH ist solide und wachstumsorientiert

Nachtragsbericht

Wesentliche Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres liegen nicht vor.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Die Entwicklung der Gesellschaft im Kalenderjahr 2013 erfolgte entsprechend der angepassten Planung.

Für 2014 wird entsprechend der Budgetplanung mit einem Jahresüberschuss von mindestens T€ 7,5 EUR gerechnet. Im Falle der Realisierung angedachter Förderprojekte könnte sich das Ergebnis positiv auf einen Jahresüberschuss in Höhe von T€ 23,4 verändern. Diese Möglichkeiten wurden den Gesellschaftern mit realistischen Eintrittswahrscheinlichkeiten der Projekte als alternativer Wirtschaftsplan in der Gesellschafterversammlung am 13. November 2013 präsentiert.

Die RMG wird auch zukünftig in der Lage sein, allen Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen. Projekte werden nur nach der vorherigen Klärung der Finanzierung umgesetzt.

Risikobericht

Neben allgemeinen wirtschaftlichen Risiken und dem allgemeinen Geschäftsrisiko einer Unternehmerischen Betätigung existieren für die Gesellschaft noch branchenspezifische Besonderheiten.

Eine positive Entwicklung der Gesellschaft hängt stark von Förderkulissen auf EU-, Bundes- und Landesebene ab. Die Drittmittelakquise ist auch von Förderquoten und den Möglichkeiten der Eigenmittelbereitstellung abhängig. Die neue EU-Förderperiode hat am 1. Januar 2014 begonnen, die Umsetzungsrichtlinien für das Bundesland Hessen befindet sich immer noch in der Abstimmung zwischen EU, Bund und dem Land Hessen. Die Identifikation von Projekten, die Bedarfe der Region, die Rolle des Regionalmanagement als koordinierende Kraft und die Förderprogramme in Einklang bringen, ist eine schwierige Aufgabe.
Die künftige Notwendigkeit, Kooperationsprojekte auf regionaler Ebene aufzusetzen, scheint aufgrund der zunehmend kleineren Fördertöpfe hingegen sehr wahrscheinlich.

Chancenbericht

Die Chancen der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH bestehen darin, dass Gesellschafter, das Land Hessen und andere Kooperationspartner geeignete Projekte über die RMG umsetzen. Das Regionalmanagement soll als Dienstleister oder als Projektplattform dienen.

Dazu sind Projekte im Bereich Fachkräftemarketing geplant, die zu Umsatzerlöse führen. Dabei handelt es sich um die Projekte Mittelhessen Connect und DemografieFIT. Im erstgenannten Projekt wurde ein Vertrag mit einem Dienstleister

abgeschlossen, der eine erfolgsbedingte Umsatzbeteiligung garantiert. Im zweiten Beispiel soll versucht werden, das bereits einmal erfolgreiche Förderprojekt fortzusetzen. Über neue Fördermittel sowie Beiträge von Projektpartnern soll das Projekt finanziert werden. Der Beitrag der RMG ist dabei die Akquise der Partner und Fördermittel sowie die Durchführung der gesamten Öffentlichkeitsarbeit. Diese Dienstleistungen der RMG werden als Kostenfaktor in die Projektkalkulation einbezogen.
Eine wichtige Plattform für künftige Kooperationsprojekte und deren Umsetzungen stellt die neue Website der RMG dar. Da Mittelhessen ein heterogener Wirtschaftsraum ist und über 15 Tageszeitungen hier berichten, ist die offizielle Seite der Region eine attraktive Plattform, um Onlinedienste anzubieten. Hierzu ist die neu konzipierte Website sehr gut geeignet. Das o. g. Beispiel Mittelhessen Connect ist die erste Umsetzung dazu.

Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen verwendeten Finanzinstrumenten zählen insbesondere Forderungen, Bankguthaben und Guthaben bei Kreditinstituten. Ziel des Finanz- und Risikomanagements ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen finanzielle Risiken jeder Art. Die Geschäftsleitung verfolgt eine konservative Risikopolitik. Zur Absicherung gegen das Liquiditätsrisiko wird für jedes Projekt eine Planung erstellt, die in die Unternehmensplanung und damit auch Liquiditätsplanung einfließt.
Die RMG begleicht ihre Fremdverbindlichkeiten innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen in der Regel mit Skonto.

4.4 Rhein-Main Verkehrsverbund GmbH

Unternehmensportrait

Adresse: Alte Bleiche 5, 65719 Hofheim a.T.

Homepage: www.rmv.de

Gesellschafter:		Euro	%
	Hess. Ministerium der Finanzen	25.564,59	3,704
	Stadt Darmstadt	25.564,59	3,704
	Stadt Frankfurt a.M.	25.564,59	3,704
	Stadt Offenbach a.M.	25.564,59	3,704
	Stadt Wiesbaden	25.564,59	3,704
	Stadt Bad Homburg v.d.H.	25.564,59	3,704
	Stadt Fulda	25.564,59	3,704
	Stadt Gießen	25.564,59	3,704
	Stadt Hanau	25.564,59	3,704
	Stadt Marburg	25.564,59	3,704
	Stadt Rüsselsheim	25.564,59	3,704
	Stadt Wetzlar	25.564,59	3,704
	Landkreis Darmstadt-Dieburg	25.564,59	3,704
	Landkreis Fulda	25.564,59	3,704
	Landkreis Gießen	25.564,59	3,704
	Landkreis Groß-Gerau	25.564,59	3,704
	Landkreis Hochtaunuskreis	25.564,59	3,704
	Landkreis Lahn-Dill	25.564,59	3,704
	Landkreis Limburg-Weilburg	**25.564,59**	**3,704**
	Landkreis Main-Kinzig	25.564,59	3,704
	Landkreis Main-Taunus	25.564,59	3,704
	Landkreis Marburg-Biedenkopf	25.564,59	3,704
	Odenwaldkreis	25.564,59	3,704
	Landkreis Offenbach	25.564,59	3,704
	Rheingau-Taunus-Kreis	25.564,59	3,704
	Vogelsbergkreis	25.564,59	3,704
	Wetteraukreis	25.564,59	3,704

Stammkapital: 690.244,03 Euro

Gründungsjahr: 1994

Beteiligungen:		Euro	%
	-Rhein-Main-Verkehrsverbund Service GmbH (rms)	125.000,00	100
	-Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH (fahma)	100.000,00	100
	-ivm GmbH Integrietes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain (ivm)	30.000,00	12,45
	-RTW Planungsgesellschaft mbH	10.000,00	33,33
	-VDV eTicket Service GmbH & Co. KG	100.000,00	11,27

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Gesellschaft fördert das von den beteiligten Ländern und kommunalen Gebietskörperschaften verfolgte Ziel, für die Bevölkerung ein bedarfsgerechtes Leistungsangebot zu erbringen und die Marktchancen im Verkehrsverbund unter Beachtung marktwirtschaftlicher und betriebswirtschaftlicher Grundsätze auszuschöpfen und durch gezielte Investitionen zu verbessern.

Gegenstand des Unternehmens:
Die Gesellschaft dient dem Zwecke der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) sowie der Beratung bei der Koordination der Schnittstellen zum Individualverkehr (IV) und nimmt im Verbundgebiet folgende Aufgaben wahr:
Regionalisierter regionaler Schienenpersonen- u. Buspersonennahverkehr (SPNV + BPNV), Verkehrs-planung, Verkehrskonzeption und technische Standards, Rahmenplanung für Produkte, Verbundtarif und Beförderungsbedingungen, Marketing, Werbung und Öffentlichkeitsarbeit, Fahrgastinformation, Vertriebssystem, Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen, integriertes Plandatensystem

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat:

Oberbürgermeister Peter Feldmann, Stadt Frankfurt	Vorsitzender
Landrat Ulrich Krebs, Hochtaununskreis	stellv. Vorsitzender
Staatssekretär Steffen Saebisch, Land Hessen	
Staatssek. Prof. Dr. Luise Hölscher, Land Hessen	bis 30.09.2013
Stadträtin Brigitte Lindscheid, Stadt Darmstadt	
Bürgermeister Peter Schneider, Stadt Offenbach am Main	
Stadträtin Sigrid Möricke, Stadt Wiesbaden	
OBM Michael Korwisi, Stadt Bad Homburg v. d. Höhe	
Oberbürgermeister Gerhard Möller, Stadt Fulda	
Bürgermeisterin Gerda Weigel-Greilich, Stadt Gießen	
Stadtrat Axel Weiss-Thiel, Stadt Hanau	bis 02.09.2013
Stadtrat Andreas Kowol, Stadt Hanau	ab 02.09.2013
Oberbürgermeister Egon Vaupel, Stadt Marburg	
OBM Patrick Burghardt Stadt Rüsselsheim	bis 08.07.2013
Stadtrat Nils Kraft, Stadt Rüsselsheim	ab 08.07.2013
Oberbürgermeister Wolfram Dette, Stadt Wetzlar	
Kreisbeigeordneter Christel Fleischmann, LK Darmstadt-Dieburg	
Landrat Bernd Woide, Landkreis Fulda	
Landrätin Anita Schneider, Landkreis Gießen	
Kreisbeigeordneter Gerald Kummer, Kreis Groß-Gerau	
Landrat Wolfgang Schuster, Lahn-Dill-Kreis	
Landrat Manfred Michel, Landkreis Limburg-Weilburg,	
Landrat Michael Cyriax, Main-Taunus-Kreis	
Kreisbeigeordneter Dr. Karsten McGovern, LK Marburg-Biedenkopf	
Landrat Dietrich Kübler, Odenwaldkreis	
Erste Kreisbeigeordnete Claudia Jäger, Kreis Offenbach	
Landrat Burkhard Albers, Rheingau-Taunus-Kreis	
Landrat Manfred Görig, Vogelsbergkreis	
Landrat Joachim Arnold, Wetteraukreis	

Gesellschafterversammlung: u.a. Landrat Manfred Michel, Limburg-Weilburg

Geschäftsführung:	Prof. Knut Ringat, Sprecher der GF
	Klaus-Peter Güttler
Stellvertreter	Susanne Bieling
oder Prokuristen:	Kai Daubertshäuser
	Thomas Busch
	Thomas Kern
	Jörg Puzicha

Unternehmensdaten

Bilanz	**2013**	**2012**	**2011**
AKTIVA	**TEUR**	**TEUR**	**TEUR**
Sachanlagen	7.060	7.834	8.519
Finanzanlagen	1.309	1.009	1.014
Anlagevermögen	8.369	8.843	9.533
Vorräte	89	89	89
Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	22.839	21.324	21.958
Kassenbestand, Wertpapiere	1074	1.274	960
Umlaufvermögen	24.002	22.686	23.007
Rechnungsabgrenzungsposten	127	132	160
SUMME AKTIVA	**32.498**	**31.661**	**32.700**
	2013	**2012**	**2011**
PASSIVA	**TEUR**	**TEUR**	**TEUR**
Gezeichnetes Kapital	690	690	690
Rücklagen	1.481	1.481	1.481
Eigenkapital	2.171	2.171	2.171
Sonderposten für Zuschüsse	8.369	8.843	9.533
Rückstellungen	14.568	13.818	11.357
Verbindlichkeiten	7.384	6.824	9.639
Rechnungsabgrenzungsposten	6	5	0
SUMME PASSIVA	**32.498**	**31.661**	**32.700**

Gewinn- und Verlustrechnung	**2013 TEUR**	**2012 TEUR**	**2011 TEUR**
+ Umsatzerlöse	2.589	3.564	3.579
+ Sonstige betriebliche Erträge	1.549	1.368	1.274
- Materialaufwand	17.515	21.969	25.767
- Personalaufwand	10.326	9.420	9.059
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.424	5.649	
Betriebsergebnis			
+ Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	157	128	89
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	434	572	652
Finanzergebnis			
Gewöhnliches Geschäftsergebnis	**378**	**379**	**379**
- Außerordentliche Aufwendungen	***378***	***379***	**379**
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	**0**	**0**	**0**

Auswirkungen auf den Kreishaushalt

Im Berichtsjahr wurden Umlagenanteile in Höhe von gesamt 107.293,51 Euro zur Komplementärfinanzierung der RMV GmbH gezahlt.

Kennzahlen

Aus dem Jahresabschluss ermittelte Kennzahlen	2013	2012	Veränderung absolut	Veränderung in %
Eigenkapitalquote (Eigenkapital/Gesamtkapital)	6,7 %	6,9 %	-0,2 %	-2,58
Eigenkapitalrendite (Jahresergebnis / (Gez.Kapital+Rücklagen))	0,0 %	0,0 %	0,0 %	
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (TEUR)	1.824	2.242	-418	-18,64
Sachanlagenintensität (Sachanlagevermögen/Gesamtvermögen)	21,7 %	24,7 %	-3,0 %	-12,20
Sonstige Kennzahlen				
Anzahl der Beschäftigten (Jahresdurchschnitt)	125	124	1	0,81
Anzahl der Linien des lokalen u. regionalen Verkehrs im RMV	980	1.013	-33	-3,26
Angebotskilometer (lokaler Verkehr, in TNUTZKm)	139.901	139.827	74	0,05
Angebotskilometer (regionaler Verkehr, in TNUTZKm)	62.665	63.657	-992	-1,56
Haltestellen (beide Richtungen) ca.	11.800	12.100	-300	-2,48

Situationsbericht

Grundsätzliche Regelung über Verlustabdeckung, Gewinnabführung, Konzessionsabgabe

Grundsätzlich ist die RMV GmbH nach ihrem Gesellschaftsvertrag kein gewinnorientiertes Unternehmen, so dass das Jahresergebnis sich immer mit Null darstellt. Dies ist darin begründet, dass die nicht verbrauchten Landesmittel bisher an das Land Hessen zurückgeführt werden müssen und seit Einführung der Pauschalierung auf das nächste Jahr übertragen werden, ohne dass sie als Gewinn in der Bilanz dargestellt werden.

Auszug aus dem Lagebericht

Beteiligungen:

Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH (fahma)

Die RMV GmbH hält alle Anteile an der Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH (fahma).
Im Rahmen des Leasing hält die fahma Fahrzeuge zur Bereitstellung an Eisenbahnverkehrsunternehmen vor. Die Gesellschaft übernimmt die Eigentümerfunktion der Fahrzeuge und stellt den Qualitäts- und Wert-erhalt der Fahrzeuge geeignet sicher.
Die fahma ist für die Beschaffung und Finanzierung von Fahrzeugen des Schienenpersonennahverkehrs zuständig. Alle Fahrzeuge sind langfristig an die VIAS GmbH und die Hessische Landesbahn GmbH vermietet.
Von grundlegender Bedeutung für die fahma sind der Gesellschaftsvertrag sowie der Ergebnisabführungsvertrag zwischen der RMV GmbH und der fahma.
Die Geschäftsführung wird seit dem 23.01.2012 durch Herrn Professor Knut Ringat wahr-genommen. Prokura ist weiterhin Herrn Kai Daubertshäuser erteilt, der diese Aufgabe – ebenso wie der kaufmännische Leiter - neben seinen Aufgaben im RMV wahrnimmt. Die Gesellschaft beschäftigt einen Angestellten.

Im Geschäftsjahr 2013 erzielte die fahma Umsatzerlöse aus Leasingleistungen analog zum Vorjahr in Höhe von TEUR 6.862. Für das Geschäftsjahr standen Abschreibungen von TEUR 3.220 sowie Zinsaufwendungen aus der Finanzierung der Fahrzeuge in Höhe von TEUR 2.327 gegenüber. Das Jahresergebnis der fahma beträgt TEUR 1.102 (i. Vj. TEUR 957). Es wird gemäß Ergebnisabführungsvertrag an die RMV GmbH abgeführt.
Der fahma wurde durch die RMV GmbH ein Teil des abzuführenden Ergebnisses 2012 (TEUR 300) eigenkapitalstärkend in Form einer Kapitalrücklage wieder zugeführt. Eine Beschluss-fassung durch die Gesellschafter erfolgte am 17. Dezember 2013.

Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH (RMS)

Die RMV GmbH ist zu 100 % Gesellschafter an der 1997 gegründeten Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH. Mit der rms GmbH besteht eine umsatzsteuerliche und gewerbesteuerliche Organschaft und seit dem Geschäftsjahr 1998 eine körperschaftsteuerliche Organschaft.
Der rms ist es gelungen, die wirtschaftliche Entwicklung durch die Besetzung neuer Themen schrittweise von der schwierigen Situation ihrer Kunden in den letzten Jahren abzukoppeln. Im Themenfeld Datenmanagement F+E konnten erstmals größere Umsatzerlöse erzielt werden. Allerdings blieben durch die verzögerte Beauftragung der seit langem in Akquisition befindlichen Forschungsprojekte die Umsatzerlöse hinter dem Plan für 2013.
Die Umsatzerlöse der rms GmbH sind im Jahr 2013 im Vergleich zum Vorjahr von TEUR 14.359 auf TEUR 8.946 gesunken. Gleichzeitig erhöhte sich die Gesamtleistung der rms von TEUR 8.885 auf TEUR 9.565.
Gegenläufig hat sich allerdings die Betriebsleistung durch die Bestandsveränderung der unfertigen Leistungen von TEUR 8.817 auf TEUR 11.238 erhöht. Die Umsatzerlöse konnten vor allem aus den Themenfeldern Kundenkommunikation, Verkehrs- und Marktforschung sowie Datenmanagement und Informations- und Vertriebssysteme generiert werden.
Das Erlösvolumen mit Dritten konnte um rund 52 % gesteigert werden, der Anteil der Drittumsätze am Gesamtumsatz liegt damit bei TEUR 2.858 (i. Vj. TEUR 1.877).
Für das Geschäftsjahr 2014 wird ein weiterer Anstieg der Umsätze mit Drittkunden auf TEUR 3.022 erwartet.
Die Bilanzsumme sank von TEUR 5.574 im Vorjahr auf TEUR 3.798. Begründet im Aktiva ist dies auf den Rückgang der geleisteten Anzahlungen und im Passiva durch den starken Rückgang der Verbindlichkeiten zurück zu führen.
Trotz steigendem Umsatz mit Dritten muss der für das Jahr 2014 geplante Umsatz mit dem RMV weiter gesichert werden, um die Stabilität der rms GmbH zu gewährleisten.
Der Jahresüberschuss vor Gewinnabführung an die RMV GmbH beträgt TEUR 309 gegenüber dem Vorjahr von TEUR 263.

VDV eTicket Service GmbH & Co. KG
(ehemals: VDV-Kernapplikations GmbH & Co. Kommanditgesellschaft (VDV KG)

Zum 30. Dezember 2013 wurde die Gesellschaft VDV-Kernapplikations GmbH & Co. KG umfirmiert. Neuer Name der Gesellschaft lautet: VDV eTicket Service GmbH & Co. KG
Im Geschäftsjahr hielt die RMV GmbH einen Kommanditanteil von TEUR 100. Dies entspricht 11,27 % an den Kapitaleinlagen.

Die Umsatzerlöse nahmen im Geschäftsjahr um TEUR 381 auf TEUR 2.072 zu. Die Gesellschaft weist im Geschäftsjahr einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 142 aus. Gegenüber dem Vorjahr konnte der Jahresüberschuss um TEUR 145 verbessert werden.

RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW)

Die RMV GmbH hält zum Stichtag 33,33 % der Anteile an der RTW.
Gegenstand der Gesellschaft ist die planerische Vorbereitung des Vorhabens „Regionaltangente West".
In einer außerordentlichen Gesellschafterversammlung am 13.03.2014 wurde von dem Notar die Änderung des Gesellschaftervertrags beurkundet, der zunächst die Aufnahme von Schwalbach und Eschborn als Gesellschafter vorsieht; bei den Gebietskörperschaften sind noch die entsprechenden Beschlüsse der kommunalen Gremien herbeizuführen. In einem zweiten Schritt soll Neu-Isenburg und das Land Hessen als Gesellschafter aufgenommen werden. Die Aufnahme aller neuen Gesellschafter vor der Sommerpause 2014 wird angestrebt.
Die RTW schließt das Geschäftsjahr 2013 mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis in Höhe von EUR 0,00 ab.
Die Bilanzsumme erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr von TEUR 280 auf TEUR 8.115.
Im Wesentlichen betrifft dies auf der Aktivseite die Forderungen gegen Gesellschafter und die liquiden Mittel, auf der Passivseite die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern.
Die RTW GmbH trägt grundsätzlich kein finanzielles Risiko, da sie die Förderung der Zusammenarbeit zwischen dem Land Hessen und einzelnen Landkreisen und Städten in der Region Frankfurt RheinMain auf dem Gebiet des Verkehrswesens zum Ziel hat und keine unternehmerische Tätigkeit im engeren Sinne wahrnimmt.
Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung haben am 20.11.2013 entschieden, nur einen Teil-Wirtschaftsplan bis zum 13.03.2014 mit einem Volumen in Höhe von 0,9 Mio. € zu beschließen. Ferner wurde die Geschäftsführung angewiesen „…vom 20.11.2013 bis zum 13.03.2014 nur noch solche Geschäfte zu tätigen, die zum ordnungsgemäßen Geschäfts-betrieb der Gesellschaft erforderlich sind bzw. sich aus bereits eingegangenen Verpflichtungen ergeben. Die Geschäftsführung ist mit Zustimmung der Vorsitzenden des Aufsichtsrates und der Gesellschafterversammlung befugt, berechtigte und erforderliche Nachträge zu bestehenden Verträgen zu beauftragen."
Durch die Zahlung des Verpflichtungsüberschusses und der Mittel für den Wirtschaftsplan 2014/I sowie die Durchführung eines schriftlichen Beschlussverfahrens zum Wirtschaftsplan 2014/II von Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung vor dem 13.03.2014 wurde die bestandsgefährdende Situation abgewendet und für die Gesellschaft kann eine positive Fortführungsprognose abgegeben werden.
Von dem Jahresabschlussprüfer wurden für das Jahr 2013 die Forderungen und Verbindlichkeiten der Gesellschaft im Rahmen des Jahresabschlusses geprüft.
Die Geschäftsführung hat dazu in Erfüllung der Aufgaben eines ordnungsgemäßen Geschäftsbetriebs eine rechtliche Stellungnahme beauftragt.
Im Ergebnis ist festzuhalten, dass zum 31. Dezember 2013 eine Forderung gegen die Gesellschafter in Höhe von 1,7 Mio. € ausgewiesen werden muss.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain) (ivm)

Die RMV GmbH ist Gesellschafter mit 12,45 % des Stammkapitals an der ivm GmbH. Die RMV GmbH überträgt im Mobilitätsmanagement Aufgaben auf die ivm und stellt die notwendigen Mittel bereit.
Im Rahmen ihrer finanziellen Verpflichtungen wurde die RMV GmbH mit dem Land Rhein-land-Pfalz sowie der Stadt Mainz gleich gestellt. Daher beteiligt sich die RMV GmbH nur an der Projektfinanzierung. Die Höhe der Mittel bestimmt die RMV GmbH selbst.
Im Geschäftsjahr sind die Betriebsaufwendungen der ivm marginal um TEUR 42 auf TEUR 1.953 (i. Vj. TEUR 1.995) gesunken.
Die Aufwendungen der Gesellschaft wurden durch Zuschüsse der kommunalen Aufgabenträger und des Landes Hessen ausgeglichen, so dass die Gesellschaft ein ausgeglichenes Jahresergebnis erzielte.

Geschäftsentwicklung 2013

Die Betriebsaufwendungen der RMV GmbH sind im Geschäftsjahr 2013 im Vergleich zu 2012 um TEUR 3.176 auf TEUR 36.255 gesunken (i. Vj. TEUR 39.431). Im Wesentlichen betraf dies den Rückgang von Aufwendungen für bezogene Leistungen um TEUR 4.454, während die Zuführungen zum Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen um TEUR 598 und die Absetzungen für Abnutzung um TEUR 381 gestiegen sind.
Die Zuwendungen des Landes Hessen im Rahmen der bestehenden Finanzierungsvereinbarung sowie die Beiträge der kommunalen Aufgabenträger betrugen TEUR 31.367 (i. Vj. TEUR 34.117). Hinzu kamen sonstige Erträge insbesondere aus Projektzuwendungen von TEUR 4.138 (i. Vj. TEUR 4.933). Somit belief sich das Betriebsergebnis der RMV GmbH auf TEUR -750 (i. Vj. TEUR -381).
Weitere Aufgaben des Geschäftsjahres 2013 lagen wiederum in den originären Aufgaben wie

- Qualitätserfassung und –bewertung im Schienenpersonennahverkehr (SPNV)

und im

- Buspersonennahverkehr (BPNV)
- RMV-Hotline und Kundenkommunikation
- Erstellung des neuen Fahrplanes 2014

und im strategischen Bereich wie

- Elektronisches Fahrgeldmanagement (EFM)
- Tarifstrukturreform
- Investitionsmaßnahmen

Im Geschäftsjahr haben sich die flüssigen Mittel gegenüber dem Vorjahr um TEUR 199 auf TEUR 365 reduziert. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt TEUR 1.824 (i. Vj. TEUR 2.243). Er wurde verwendet für Mittelabflüsse für den Erwerb immaterieller Vermögensgegenstände und Sachanlagen in Höhe von TEUR 2.023 (i. Vj. TEUR 1.929).
Die nicht verbrauchten Mittel des Landes Hessen aus der Finanzierungsvereinbarung sind an den Treuhandbereich transferiert und zum Stichtag als Forderungen gegen den Treuhandbereich in den Sonstigen Vermögensgegenständen bilanziert. In

Folge musste im Treuhandbereich der genehmigte Kreditrahmen nicht ausgeschöpft werden, da die Mittel des Regiebereiches zur Verfügung standen.
Die Zahlungsfähigkeit der RMV GmbH war im Geschäftsjahr 2013 jederzeit gewährleistet.

Das novellierte ÖPNV-Gesetz trat zum 01.01.2013 in Kraft. In enger Zusammenarbeit haben sich die RMV GmbH und die Lokalen Nahverkehrsorganisationen in die Arbeiten zur Novellierung eingebracht.
Die im neuen Gesetz verankerten Vorschriften fanden bereits bei der Erstellung des Regionalen Nahverkehrsplanes Anwendung. Der neue Terminus lautet nun „verbundweiter Nahverkehrsplan“. Neu unterschieden werden die Busleistungen in Verbundbusverkehr, regionaler Busverkehr und lokaler Verkehr.
Im ÖPNV-Gesetz wurde eine weitere Neuerung zur Stärkung der verbundweiten Standards in den Focus gestellt. Beabsichtigt ist, bestehende Standards zu überprüfen und neue Standards zu entwickeln. Ziel ist dabei, dass Fahrgäste sich künftig im gesamten ÖPNV-System zurechtfinden können und das Interesse am ÖPNV geweckt wird.

Mit Beschluss vom 7. Juli 2009 hat der Aufsichtsrat der RMV GmbH die Geschäftsführung beauftragt, den Regionalen Nahverkehrsplan (RNVP) für den Zeitraum 2010 bis 2019 fortzuschreiben. Basierend auf dieser Entscheidung wurde der RNVP von den Geschäftsbereichen der RMV GmbH unter Federführung des Geschäftsbereiches Verkehrs- und Mobilitätsplanung in Zusammenarbeit mit den Lokalen Nahverkehrsorganisationen (LNO) und Vertretern des Landes Hessen erarbeitet.
Im Jahr 2013 wurde das formale Anhörungsverfahren zum Regionalen Nahverkehrsplan gemäß § 14 Abs. 7 Hessisches ÖPNV-Gesetz durchgeführt. Außerdem wurden die Beschlüsse zum RNVP durch die RMV-Gremien gefasst.
Begonnen wurde das formale Anhörungsverfahren mit einer Auftaktveranstaltung am 24. Januar 2013 in Hofheim. Bei dieser wurden die lokalen Aufgabenträger und Gesellschafter des RMV über die Eckpunkte des Regionalen Nahverkehrsplans und den Ablauf des Anhörungsverfahrens informiert.

Der Verkehrsmarkt im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) befindet sich im Berichtsjahr weiterhin in der wettbewerblichen Übergangsphase, d.h. es sind noch nicht sämtliche Verkehrsdienstleistungen (SPNV-Teilnetze) aus den Altverträgen mit der Deutschen Bahn AG (aus 2003) bzw. der Hessischen Landesbahn GmbH (aus 2003) wettbewerblich vergeben worden. Die wettbewerbliche Vergabe sämtlicher Teilnetze wird voraussichtlich bis Ende 2019 abgeschlossen sein.

Der Verkehrsmarkt im Buspersonennahverkehr (BPNV) befindet sich in der Wettbewerbs-phase, d.h. sämtliche Verkehrsdienstleistungen im regionalen Buspersonennahverkehr wurden seit Ende 2009 bereits mindestens einmal nach wettbewerblichen Grundsätzen vergeben.

Neben der Aktualisierung und Weiterentwicklung der RMV-Kundeninformationen zu den Tarifangeboten, lag ein Schwerpunkt im Geschäftsjahr auf dem Ausbau der Vermarktungs-aktivitäten im Bereich des Freizeitverkehrs. Der Marktanteil des ÖPNV bei Wegeanlässen im Freizeitbereich ist ausbaufähig und soll u.a. mit aufmerksamkeitsstarken Angeboten zu Fest- und Feiertagen gesteigert werden. So wurde erstmals zu den Weihnachtsfeiertagen 2013 ein „Festtagsangebot“ aufgelegt und verbundweit über ein breites Portfolio an Medien beworben. Grundlage des Angebots

war eine Verlängerung der Gültigkeit von Tageskarten und Gruppentageskarten an Heiligabend und den Weihnachtsfeiertagen. Um eine valide Einschätzung zum Erfolg dieser Vermarktungsaktivitäten geben zu können, sind vergleichbare Aktionen für 2014 geplant.

Auch im Geschäftsjahr 2013 hat die RMV GmbH in Zusammenarbeit mit den Lokalen Nahverkehrsgesellschaften (LNO) sowie den Verkehrsunternehmen (VU) ihre Aktivitäten zur Effizienzsteigerung im Vertrieb fortgesetzt. Wesentliche Aspekte waren die Weiterentwicklung des Elektronischen Fahrgeldmanagements (EFM) mit den Bausteinen chipkartenbasierter Vertrieb von Zeitkarten, handybasierte Fahrtenerfassung mit nachträglicher Abrechnung auf der Grundlage des Systems der DB AG (Touch&Travel) sowie der Vertrieb von Fahrkarten für Gelegenheitskunden über mobile Endgeräte. Das RMV-HandyTicket hat sich dabei als zukunftsweisender Baustein des Vertriebs etabliert.

Im laufenden Geschäftsjahr wurden zwei für die Innovationskraft des RMV sehr bedeutende Förderprojekte unter der Konsortialführerschaft von RMV GmbH bzw. deren Tochter rms GmbH gestartet. Im Projekt (((eSIM 2020 werden die technologischen Grundlagen für ein elektronisches Ticketing der Zukunft mit automatischer Fahrpreisbildung erforscht, während im Projekt DYNAMO ein dynamischer Reisebegleitdienst der Zukunft entwickelt wird. Beide Projekte werden im Rahmen der Förderinitiative „Von Tür zu Tür“ durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie gefördert und finden in der ÖPNV-Branche bundesweit hohe Beachtung.
Die Aufsichtsgremien der RMV GmbH - Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung - tagten turnusmäßig. Die entsprechenden Beschlussfassungen zum Leistungsangebot, zum Jahresabschluss und zur zweckentsprechenden Verwendung der Landesmittel mit der Einnahmenaufteilung/Abrechnung (EAV/ABR) sowie zum Tarif erfolgten mit den erforderlichen Mehrheiten.

4.5 Spar- und Bauverein Wetzlar-Weilburg eG

Adresse: Baumeisterweg 17, 35576 Wetzlar

Homepage: www.gewobausparbauwz.de

Geschäftsanteil: 5.500 Euro 0,293 %

Für diese Geschäftsanteile wurde eine Dividende in Höhe von 220 Euro ausgezahlt.

4.6 Vereinigte Volksbank Limburg eG

Adresse: Werner-Senger-Straße 8, 65549 Limburg

Homepage: www.vvblm.de

Geschäftsanteil: 50 Euro (Mitgliedsnummer 800273765)

Für diesen Geschäftsanteil wurde eine Dividende in Höhe von 2,53 Euro ausgezahlt.

Geschäftsanteile: 200 Euro (4 Anteile; Mitgliedsnummer 800072085)

Für diese Geschäftsanteile wurde eine Dividende in Höhe von 10,11 Euro ausgezahlt.

4.7 VoBa: Frankfurter Volksbank eG

Adresse: Börsenstraße 1, 60313 Frankfurt

Homepage: www.frankfurter-volksbank.de

Geschäftsanteil: 100 Euro

Für diese Geschäftsanteile wurde eine Dividende in Höhe von 5,06 Euro ausgezahlt.

Landrat Manfred Michel als Mitglied in Vertreterversammlung

4.8 Wirtschaftsförderung Limburg-Weilburg-Diez GmbH

Unternehmensportrait

Adresse: Schiede 43,65549 Limburg

Homepage: www.wfg-limburg-weilburg-diez.de

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Gesellschafter:			
	Landkreis Limburg-Weilburg	**19.300 €**	**18,75 %**
	Stadt Hadamar	1.800 €	1,75%
	Stadt Diez und Verbandsgemeinde Diez	1.800 €	1,75%
	Gemeinde Beselich	1.800 €	1,75%
	Gemeinde Dornburg	1.800 €	1,75%
	Stadt Runkel	1.800 €	1,75%
	Gemeinde Hünfelden	1.800 €	1,75%
	Stadt Limburg	1.800 €	1,75%
	Gemeinde Löhnberg	1.800 €	1,75%
	Gemeinde Mengerskirchen	1.800 €	1,75%
	Gemeinde Merenberg	1.800 €	1,75%
	Gemeinde Selters	1.800 €	1,75%
	Gemeinde Villmar	1.800 €	1,75%
	Gemeinde Waldbrunn	1.800 €	1,75%
	Stadt Weilburg	1.800 €	1,75%
	Gemeinde Elz	1.800 €	1,75%
	Gemeinde Brechen	1.800 €	1,75%
	Gemeinde Weilmünster	1.800 €	1,75%
	Gemeinde Weinbach	1.800 €	1,75%
	Kreissparkasse Limburg	5.150 €	5,00%
	Kreissparkasse Weilburg	5.150 €	5,00%
	Nassauische Sparkasse	5.150 €	5,00%
	Vereinigte Volksbank e.G. Limburg	3.550 €	3,40%
	Volksbank Mittelhessen e.G.	2.600 €	2,50%
	Frankfurter Volksbank (vorm. Weilmünster)	1.450 €	1,35%
	Volksbank Schupbach	450 €	0,40%
	Volksbank Langendernbach	400 €	0,35%
	Förderverein RegionAktiv e.V. (7 VR 828)	1.800 €	1,75%
	Industrie und Handelskammer Limburg	12.800 €	12,50%
	Kreishandwerkerschaft Limburg-Weilburg	12.800 €	12,50%

Stammkapital: 103.000 Euro

Gründungsjahr: 12. April 1994

Gesell.-vertrag: 12. April 1994, letzte Fassung vom 7. April 2009

Beteiligungen: Ferienland Westerwald-Lahn-Taunus e.V.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Aufgabe der Wirtschaftsförderungsgesellschaft ist es, von öffentlicher Seite beste Bedingungen zu schaffen, die es Unternehmen ermöglichen, zum Wohl des jeweiligen Gebietes zu investieren und Arbeitsplätze zu schaffen bzw. zu sichern. Im Vordergrund steht dabei die Bestandssicherung und -erweiterung der ansässigen Firmen und die Ansiedlung neuer Unternehmen.

Über diese klassische Aufgabe hinaus, ist die Wirtschaftsförderung mehr und mehr mit Entwicklungsprozessen im Kreisgebiet betraut. Beispielhaft seien hier die Schlagwörter Demographie und Fachkräftebedarf, die erneuerbaren Energien, die Tourismusförderung und der Ausbau der Breitbandversorgung genannt. Die Wirtschaftsförderung ist dabei ständig neu vor die Aufgabe gestellt, in Anbetracht vergleichsweise geringer personeller und finanzieller Ressourcen ein stetig wachsendes Spektrum von Verantwortlichkeiten zu vereinen.

Gegenstand des Unternehmens:
Die Wirtschaftsförderung Limburg-Weilburg-Diez GmbH (WFG) versteht sich als kundenorientierter Dienstleister und erste Anlaufstelle für unternehmerische Vorhaben im Landkreis. Die Gesellschafterstruktur der WFG mit Akteuren aus Landkreis, Kommunen und der Wirtschaft sowie zahlreiche langjährige Partner stellen das attraktive Netzwerk der WFG dar.

Die WFG unterstützt Unternehmen, Investoren und Existenzgründer mit einem qualifizierten Beratungs- und Dienstleistungsangebot. Das Leistungsangebot beinhaltet Fördermöglichkeiten inkl. Verfahrensbegleitung und bürokratischer Hilfestellung für Unternehmen bei der Ansiedlung, Umsiedlung, Erweiterung oder anderen Investitionen, Koordination zwischen den Genehmigungsbehörden, Unterstützung der Kommunen in Fragen der Gewerbeflächenausweisung, der Infrastrukturplanung und der Regionalplanung, Betriebliche Beratung, Unterstützung der Betriebe bei betriebswirtschaftlichen und technologischen Fragestellungen, Vermittlung und Koordination von Beratungsleistungen Existenzgründung, Begleitung beim Aufbau einer Selbständigkeit in allen Phasen durch Beratung, Coaching und eigene Seminare Tourismus.

Seit 2011 ist die WFG auch zuständig bei Fragen „Rund um den Tourismus“ im Landkreis Limburg-Weilburg.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Walter Gerharz

Gesellschafter-versammlung: *(Auszug)* Mitglieder des Kreisausschusses:
Peter Trottmann
Silvia Scheu-Menzer
Christian Radkovsky

Aufsichtsrat:	Manfred Michel, Landrat	Vorsitzender
	Helmut Jung, Erster Kreisbeigeordneter	stellv. Vorsitzender
	Werner Schlenz, Bürgermeister	
	Reiner Kuhl, Bürgermeister	
	Stefan Laßmann	
	Gerhard Maxeiner, Bürgermeister	
	Alfred Ullner	
	Norbert Oestreicher	
	Patrick Ehlen	
	Thorsten Sprenger, Bürgermeister	
	Michael Stanke	
	Gerd Ohl	

Bezüge
Für die Mitglieder des Aufsichtsrates wurden im Berichtsjahr seitens der Gesellschaft keine Aufwandsentschädigungen geleistet.

Unternehmensdaten

Bilanz

Aktiva	**2013 in €**	**2012 in €**	**2011 in €**
Anlagevermögen			
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	2,00	2,00	2,00
Betriebs- und Geschäftsausstattung	12,00	12,00	45,00
Beteiligungen	7.002.676,06	7.002.676,06	7.002.676,06
Umlaufvermögen	236.045,63	354.655,71	302.546,07
Kassenbestand, Guthaben bei KI	453.999,18	426.775,68	104.378,01
Wertpapiere	0,00	0,00	314.444.51
Rechnungsabgrenzungsposten	732,80	727,06	198,76
SUMME AKTIVA	**7.693.467,67**	**7.784.848,51**	**7.724.290,41**
Passiva	**2013 in €**	**2012 in €**	**2011 in €**
Gezeichnetes Kapital	103.000,00	103.000,00	103.000,00
Verlustvortrag	192.290,71	165.583,59	161.978,52
Jahresüberschuss	5.842,93	26.707,12	3.605,07
Eigenkapital	**301.133,64**	**295.290,71**	**264.978,52**
Rückstellungen	21.220,00	18.520,00	20.500,00
Verbindlichkeiten	7.046.344,86	7.146.959,17	7.115.258,99
- aus Lieferungen und Leistungen	5.888,12	5.780,25	2.357,81
- gegenüber Gesellschaftern	314.444,51	314.444,51	314.444,51
Sonstige Verbindlichkeiten	4.436,54	3.853,87	3.145,61
SUMME PASSIVA	**7.693.467,67**	**7.784.848,51**	**7.724.290,41**

Gewinn- und Verlustrechnung	**2013 in €**	**2012 in €**	**2011 in €**
+ Erträge aus Zuschüssen	100.112,91	123.468,27	59.500,00
+ sonstige betriebliche Erträge	37.175,06	59.115,52	34.821,61
- Materialaufwand	9.426,57	6.807,60	5.335,78
- Abschreibungen	144,32	149,81	786,00
- sonstige betriebliche Aufwendungen	120.479,72	159.727,15	113.451,59

+ Erträge aus Beteiligungen	218.610,00	317.450,00	286.580,00
+ sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.716,01	5.396,95	3.343,97
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	46.344,86	146.959,17	115.528,89
Ergebnis der gewöhnl. Geschäftstätigkeit	**10.593,92**	**32.960,55**	**22.318,05**
- sonstige Steuern	4.750,99	6.253,43	18.712,98
Jahresüberschuss	**5.842,93**	**26.707,12**	**3.605,07**

Geschäftsverlauf

Lagebericht

Themen der Versammlungen waren u.a. der ausführliche Tätigkeitsbericht der Geschäftsführung, der Jahresabschluss 2012, der Wirtschaftsplan 2014 und die Wahl des Prüfers für das Geschäftsjahr 2013 und die zukünftige Mitgliedschaft der Volksbank Rhein-Lahn eG und er Stadt Bad Camberg. Weiterhin erfolgte die Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2012. Beschlossen wurde auch der Beitritt der Volksbank Rhein-Lahn eG und eine dadurch bedingte Ergänzung der Beitragsordnung der WFG.

Wie in den Jahren zuvor bestand 2013 das Aufgabengebiet der WFG im Wesentlichen im Angebot und der Erbringung von Dienstleistungen in Form von Beratungen. Schwerpunkte bildeten hierbei Standortthemen, Fragen zur lnfrastrukturplanung, Informationen über Förderprogramme für die gewerbliche Wirtschaft sowie betriebswirtschaftliche und teilweise technologische Beratungsleistungen. Im Rahmen des bei der Geschäftsführung der WFG angesiedelten Regionalmanagements konnten zusätzlich erfolgreich Projekte aus dem europäischen ELER-Fonds finanziell gefördert werden.
Im Bereich der Tourismusförderung, die seit 2011 bei der WFG angesiedelt ist, ergab sich ebenfalls ein breites Aufgabenfeld in den Bereichen der Beratung, der Gästebetreuung und der Erstellung von aktuellen Informationsmaterialien.

Ein wichtiges Tätigkeitsfeld war im Geschäftsjahr 2013 erneut die Breitbandversorgung der Region. Die WFG konnte hier fundierte Beratungsleistungen erbringen und in Kooperation mit dem Landkreis und den Kommunen eine kostengünstige flächendeckende Breitbandversorgung des Landkreises auf den Weg bringen.

Ein weiterer Schwerpunkt war im Geschäftsjahr 2013 die Betreuung und Beratung von Existenzgründern und Unternehmen. Neben Einzelberatungen hatte die WFG zur Unterstützung von Unternehmensgründungen wieder ein umfassendes Jahresprogramm für die Region Limburg-Weilburg-Diez erstellt. Die regelmäßig monatlich durchgeführten Seminare zur Erstinformation von Gründern und Jungunternehmen aus allen Branchen und Gewerken sowie die mit Partnern durchgeführten Unternehmersprachtage waren stets gut besucht.

Auch die Informationsveranstaltungen der WFG zu den Themen Energie und Demographie wurden von den ansässigen Unternehmen und Einrichtungen der Region sehr gut nachgefragt.

Im Aufgabenbereich des Standortmarketings ist in 2013 vor allem der gemeinsame erfolgreiche Auftritt der Landkreise, Oberzentren und namhafter Firmen aus Mittelhessen auf der Exporeal in München hervorzuheben.

Zusammen mit der IHK Limburg, der Arbeitsagentur Limburg und der Kreishandwerkerschaft Limburg-Weilburg organisierte die WFG im Oktober den jährlichen Gründertag in der Region Limburg-Weilburg-Diez. Es gelang den Organisatoren wieder, alle relevanten Institutionen und Ansprechpartner für Existenzgründer und Jungunternehmer für die Teilnahme zu gewinnen.

Bereits seit 1998 ist die WFG Träger eines Förderprogramms zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze innerhalb des Landkreises. Auch im Jahr 2013 konnte die WFG wieder Zuschüsse für in der Regel erstmals geschaffene Ausbildungsplätze im Landkreis Limburg- Weilburg vergeben.

Aufgrund der erweiterten personellen Ausstattung konnte die WFG auch in 2013 in allen Aufgabengebieten erfolgreich ihre Beratungsleistungen sowohl quantitativ als auch qualitativ ausbauen.

Vermögenslage

	2013 in TEUR	%	2012 in TEUR	%
Anlagevermögen	7.003	91,0	7.003	90,0
Umlaufvermögen/RAP	690	9,0	721	9,0
	7.693	**100,0**	**7.785**	**100,0**

	2013 in TEUR	%	2012 in TEUR	%
Eigenkapital	301	3,9	295	3,8
Langfristige Verbindlichkeiten	7.314	95,1	7.314	94,0
Kurzfristige Verbindlichkeiten	78	1,0	175	2,2
	7.693	**100,0**	**7.785**	**100,0**

Im Berichtsjahr haben sich keine wesentlichen Veränderungen ergeben.

Finanzlage

	2013 in TEUR	2012 in TEUR
Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	128	291
Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit	0	0
Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit	101	32
Zahlungswirks. Veränderung der Finanzmittelfonds	27	323
Finanzmitte/fonds am Anfang der Periode	427	104
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	454	427

Ertragslage

	2013 in TEUR	2012 in TEUR	Ergebnisveränderung TEUR	%
Erträge aus Zuschüssen	137,3	182,6	-45,3	24,8
Betriebsergebnis	-163,3	-142,9	-20,4	14,3
Finanzergebnis	174,0	175,9	-1,9	1,0
Jahresüberschuss	**5,8**	**26,7**	**-20,9**	**78,3**

Der Jahresüberschuss ist um 20,9 TEUR gegenüber dem Vorjahr gesunken. Dies ist überwiegend auf höhere Personalkosten (Einzahlung in ZVK) zurück zu führen.

Voraussichtliche Entwicklung und Risiken der künftigen Entwicklung

Die Wirtschaftsförderung Limburg-Weilburg-Diez GmbH hat sich seit ihrer Gründung im Jahr 1994 als zuverlässige und qualitativ anspruchsvolle Beratungseinrichtung in der Region etabliert. Die aktive Kontaktpflege zu den ansässigen Unternehmen, die Unternehmensnähe und die große Resonanz auf das Beratungs- und Dienstleistungsangebot sprechen für dieses Konzept.

Für die erfolgreiche Arbeit der Gesellschaft ist es weiterhin notwendig, dass die finanzielle Basis auch zukünftig ausreichend gesichert bleibt.

Für das Geschäftsjahr 2014 rechnet die Gesellschaft laut Wirtschaftsplan mit einem leicht negativen Ergebnis.

Mit Vertrag vom 5. Dezember 2006 hat die Gesellschaft einen Vertrag als stiller Gesellschafter mit der Nassauischen Sparkasse mit einer Vermögenseinlage von € 7,0 Mio. geschlossen. Die Laufzeit ist auf das Ende des Kalenderjahres 2015 befristet und ist für beide Seiten unkündbar. Es gibt jedoch für die Nassauische Sparkasse ein außerordentliches Kündigungsrecht mit einer Frist von 2 Jahren zum Ende eines Geschäftsjahres, das frühestens zum 31. Dezember 2011 hätte ausgeübt werden können, wenn sich Rechtsvorschriften ändern, die zu einer höheren Steuerbelastung im Zusammenhang mit der Vermögenseinlage führen, als zum Zeitpunkt der Begründung der stillen Gesellschaft.

Für die stille Gesellschaft wird eine Verzinsung im Nennbetrag der Einlage mit dem 12-Monatseuribor zuzüglich einer Marge von 2,58 % gewährt. Die stille Gesellschaft ist an einem etwaigen Verlust der Nassauischen Sparkasse im Verhältnis ihres Buchwertes zum sonstigen am Verlust teilnehmenden haftenden Eigenkapital der Nassauischen Sparkasse beteiligt, jedoch begrenzt auf die Höhe der Vermögenseinlage.

Die Vermögenseinlage wurde in voller Höhe bei einem Kreditinstitut refinanziert. Der Kredit ist endfällig am 30. April 2016 und durch eine 100%ige Ausfallbürgschaft des Landkreises Limburg-Weilburg abgesichert. Es ist lediglich eine außerordentliche Kündigungsfrist vorgesehen.
Mit Datum 16.12.2010 wurde die Laufzeit der Vermögenseinlage prolongiert. In Abänderung von § 4 Abs. 1 des Vertrages über die stille Gesellschaft wurde die Lauf-

zeit der stillen Gesellschaft über den 31.12.2015 hinaus bis zum Ende des Kalenderjahres 2032 verlängert. Der Kreistag des Landkreises Limburg-Weilburg, der die Bürgschaft übernommen hat, hat in seiner 34. Sitzung am 10.12.2010 dieser Prolongation zugestimmt.

Die WFG wird auch 2014 ihr umfassendes Beratungs- und Dienstleistungsangebot vorhalten und bei Bedarf in Teilbereichen weiter ausbauen. Die Anpassungsfähigkeit an veränderte wirtschaftliche Rahmenbedingungen und Beschlüsse der Gesellschafter ist dabei stets gewährleistet.

4.9 ZVN Finanz GmbH

Unternehmensportrait

Adresse:	Karl-Bosch-Straße 10, 65203 Wiesbaden		
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung		
Gesellschafter:	Landkreis Limburg-Weilburg	2.840 Euro	11,4 %
	Landeshauptstadt Wiesbaden	6.150 Euro	24,6 %
	Westerwaldkreis	5.350 Euro	21,4 %
	Rhein-Lahn-Kreis	4.100 Euro	16,4 %
	Main-Taunus-Kreis	3.700 Euro	14,8 %
	Hochtaunuskreis	2.840 Euro	11,4 %
Stammkapital:	25.000 Euro		
Gründungsjahr:	2006		
Gesell.-vertrag:	29. September 2006; letzte Änderung im Mai 2007		

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Durch die Bereitstellung von haftendem Eigenkapital für die Nassauische Sparkasse trägt die ZVN mit dazu bei, ihren öffentlichen Auftrag zu erfüllen. Hierzu gehören insbesondere die Förderung des Sparens, der übrigen Formen der Vermögensbildung sowie die Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs. Zu dem öffentlichen Auftrag gehört auch, die kommunalen Belange insbesondere in wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereichen zu fördern.

Gegenstand des Unternehmens:
Satzungsgemäßer Gegenstand des Unternehmens ist die Bereitstellung von Kapital an die Nassauische Sparkasse (Naspa), welches auf Seiten der Sparkasse als haftendes Eigenkapital im Sinne des Kreditwesengesetzes anerkannt ist, sowie die Vornahme aller diesem Zweck unmittelbar und mittelbar dienenden Geschäfte.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Andreas Diehl

Gesellschafterversammlung

Bezüge
Der Geschäftsführer erhielt im Jahr 2013 eine Vergütung in Höhe von 1.000 Euro.

Unternehmensdaten

Bilanz **Aktiva**	**2013 in €**	**2012 in €**	**2011 in €**
Anlageverm., Bet. als stiller Gesellschafter	51.000.000,00	51.000.000,00	51.000.000,00
Umlaufverm. / Forderungen und sonst Verm	2.052.636,00	2.583.450,00	2.503.431,11
Guthaben bei Kreditinstituten	233.407,58	168.095,45	
Summe	**53.286.043,58**	**53.751,545,45**	**53.503.431,11**
Passiva	**2013 in €**	**2012 in €**	**2011 in €**
Gez. Kapital	25.000,00	25.000,00	25.000,00
Ausstehende Einlagen	12.000,00	12.500,00	12.500,00
Einlage des stillen Gesellschafters	39.000.000,00	39.000.000,00	39.000.000,00
Gewinnrücklagen	306.781,21	236.374,64	157.022,43
Jahresüberschuss	99.932,95	70.406,57	79.352,21
Eigenkapital	**39.419.214,16**	**39.319.281,21**	**39.248.874,64**
Genussscheinkapital	12.000.000,00	12.000.000,00	12.000.000,00
Rückstellungen	32.922,34	37.791,74	36.699,80
Verbindlichkeiten	1.833.907,08	2.394.472,50	2.217.856,67
Summe	**53.286.043,58**	**53.751.545,45**	**52.503.431,11**

Gewinn- und Verlustrechnung	**2013 in €**	**2012 in €**	**2011 in €**
Sonstige betriebliche Erträge	710,73	808,25	461,78
Personalaufwand, Löhne und Gehälter	1.000,00	1.000,00	1.000,00
Sonst. betriebliche Aufwendungen	7.461,08	7.841,30	9.247,
Erträge aus d. Bet. als stiller Gesellschafter	2.032.770,00	2.583.450,00	2.411.460,00
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	745,06	628,72	934,24
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.835.844,53	2.397.690,76	2.221.075,33
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	189.920,18	178.354,91	181.532,98
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	89.987,23	107.948,34	102.180,77
Jahresüberschuss	**99.932,95**	**70.406,57**	**79.352,21**

Geschäftsverlauf

Die ZVN Finanz GmbH hat per 1. Dezember 2006 eine stille Einlage von 39,0 Mio. EUR erhalten und am gleichen Tag eine stille Einlage von ebenfalls 39,0 Mio. EUR bei der Nassauischen Sparkasse platziert. Die ZVN Finanz GmbH erzielt aus den Geschäften eine Marge. Die bei der Nassauischen Sparkasse platzierte stille Einlage war ursprünglich bis zum 31. Dezember 2015 befristet. Im Dezember 2010 haben ZVN Finanz GmbH und Nassauische Sparkasse vereinbart, dass die Laufzeit der stillen Einlage bis zum 31. Dezember 2032 prolongiert wird.

Am 29. Februar 2008 hat die ZVN Finanz GmbH einen Genussschein von 12,0 Mio. EUR an die Naspa Grundbesitz I GmbH & Co. KG, Wiesbaden, verkauft und am gleichen Tag von der Nassauischen Sparkasse einen Genussschein von 12,0 Mio. EUR erworben. Daraus erzielt die ZVN Finanz GmbH eine feste Marge. Die Laufzeit der Genussscheine endet jeweils am 31. Dezember 2015.

Damit ist das Geschäftsmodell der Gesellschaft weiterhin tragfähig.

Im Geschäftsjahr 2013 wurde ein Jahresüberschuss von 100 TEUR erzielt.

Nach dem 31. Dezember 2013 sind keine Vorgänge eingetreten, die wesentliche Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

Ausblick

Da die Verzinsungen der stillen Einlagen und der Genussscheine aufeinander abgestimmt sind, wird eine planmäßige Entwicklung der Gesellschaft erwartet. Abweichungen können auftreten, wenn die Nassauische Sparkasse in einem Geschäftsjahr nicht in der Lage sein sollte, die Zinsverpflichtung für die bei ihr platzierte stille Einlage und für den Genussschein aus dem Jahresüberschuss zu bedienen. ln diesem Fall besteht ein Anspruch auf Nachholung der Verzinsung sowie im Hinblick auf die stille Einlage ein Anspruch auf Ersatz der für eine Zwischenfinanzierung erforderlichen Aufwendungen.

Besondere Chancen und Risiken werden zurzeit nicht gesehen. Die Verzinsung der bei der Nassauischen Sparkasse platzierten stillen Einlage für den Zeitraum vom 1. Januar 2016 bis 31. Dezember 2025 wird im zweiten Halbjahr 2015 und für den Zeitraum vom 1. Januar 2026 bis 31. Dezember 2032 im zweiten Halbjahr 2025 festgelegt. Hinsichtlich der Refinanzierung der stillen Einlage für den Prolongationszeitraum vom 1. Januar 2016 bis zum 31. Dezember 2032 sind Vereinbarungen noch zu treffen.

5 Zweckverbände

5.1 Tierkörperbeseitigung in Rheinland Pfalz, im Saarland, im Rheingau-Taunus-Kreis und im Landkreis Limburg-Weilburg

Unternehmensportrait

Adresse: Am Orschbach 2, 54518 Rivenich

Homepage: www.mulewf.rlp.de

Rechtsform: Zweckverband

Mitglieder:

Landkreise Ahrweiler,	Altenkirchen (Westerwald),
Alzey-Worms,	Bad Dürkheim,
Bad Kreuznach,	Bernkastel-Wittlich,
Birkenfeld,	Bitburg-Prüm,
Cochem-Zell,	Daun,
Donnersbergkreis,	Germesheim,
Kaiserslautern,	Kusel,
Limburg-Weilburg	Ludwigshafen,
Mainz-Bingen,	Mayen-Koblenz,
Merzig-Wadern,	Neunkirchen,
Neuwied,	Pirmasens,
Rhein-Hunsrück-Kreis,	Rhein-Lahn-Kreis
Rheingau-Taunus-Kreis,	Saarlouis
Saarpfalzkreis,	St. Wendel,
Stadtverband Saarbrücken,	Südliche Weinstraße,
Trier-Saarburg,	Westerwaldkreis,

Stammkapital: 2.200.000 Euro

Gründungsjahr: 1981 (Hessen)

Beteiligungen: Gesellschaft für Tierkörperbeseitigung mbH (GFT) 100 %

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung

Gegenstand des Unternehmens:
Der Zweckverband übernimmt alle Rechte und Pflichten, die den Landkreisen und kreisfreien Städten als Beseitigungspflichtigen nach dem Gesetz über die Beseitigung von Tierkörpern, Tierkörperteilen und tierischen Erzeugnissen obliegen.

Organe des Unternehmens

Verbandsversammlung Jedes Mitglied der Verbandsversammlung hat eine Stimme.
Mitglied: Landrat Manfred Michel

Verbandsvorsteher, Werkausschuss, Werkleitung

Unternehmensdaten

Tierkörperbeseitigungsbetrieb des Zweckverbandes Tierkörperbeseitigung in Rheinland-Pfalz, im Saarland, im Rheingau-Taunus-Kreis und im Landkreis Limburg-Weilburg

Bilanz

Aktiva	**2012 in €**	**2011 in €**
A. Anlagevermögen:		
Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte	21.956,05	40.972,48
Geleistete Anzahlungen	41.816,40	0,00
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	7.555.084,01	8.793.307,14
Maschinen und maschinelle Anlagen	3.788.857,05	4.055.799,67
Fuhrpark	1.835.010,76	1.963.655,35
Betriebs- und Geschäftsausstattung	182.563,19	133.769,33
Geleistet Anzahlungen und Anlagen im Bau	508.143,98	781.055,12
Anteile an verbundenen Unternehmen	25.000,00	25.000,00
B. Umlaufvermögen:		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.608.110,89	1.490.468,82
Fertige Erzeugnisse und Waren	187.417,79	175.444,98
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.894.250.82	1.541.260,52
Forderungen an die Einrichtungsträger	1.107.147,18	466.033,35
Sonstige Vermögensgegenstände	573.665,98	608.000,64
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.021.163,71	2.308.540,20
C. Rechnungsabgrenzungsposten	26.620,50	27.209,73
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	40.082.294,17	37.445.377,08
SUMME AKTIVA	**60.459.732,48**	**59.855.894,41**
Passiva	**2012 in €**	**2011 in €**
A. Eigenkapital		
Stammkapital	2.200.000,00	2.200.000,00
Zweckgebundene Rücklagen	368.130,15	368.130,15
Allgemeine Rücklage	4.878.904,57	4.878.904,57
Verlustvortrag	44.892.411,80	4.401.709,40
Jahresverlust	2.637.547,09	40.490.702,40
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	40.082.924,17	37.445.377,08
B. Rückstellungen		
Steuerrückstellungen	1.338,99	10.043,00
Sonstige Rückstellungen	43.785.221,50	42.091.281,39
C. Verbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	14.614.749,36	15.724.148,33
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	892.123,23	609.994,45
Verbindlichkeiten ggü. Verbundenen Unternehmen	724.939,78	885.062,29
Verbindlichkeiten ggü. Den Einrichtungsträgern	333.491,68	254.250,67
Sonstige Verbindlichkeiten	107.867,94	281.114,28
SUMME PASSIVA	**60.459.732,48**	**59.855.894,41**

Gewinn- und Verlustrechnung	2012 in €	2011 in €
1. Umsatzerlöse	15.438.264,65	16.024.986,13
2. Erhöhung des Bestandes an Erzeugnissen	+11.972,81	+68.500,66
3. Sonstige betriebliche Erträge	243.133,75	240.797,21
4. Materialaufwand		
a)Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	2.795.154,55	2.858.165,33
b)Aufwendungen für bezogene Leistungen	5.683.422,27	5.701.569,33
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	3.091.920,63	2.290.927,70
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.771.373,88	4.484.982,64
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	6.330,70	20.539,85
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	652.970,03	787.544,70
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.295.139,45	+231.724,15
10. Außerordentliches Ergebnis	-1.263.784,13	-40.645.308,22
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	17.767,74	10.550,88
12. Sonstige Steuern	60.855,77	66.567,45
Jahresverlust	**-2.637.547,09**	**-40.490.702,40**

Der Jahresabschluss für das Jahr 2013 lag zum Zeitpunkt des Erstellens des Beteiligungsberichts noch nicht vor und wird erst im Oktober von der Verbandsversammlung beschlossen.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt

Je Haushaltsjahr zahlte der Landkreis Limburg-Weilburg eine Verbandsumlage, die sich aus der Satzung des Zweckverbandes errechnet.

Diese betrug in:	2009:	107.366,24 Euro	
	2010:	95.050,16 Euro	
	2011:	84.241,02 Euro	
	2012:	73.275,46 Euro	4,292 %
	2013:	keine Zahlung	

Situationsbericht

Bekanntlich hat die Europäische Kommission mit ihrem Beschluss vom 25. April 2012 festgestellt, dass die Umlagezahlungen der Verbandsmitglieder an den Zweckverband Tierkörperbeseitigung in Rheinland-Pfalz, im Saarland, im Rheingau-Taunus-Kreis und im Landkreis Limburg-Weilburg rechtswidrig unter Verletzung des Gemeinschaftsrechts gewährt wurden ("unzulässige Beihilfezahlungen") und deshalb mit dem Binnenmärkt nicht vereinbar sind. Die seit dem 26. Mai 1998 ausgezahlten Beihilfen sind daher von den Verbandsmitgliedern zurückzufordern (rd. 42 Mio. EUR incl. Zinsen). Ausgelöst wurde das Verfahren durch eine am 23. Februar 2008 bei der EU-Kommission eingereichte Beschwerde des Unternehmens "SARIA Bio-Industries AG & Co. KG" (Beschwerdeführerin) im Zusammenhang mit der hoheitlichen Übertragung der Beseitigungspflicht in Nord- und Mittelhessen auf den Zweckverband nach Durchführung eines europaweiten Interessenbekundungsverfahrens.

In der Folgezeit fand die juristische Aufarbeitung statt. Die vom Bund und dem Zweckverband Tierkörperbeseitigung erhobenen Klagen hat das Europäische Gericht (EuG) am 16. Juli 2014 abgewiesen. Sowohl der Zweckverband als auch der

Bund haben gegen das Urteil Rechtsmittel .beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) eingelegt. Die Erfolgsaussichten werden jedoch als eher gering eingeschätzt. Es geht hier vor allem um die grundsätzliche Bedeutung der Entscheidung hinsichtlich des beihilferechtlichen Gestaltungsspielraums der Mitgliedstaaten bei der Organisation von Aufgaben der Daseinsvorsorge.

Rheinland-Pfalz hat bereits die Auflösung des Zweckverbandes durch Landesgesetz eingeleitet und bereitet derzeit eine Neuorganisation der Beseitigung in öffentlicher Hand vor, da abzusehen ist, dass der Zweckverband die als rechtswidrig eingestuften Umlagen nicht zurückzahlen kann.

Der Zweckverband wurde mit dem Inkrafttreten des neuen Rheinland-Pfälzischen Gesetzes AGTierNebG zum 19. August 2014 aufgelöst. Die Einsetzung eines Liquidators hat binnen Monatsfrist durch das Rheinland-Pfälzische Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten (MULEWF) zu erfolgen.

Die weitere Entsorgung des Materials der Kategorie 1 und Kategorie 2 wird bis zur Neubildung bzw. Arbeitsaufnahme der Nachfolgeeinrichtung durch den Liquidator sichergestellt (§ 6 Abs. 4 des Gesetzes). Material der Kategorie 3 ist nach den Forderungen der EU-Kommission bereits weggefallen, da dies frei handelbar ist.

Das Gesetz sieht in § 1 vor, dass die Beseitigungspflichtigen (rheinland-pfälzische Landkreise und kreisfreien Städte) zum 1. Januar 2015 eine gemeinsame Einrichtung bilden. Die Rechtsform ist nicht per Gesetz vorgegeben. An dieser gemeinsamen Einrichtung können sich Beseitigungspflichtige anderer Länder beteiligen.

Zur Altlastenproblematik sieht das Gesetz in § 6 Abs. 7 vor, dass die Beseitigungspflichtigen (rheinland-pfälzische Landkreise und kreisfreien Städte) zum 1. Januar 2015 einen Zweckverband zur Sanierung, Nachsorge und Verwertung des nicht durch den Liquidator verwerteten Vermögens bilden. Laut Aussage des Geschäftsführers des Zweckverbandes handelt es sich dabei in erster Linie um die seit 1979 im Eigentum des Zweckverbandes befindlichen Altstandorte Ochtendung, Altenglan und Sprendlingen sowie die nicht mehr im Eigentum des Zweckverbandes stehende TBA Sohrschied. An den Sanierungskosten dieser Altstandorte könnten die beiden hessischen Landkreise Rheingau-Taunus und Limburg-Weilburg sowie die saarländischen Kommunen nicht beteiligt werden.
Anders ist die Situation bei der TBA Sandersmühle. Sollte dieser Standort nicht ohne Folgekosten vom Liquidator verwertet werden können, würden entstehende Sanierungskosten auf alle 44 Verbandsmitglieder aufgeteilt. Der Anteil des Landkreises Limburg-Weilburg am bisherigen Zweckverband liegt bei 4,292 %.

Auf Initiative des Hessischen Ministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (HMUKLV) hat der Hessische Landkreistag (HLT) am 11. August 2014 seine Mitglieder angeschrieben, um ein Meinungsbild der hessischen Landkreise bis zum 5. September 2014 zu erhalten. Sowohl der Landkreis Limburg-Weilburg als auch der Rheingau-Taunus-Kreis haben termingerecht ihr Interesse an einer Zusammenarbeit mit einer öffentlich-rechtlichen Einrichtung in Rheinland-Pfalz zur Beseitigung tierischer Nebenprodukte bekundet.

Seitens des Landes Hessen wird eine zukünftige öffentlich-rechtliche Organisationsform (die genaue Form ist noch offen) bevorzugt, in der neben den rheinland-

pfälzischen Beseitigungspflichtigen auch alle hessischen und saarländischen Landkreise und kreisfreien Städte zusammengeschlossen sind. Hierdurch könnte ein Gegengewicht zu einer sich abzeichnenden Monopolisierung der Tierkörperbeseitigung in Deutschland sowie in Europa insgesamt entstehen, da überwiegend nur noch wenige große Unternehmen überregional tätig sind (in Hessen früher die F. SecAnim resp. SARIA GmbH). Eine solche länderübergreifende Zusammenarbeit würde vermutlich auch dazu führen, den wirtschaftlichen Betrieb einer eigenen Anlage sicherzustellen:

Nach Mitteilung des HMUKLV haben sowohl die Landkreise in Nordhessen wie auch in Mittelhessen ihr Interesse an einem Beitritt zur neuen gemeinsamen Einrichtung der Beseitigungspflichtigen in Rheinland-Pfalz erklärt. Die südhessischen Landkreise sind noch bis zum 31. Dezember 2018 aufgrund einer gültigen Übertragung der Beseitigungspflicht an ein privates Unternehmen gebunden. Es handelt sich hierbei um die SÜPRO GmbH & Co. KG, die im Übrigen auch eine SecAnim Tochter ist.

Auch die Saarländischen Kommunen beabsichtigen, der neuen Einrichtung beizutreten. Sie weisen allerdings darauf hin, dass die Neukonzeption auch unter wirtschaftlichen Aspekten darstellbar sein müsse.

Seitens des MULEWF in Rheinland-Pfalzerfolgte dazu der Hinweis, dass zu den künftigen Gebühren bzw. Entgelten seitens des Landes Rheinland-Pfalz ein Wirtschaftlichkeitsgutachten in Auftrag gegeben wurde, ob eine öffentlich-rechtliche Lösung zukünftig darstellbar ist. Mit den Ergebnissen dieses Gutachtens ist voraussichtlich im Laufe des Septembers 2014 zu rechnen.

Der Landkreis Limburg-Weilburg und der Rheingau-Taunus- Kreis haben, wie bereits erwähnt, gegenüber dem HLT sein Interesse an einer zukünftigen Zusammenarbeit mit einer öffentlich-rechtlichen Einrichtung in Rheinland-Pfalz zur Beseitigung tierischer Nebenprodukte bekundet.

Die vom HLT und vom HMUKLV erbetene verbindliche Interessensbekundung wurde unter den Vorbehalt einer noch zu treffenden Grundsatzentscheidung des Kreistages des Landkreises Limburg-Weilburg gestellt. Diese Entscheidung kann aus Sicht der Verwaltung erst dann herbeigeführt werden, wenn die noch offenen Fragen zu einer Neuorganisation geklärt sind. Dies gilt für die zukünftige Organisationsform, die verbindliche Klärung der Altlastenproblematik sowie die Wirtschaftlichkeit der Neukonzeption.

Der Zweckverband verfügt lediglich über ein Eigenkapital von rd. 2,2 Mio. Euro. Sofern eine Rückzahlung vorgenommen werden müsste, wären die Zweckverbandsmitglieder anschließend zum Verlustausgleich verpflichtet und bilden daher gleichhohe Rückstellungen. Dies führt zu keinen Auswirkungen auf den Kreishaushalt.

5.2 Zweckverband Naturpark Taunus

Unternehmensportrait

Adresse: Hohemarkstraße 192, 61440 Oberursel

Homepage: www.naturpark-taunus.de

Rechtsform: Zweckverband

Gesellschafter:		
	Hochtaunuskreis	38,22 %
	Main-Taunus-Kreis	32,80 %
	Wetteraukreis	7,61 %
	Stadt Frankfurt am Main	7,61 %
	Landkreis Limburg-Weilburg	**6,11 %**
	Lahn-Dill-Kreis	6,11 %
	Landkreis Gießen	1,53 %

Gründungsjahr: 1962

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung.

Gegenstand des Unternehmens:
Förderung des „Naturparks Taunus“ im Zusammenwirken mit allen interessierten Stellen, insbesondere durch Maßnahmen auf dem Gebiet des Landschaftsschutzes mit dem Ziel, in diesem als Erholungsgebiet geeigneten Raum die heimische Tier- und Pflanzenwelt zu schützen, die Landschaft zu pflegen und zu gestalten und den Menschen eine naturgemäße Erholung zu ermöglichen.

Verbandsumlage
20.400 Euro im Jahr 2011
20.800 Euro im Jahr 2012
21.200 Euro im Jahr 2013

Organe des Unternehmens

Verbandsvorstand		
	Landrat Ulrich Krebs, Hochtaunuskreis	Vorsitzender
	Hans-Jürgen Hielscher, MTK	stellv. Vorsitzender
	Landrätin Anita Schneider, Landkreis Gießen	
	Klaus Wichert, Stadt Frankfurt am Main	
	Karl-Heinz Stoll, Landkreis Limburg-Weilburg	
	Bardo Bayer, Wetteraukreis	
	Wolfgang Hofmann, Lahn-Dill-Kreis	

Verbandsversammlung	Kristina Paulenz, Wetteraukreis	Vorsitzende
(besteht aus 31 Mitgliedern)	Reinhold Ketter, LK Limburg-Weilburg	stellv. Vorsitzender
	Hartmut Müller, Lahn-Dill-Kreis	stellv. Vorsitzender
davon für den Landkreis Limburg-Weilburg:		
	Ferdinand Muth, Selters	
	Willi Hamm (Vertreter)	
	Reinhold Ketter, Weinbach	
	Christian Radkovsky (Vertreter)	

6 Jobcenter

6.1 Jobcenter Limburg-Weilburg

Unternehmensportrait

Adresse: Cahenslystraße 2, 65549 Limburg

Homepage: www.jobcenter-limburg-weilburg.de

Rechtsform: Trägerversammlung

Gründung: öffentlich-rechtlicher Vertrag vom 18.11.2011

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung

Gegenstand des Unternehmens:
Seit dem 1. Januar 2005 gibt es Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II). Zu den wesentlichen Aufgaben gehört die Gewährung des Arbeitslosengeldes II (Alg II). In dieser Leistung sind die frühere Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammengeführt. Zuständig für die Gewährung der Leistungen war bis zum 31. Dezember 2010 der Vorgänger des Jobcenters Limburg-Weilburg, die ARGE Limburg-Weilburg.

Die Wiedereingliederung für Arbeitssuchende in den allgemeinen Arbeitsmarkt ist eine wichtige Aufgabe. Hierfür steht dem Hilfesuchenden ein persönlicher Ansprechpartner an den Standorten des Jobcenters zur Seite.

Neben der Wiedereingliederung ist die Grundsicherung für Arbeitssuchende – auch als Alg II oder Hartz IV bekannt – das zweite große Aufgabengebiet. Wie die Bezeichnung „Grundsicherung“ schon zeigt, ist damit eine Absicherung des Mindestbedarfs gemeint, eine Sicherung des Existenzminimums, das zum Leben notwendig ist. Diese Absicherung ist für alle gedacht, die dafür zu wenige oder gar keine Mittel haben.

Organe des Unternehmens

Trägerversammlung:	Manfred Michel, Landrat	Vorsitzender
	Helmut Jung, Erster Kreisbeigeordneter	stellv. Vorsitzender
	Joachim Veyhelmann	
Geschäftsführer:	Reinhard Penner	
Beirat: *(Auszug)*	Wolfgang Erk	
	Dr. Dirk Hohn	
	Phillip Jacks	

Unternehmensdaten und Situationsbericht

Nach dem Jahresabschluss betrugen im Haushaltsjahr 2013 die Ausgaben des Jobcenters rund 58,2 Mio. Euro.
Der Betrag setzt sich zusammen aus:

- Leistungen zum Lebensunterhalt 24,03 Mio. Euro (Alg II und Sozialhilfe)
- Kosten der Unterkunft 21,52 Mio. Euro
- Eingliederungsleistungen 4,20 Mio. Euro
- Bildung- und Teilhabe (Sozialhilfe) 0,35 Mio. Euro
- Verwaltungsaufgaben 8,09 Mio. Euro

Trotz eines langen Winters und einer -zumindest im ersten Halbjahr- unzureichende konjunkturelle Dynamik konnte die Beschäftigung im Landkreis Limburg-Weilburg auch 2013 ihren Aufwärtstrend fortsetzen. Aktuell liegen die Daten des zweiten Quartals 2013 vor. Zum 30. Juni 2013 gab es im Kreis Limburg-Weilburg 46.999 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte am Arbeitsort. Dies waren 521 oder 1,1 Prozent mehr als im zweiten Quartal 2012. Hessenweit nahm die Beschäftigung im gleichen Zeitraum um 0,9 Prozent zu. Die höchsten Arbeitsplatzzuwächse waren allerdings in Bereichen zu verzeichnen, die für gering Qualifizierte kaum Integrationschancen bieten: Auch die Zeitarbeitsunternehmen suchen vermehrt qualifizierte Fachkräfte. Die Nachfrage nach Helfern ist deutlich zurückgegangen.

Die Arbeitslosigkeit sank daher in der Grundsicherung auch nicht .mehr gleich stark (Arbeitslosenquote Mittelwert 2013 5,8 %, 2012 5,7 %, im SGB II 2013 3,7 %, 2012 3,80%). Im Dezember 2013 fiel die. Arbeitslosenquote mit 5;5% (SGB II 3,4 %) daher auch nur geringfügig niedriger aus wie im Vorjahresmonat (5,7 %, SGB II 3,6 %).

Strukturdaten

2013 erhielten im SGB II durchschnittlich ca. 11.183 Menschen Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes. 2012 waren es 11.151 (plus ca. 0,3 % zum Vorjahr). Die durchschnittliche Zahl der Bedarfsgemeinschaften lag mit einem Jahresdurchschnittswert von ca. 5.363 über Vorjahresniveau (2012 5.289, plus ca. 1,4 % zum VJ). Anzumerken ist, dass nur 67,7 % der Leistungsempfänger erwerbsfähig waren. Davon hatten wiederum nur ca. 43,9 % den Status arbeitslos. Zu den nicht arbeitslosen erwerbsfähigen Leistungsbeziehern gehören U. a. Teilnehmer an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik, erwerbstätige Hilfebedürftige (sogenannte Ergänzer) und Menschen, für die aus besonderen Gründen eine Beschäftigungsaufnahme nicht in Betracht kommt (z. B. wegen Kinderbetreuung).

Arbeitslosigkeit im Rechtskreis SGB II

Ca. 63,7 % der Arbeitslosen im Landkreis wurden im Rechtskreis SGB II betreut. Mit seiner erfolgreichen Integrationsarbeit hat das Jobcenter auch 2013 wieder einen wichtigen Beitrag zum moderaten Verlauf der Arbeitslosigkeit in der Region geleistet.

Durch die im Arbeitsmarktprogramm des Jobcenters ausführlich beschriebenen Aktivitäten gelang es den Arbeitslosenbestand in der Grundsicherung zum Vorjahr wieder zu senken (zum Dezember 2012 um minus 114 oder minus 3,6 %).

	Dez 12	Jahresdurchschnitt ´12	Mrz 13	Jun 13	Sep 13	Dez 13	Jahresdurchschnitt 2013
Gesamt	5.016	5.222	5.632	5.107	4.751	4.924	5.222
SGBII	3.206	3.326	3.618	3.356	3.036	3.092	3.326
SGBIII	1.810	1.896	2.014	1.751	1.715	1.832	1.896

Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit

Ein Indikator für individuell verfestigte Arbeitslosigkeit, ist die Zahl der Langzeitarbeitslosen. Insgesamt konnte die Zahl der Langzeitarbeitslosen in der langfristigen Betrachtung deutlich reduziert werden (Jahresdurchschnitt 2007: 2.524 Langzeitarbeitslose, 2013: 1.577 Langzeitarbeitslose).

Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit

In der Grundsicherung weisen arbeitslose Jugendliche oft multiple Vermittlungshemmnisse und komplexe Problemlagen auf, die eine Integration in dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zusätzlich erschweren. (z. B. kein Schul- bzw. Berufsabschluss, Suchtproblematiken, Sprachdefizite, etc.). Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ist seit 2005 ein besonderer geschäftspolitischer Schwerpunkt in den Arbeitsmarktprogrammen des Jobcenters. Die erzielten Erfolge spiegeln sich in den Daten der arbeitslosen Jugendlichen wieder. Die Zahl konnte in den letzten Jahren deutlich reduziert werden (Dezember 2009: 306, Dezember 2013: 229 arbeitslose Jugendliche in der Grundsicherung).

Kostenentwicklungen in den Bedarfsgemeinschaften

In Folge des höheren eLB-Bestandes war ein Anstieg der Leistungen zum Lebensunterhalt unvermeidbar. Im ersten Ladestand Dezember 2013 wurde das Vorjahresergebnis um plus 2,9 % überschritten (Ausgaben 23,8 Mio. €). Bei den Leistungen für Unterkunft und Heizung fiel der Anstieg mit 1,9 % etwas moderater aus (Ausgaben 21,5 Mio. €).

Die nachstehende Tabelle zeigt die durchschnittlichen Kosten der Leistungen zum Lebensunterhalt und für Unterkunft und Heizung je Bedarfsgemeinschaft in ausgewählten Berichtsmonaten:

Entwicklung der durchschnittlichen monatlichen Kosten in € je Bedarfsgemeinschaft .

Je BG mit Anspruch auf jew. Leistung in €	Okt 12	Mrz 13	Jun 13	Okt 13
Alg II	351	364	356	357
Sozialgeld	116	116	117	121
Mehrbedarfe	89	88	87	89
Unterkunft und Heizung	360	356	352	366

Zielerreichung 2013

Der Bewertung der Zielerreichung erfolgt 2013 auf Grundlage der Controllingdaten des Berichtsmonats Dezember im ersten Ladestand (Daten ohne Wartezeit).

Die nachstehenden Darstellungen folgen der Kennziffernbewertung im Controlling der Bundesagentur für Arbeit.

Integrationsquote

Das ambitionierte Ziel "Steigerung der Integrationsquote zum Vorjahr um plus 2,0 %" konnte nicht ganz erreicht werden.

Zielwert war eine Integrationsquote von 28,1 % (das entspricht 2.109 Integrationen). Erreicht hat das Jobcenter mit 2.069 lntegrationen·eine Integrationsquote von 27,5 %. Mit einer Zielabweichung von nur minus 1,9 % erreicht das Jobcenter im Vergleichstyp 10 Rang 13 von 38 der gemeinsamen Einrichtungen (gE). Von den hessischen gE hat nur das Jobcenter Schwalm-Eder mit 29,1 %eine bessere Integrationsquote erzielt.

7 Mittelbare Beteiligungen

7.1 Bildungs- und Beschäftigungsgesellschaft mbH

Unternehmensportrait

Adresse: Im Schlenkert 14, 65549 Limburg

Homepage: www.gab-limburg.de

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Gesellschafter: Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung mbH, Limburg 100 %

Stammkapital: 25.564,59 Euro

Gründungsjahr: 9. Oktober 1998

Gesell.-vertrag: 9. Oktober 1998, zuletzt geändert am 24. Oktober 2011

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Der öffentliche Zweck des Unternehmens wird insbesondere durch die Trägerschaft von Einrichtungen zur Förderung der beruflichen Bildung von Jugendlichen, die Beratung und Förderung von Einrichtungen, Trägern und Initiativen bei der Schaffung von geeigneten Ausbildungs-, Qualifizierungs- und Arbeitsmöglichkeiten erfüllt. Darüber hinaus zeichnet sich die BBG für die Konzipierung, Finanzierung, Organisation und Umsetzung der genannten Initiativen verantwortlich.

Gegenstand des Unternehmens:
Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung von Arbeit und Beschäftigung, der Erziehung und Bildung, der Forschung und der Entwicklungshilfe

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung Dr. Manfred Schmidt, Villmar (bis 27.06.2013)
Stephan H. Zimmermann, Dietkirchen (ab 28.06.2013)

Bezüge
Der Geschäftsführer erhält keine Bezüge.

Kuratorium
In dieses Gremium können die nachstehenden Institutionen und Körperschaften Vertreter entsenden:
Agentur für Arbeit, Limburg
Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände
Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)
Kreishandwerkerschaft Limburg-Weilburg

Industrie- und Handelskammer Limburg
Bildungswerk der Hessischen Wirtschaft
Adolf-Reichwein-Schule, Limburg
Friedrich-Dessauer-Schule, Limburg
Wilhelm-Knapp-Schule, Weilburg
Peter-Paul-Cahensly-Schule, Limburg
Arbeitskreis Integration ausländischer Kinder und Jugendlicher
Frauenbeauftragte des Landkreises Limburg-Weilburg
Kreisvolkshochschule Limburg-Weilburg
Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände e.V.
Wirtschaftsförderungsgesellschaft Limburg-Weilburg-Diez mbH

Unternehmensdaten

Bilanz **Aktiva**	**2013 in €**	**2012 in €**	**2011 in €**
Sachanlagen	0,51	0,51	0,51
Sonstige Vermögensgegenstände	8.063,76	7.930,29	26.444,87
Kassenbestand/Guthaben bei Kreditinstituten	20.289,91	36.468,73	9.774,11
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
Summe Aktiva	**28.354,18**	**44.399,53**	**36.219,49**

Passiva	**2013 in €**	**2012 in €**	**2011 in €**
Gezeichnetes Kapital	25.564,59	25.564,59	25.564,59
Verlustvortrag	-14.037,51	-14.657,70	-17.621,04
Jahresüberschuss	-479,76	620,19	2.906,89
	11.047,32	**11.527,08**	**10.906,89**
Rückstellungen	4.480,00	4.280,00	6.820,00
Verbindlichkeiten aus Lieferungen & Leistungen	900,00	2.962,95	0,00
Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin	10.754,71	21.654,34	17.511,66
Sonstige Verbindlichkeiten	1.172,15	3.975,16	980,94
Summe Passiva	**28.354,18**	**44.399,53**	**36.219,49**

Gewinn und Verlustrechnung	**2013 in €**	**2012 in €**	**2011 in €**
1. Umsatzerlöse	145.369,19	126.464,22	103.239,40
2. sonstige betriebliche Erträge	0,00	517,14	8,61
3. Gesamterträge	145.369,19	126.981,36	103.248,01
4. Personalaufwand	135.436,11	120.059,04	94.546,66
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	10.027,17	5.452,13	5.455,36
6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	385,67	350,00	282,65
Jahresergebnis	**-479,76**	**620,19**	**2.963,34**

Der Jahresabschluss für das Jahr 2013 lag zum Zeitpunkt des Erstellens des Beteiligungsberichts nur ungeprüft vor. Bisher wurden die vorläufigen Zahlen der Bilanz gemeldet. Der Jahresabschluss wird im Oktober fertig geprüft und beschlossen.

Situationsbericht

In 2013 wurden 8 Integrationshelfer (Vorjahr 6) zur Begleitung und Betreuung von behinderten Kindern in der Astrid-Lindgren-Schule, Limburg und eine Integrationshelferin für den Rhein-Lahn-Kreis beschäftigt. Außerdem wurden erstmalig mehrere Personen im Rahmen des Freiwilligen Sozialen Jahres eingesetzt.
In 2011 hat das Hessische Kultusministerium das Projekt zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention, genannt Inklusion umgesetzt. Im diesen Rahmen hat der Landkreis Limburg-Weilburg das Förderprogramms Betreuung und Begleitung 2011 aufgelegt und die BBG mit der Übernahme von zwei weiteren Integrationshelferstellen beauftragt, so dass in 2013 insgesamt 8 Integrationshelfer beschäftigt waren.

Nach einem Jahresüberschuss von € 620,19 in 2012 ist in 2013 ein leichter Jahresfehlbetrag in Höhe von € 479,76 entstanden.

Auf der Grundlage der beschriebenen Entwicklung habt die BBG in 2012 auch die Gemeinnützigkeit der Betätigung der BBG beim Finanzamt wieder beantragt und mit Bescheid vom 7. September 2012 für die Jahre 2009 und 2010 auch erhalten. Dieser Bescheid wird in 2014 wieder neu beantragt werden.

Vermögens- und Ertragslage

Von den Aktiva in Höhe von T€ 28,4 entfallen T€ 20,3 (71,5 %) auf Liquide Mittel. Das Eigenkapital beträgt nach Ergebnisverrechnung T€ 11,0 oder 38,9 % der Bilanzsumme. Von den Verbindlichkeiten entfallen noch T€ 4,0 auf die kurzfristigen Liquiditätshilfen des Gesellschafters GAB.

Durch die ganzjährige Beschäftigung von 8 Integrationshelfern hat sich die Ertragslage stabilisiert. Die Umsatzerlöse konnten von T€ 127,0 in 2012 auf T€ 145,4 in 2013 gesteigert werden. Bei um T€ 15,3 höheren Personalaufwendungen und um T€ 4,0 höheren sonstigen Aufwendungen ist ein Ergebnis von minus T€ 0,5 entstanden. Investitionen waren in 2013 nicht notwendig und sind für 2014 auch nicht geplant.

Risiken, Chancen der künftigen Entwicklung und Vorgänge von besonderer Bedeutung

Nachdem in 2012 und 2013 nahezu ausgeglichene Ergebnisse erwirtschaftet werden konnten, wird auch für 2014 mit einem ausgeglichenen Ergebnis gerechnet.
Die bisherigen Erfahrungen beim Einsatz der Integrationshelfer und auch der Kräfte im Rahmen des Freiwilligen Sozialen Jahres sind positiv. Es wird davon ausgegangen, dass die bisherige Stellenzahl (in 2013 acht Stellen) beibehalten wird und zukünftig weitere Stellen hinzukommen.

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, liegen nicht vor.

7.2 clinicpartner eG

Unternehmensportrait

Adresse: Am Wiesenbusch 2, 65966 Gladbeck

Homepage: www.clinicpartner-eg.eu

Rechtsform: eingetragene Genossenschaft

Träger: 48 Trägereinrichtungen
u.a. **Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH**

Gründungsjahr: 1997

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung

Gegenstand des Unternehmens:
Ursprünglich entstanden aus der 1989 gegründeten Einkaufsgemeinschaft Niederrhein, wurde im Januar 1997 die Klinikeinkauf Niederrhein-Westfalen GbR mit 16 Häusern und ca. 4.800 Betten gegründet.
Im März 2006 wurde diese in clinicpartner eG umfirmiert und ist heute eine der leistungsfähigsten, bundesweit tätigen Einkaufs- und Dienstleistungsgemeinschaften für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen.

clinicpartner eG ist ein verbindlich operierender Verbund von Krankenhäusern für Krankenhäuser. Unter enger Einbindung seiner Mitglieder und deren Kompetenz betreibt dieser den strategischen Einkauf und Dienstleistungen, um eine qualitativ hochwertige und ökonomische medizinische Versorgung seiner Mitglieder sicherzustellen. Dieses Selbstverständnis hat zu einer unerreicht hohen Bindung unserer Mitglieder geführt und ist Quelle stetigen Wachstums.

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat:	Dipl.- Kfm. Berthold Grunenberg	Vorsitzender
	Dipl.- Kfm. Burkhard Nolte	stellv. Vorsitzender
	Michael Derksen	
	Dipl.- Betriebswirt Rainer Haas	
	Dipl.-Kffr. Rita Tönjann	
	Dipl.-Betriebswirt Gerhard Hallenberger	
	Verwaltungswirt (FH) Roland Ranftl	
	Günter Reckmann	
Vorstand:	Dipl.-Verwaltungswirt Wolfgang Appelstiel	
	Betrw. staatl. gepr. Olaf Berse	

Unternehmensdaten

Bilanz Aktiva	2012 in €	2011 in €
Anlagevermögen		
Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte u.ä., Lizenzen	19.065,00	35.598,00
Sachanlagen: andere Anlagen, BGA	99.873,00	68.368,00
Finanzanlagen: Anteile an verbundenen Unternehmen	5.000,00	0,00
Umlaufvermögen		
Vorräte: Fertige Erzeugnisse und Waren	0,00	20.800,00
Forderungen	301.607,06	256.167,00
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	73.374,61	23.685,00
Summe Aktiva	**498.919,67**	**404.617,00**

Passiva	**2012 in €**	**2011 in €**
Eigenkapital	230.204,50	227.705,00
Gewinn- / Verlustvortrag	15.632,03	14.346,00
Jahresüberschuss /-fehlbetrag	1.096,07	1.286,00
Rückstellungen	82.707,00	56.744,00
Verbindlichkeiten aus Lieferungen & Leistungen	109.157,98	48.494,00
Sonstige Verbindlichkeiten	60.122,09	56.042,00
Summe Passiva	**498.919,67**	**404.617,00**

Gewinn und Verlustrechnung	2012 in €	2011 in €
Umsatzerlöse	1.499.236,77	1.070.909,00
fertige/unfertige Erzeugnisse	356,04	0,00
Personalaufwand	921.257,97	742.279,00
Abschreibungen	31.907,84	28.817,00
Sonstige betriebliche Aufwendungen	527.347,45	287.469,00
Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	364,86	678,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	19.471,41	13.022,00
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	6.329,00	1.399,00
Sonstige Steuern	12.046,34	10.337,00
Jahresüberschuss /-fehlbetrag	**1.096,07**	**1.286,00**

Der Jahresabschluss für das Jahr 2013 lag zum Zeitpunkt des Erstellens des Beteiligungsberichts nicht vor und wird nach Fertigstellung nachgereicht.

Zahlen - Daten - Fakten (Stand 2010)

- Mitgliederbestand von 112 Krankenhäusern mit ca. 32.000 Planbetten und 100 Altenpflegeheimen/Pflegeeinrichtungen mit ca. 7.500 Pflegeplätzen
- seit 2006 Beitritt von 42 neuen Mitgliedshäusern
- strategisches Einkaufsvolumen von über 850 Mill. Euro über alle Fachbereiche
- Jahresrückvergütung in 2009 von ca. 6,6 Mill. Euro, die direkt von den Vertragslieferanten an die Mitglieder ausgeschüttet werden

7.3 Hallenbad Diez-Limburg GmbH

Unternehmensportrait

Adresse: Am Hallenbad 1, 65582 Diez

Homepage: www.oranienbad.de

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Gesellschafter:			
	Stadt Diez	7.669,38 Euro	30 %
	Stadt Limburg	5.112,93 Euro	20 %
	Kreishallenbad Weilburg GmbH	**6.391,14 Euro**	**25 %**
	Rhein-Lahn-Kreis	6.391,14 Euro	25 %

Stammkapital: 25.564,60 Euro

Gründungsjahr: 2. Juni 1966

Gesell.-vertrag: 2. Juni 1966, letzte Fassung vom 12. März 2001

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Gesellschaft dient dem Allgemeinwohl und verfolgt unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des § 3 des Gesellschaftsvertrages durch die Förderung der Gesundheit der Bevölkerung durch Lernen und Ausüben des Schwimmsportes verbunden mit der damit einhergehenden Jugendpflege und Pflege der Gemeinschaft

Gegenstand des Unternehmens:
Die Gesellschaft wurde zur Errichtung und zum Betrieb eines Hallenbades im Raum Limburg-Weilburg und Rhein-Lahn sowie für die Städte Limburg und Diez als Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegründet. Die Gesellschaft steht im Beziehungsfeld zur Gesamtwirtschaft. Sie nimmt bei optimal positiver Wirkung, aufgrund des präventiven Charakters für die Gesundheit der Menschen dieser Region, wirtschaftlich nicht an den positiven Folgen teil. Das Oranienbad dient der Leistungsfähigkeit der Kinder und Jugendlichen und wird daher auch im Rahmen des Schulsports genutzt.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung:
Bürgermeister Martin Richard, Limburg
1. Stadtrat Michael Stanke, Limburg
Bürgermeister Gerhard Maxeiner, Diez
1. Beigeordneter Frank Dobra, Diez

Gesellschafter-versammlung:		
	Günter Kern, Landrat	Vorsitzender
	Manfred Michel, Landrat	stellv. Vorsitzender
	Gerlinde Born	Vertreter der Stadt Diez
	Dr. Kurt Stein	
	Ali Hamdam	

Karl Heck	
Rolf Dettmann	Vertreter der Stadt Limburg
Martin Zimmer	
Werner Laux	
Dr. Marius Hahn	
Gerhard Bill	Vertreter Kreishallenbad Weilburg GmbH
Helmut Jung	
Elke Fehr	
Karl-Heinz Stoll	
Michael Schnatz	Vertreter des Rhein-Lahn-Kreises
Matthias Lammert	
Frank Puchtler	
Edwin Künzler	

Bezüge
Die Geschäftsführung erhielt in 2013 mit Ausnahme von Sitzungsgeldern in Höhe von 1.063,92 Euro keine Bezüge. Insgesamt wurden in 2013 Sitzungsgelder an die Geschäftsführung und Gesellschaftsvertreter in Höhe von 1.248,06 Euro ausgezahlt.

Unternehmensdaten

Bilanz

Aktiva	**2013 in €**	**2012 in €**	**2011 in €**
Anlagevermögen	**948.396,78**	**930.644,50**	**945.893,72**
Vorräte	4.177,24	4.177.,24	4.177,24
Forderungen u.sonst. Vermögensgegenstände	54.508,63	51.589,82	112.054,92
Guthaben bei Kreditinstituten	732.297,41	470.155,53	267.596,33
Rechnungsabgrenzungsposten	1.012,80	7.343,96	7.108,86
SUMME AKTIVA	**1.740.392,86**	**1.463.911,05**	**1.33.831,17**

Passiva	**2013 in €**	**2012 in €**	**2011 in €**
Gezeichnetes Kapital	25.564,59	25.564,59	25.564,59
Kapitalrücklagen	922.256,69	922.256,69	992.256,69
Jahresfehlbetrag	559.547,74	462.791,37	580.774,66
Rückstellungen	134.950,00	119.550,00	76.483,00
Verbindlichkeiten	256.286,20	193.092,26	193.800,50
Anzahlung der Gesellschafter auf Jahresfehlbetrag	741.929,71	665.721,08	485.267,70
Rechnungsabgrenzungsposten	953,41	517,80	505,31
SUMME PASSIVA	**1.740.392,86**	**1.463.911,05**	**1.336.831,17**

Gewinn- und Verlustrechnung	**2013 in €**	**2012 in €**	**2011 in €**
+ Umsatzerlöse	409.052.15	402.172,95	385.968,00
+ Sonstige betriebliche Erträge	19.340,17	15.339,36	21.137,96
- Materialaufwand	403.579,40	325.206,59	298.293,90
- Personalaufwand	445.792,66	460.135,04	383.824,42
- Abschreibungen auf Sachanlagen	42.942,49	44.375,03	44.337,83
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	62.622,89	47.060,89	39.466,83
+ Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.398,22	1.890,66	1.505,41
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	34.400,84	5.416,79	9.735,68
Jahresfehlbetrag	**559.547,74**	**462.791,37**	**367.046,62**

Situationsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Rahmenbedingungen

Die Gesellschaft steht im Beziehungsfeld zur Gesamtwirtschaft.
Sie nimmt bei optimal positiver Wirkung, aufgrund des präventiven Charakters für die Gesundheit der Menschen dieser Region, wirtschaftlich nicht an den positiven Folgen teil.

Das Oranienbad dient der Leistungsfähigkeit der Kinder und Jugendlichen und wird daher auch im Rahmen des Schulsports genutzt.

Je nach finanzieller Leistungsfähigkeit der Gesellschafter sind Investitionen oder erwünscht Neuerungen zeitlich zu strecken, so dass manchmal Wünsche der Badegäste und Wirklichkeit des Badeangebotes auseinander fallen.

Alle Bäder sind in gewissem Maße abhängig von den Schwankungen in der Gesamtwirtschaft. Das Oranienbad wird nach wie vor gut besucht, da durch Betriebs- und Geschäftsführung das Angebot ständig verbessert (Schwimm- und Aquafitnesskurse, Saunaaufgüsse, Klangschalensauna und Veranstaltungen o. ä.) sowie durch organisatorische und infrastrukturelle Maßnahmen (Verkauf von Badeartikeln) die Attraktivität des Bades gesteigert wird.

Wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft

Besucherstatistik

	2013 Anzahl	2012 Anzahl	Veränderung Anzahl	Veränderung %
Erwachsene	**69.540**	**66.267**	**3.273**	**4,94**
Einzelkarten	24.574	23.994	580	2,42
Elferkarten	1.992	2.536	-544	-21,45
Kurzschwimmer	37.464	36.062	1.402	3,98
Halbjahreskarten	5.510	3.675	1.835	49,93
Jugendliche	**25.887**	**26.211**	**-324**	**-1,24**
Einzelkarten	20.280	19.677	603	3,06
Elferkarten	5.607	6.534	-927	-14,19
Schulen und Vereine	39.914	40.739	-825	-2,03
Schulen	29.403	30.274	-871	-2,88
Vereine und Sonstige	**10.511**	**10.465**	**46**	**0,44**
Zwischensumme Bad	**135.341**	**133.217**	**2.124**	**1,59**
Sauna und Bad	**14.127**	**13.943**	**184**	**1,32**
Einzelkarten	9.581	9.584	-3	-0,03
Elferkarten	4.352	4.259	93	2,18
Tageskarten	194	100	94	94,00
Besucher Schwimmbad u. Sauna	**149.468**	**147.160**	**2.308**	**1,57**
Eintrittsfreie Besucher	8.134	7.837	297	3,79
Summe aller Besucher	**157.602**	**154.997**	**2.605**	**1,68**

Darstellung der Vermögenslage

Bei einer um TEUR 276 erhöhten Bilanzsumme hat sich die Eigenkapitalquote rechnerisch von im Vorjahr 33,13% auf nunmehr 22,31% vermindert.

Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme beträgt rund 54,49 % (Vorjahr 63,57 %).

Die liquiden Mittel haben sich von TEUR 470,2 um TEUR 262,1 auf TEUR 732,3 erhöht.

Die Verbindlichkeiten haben sich von TEUR 858,8 um TEUR 139,4 auf TEUR 998,2 erhöht.

Bei der Bewertung der Rückstellungen TEUR 134,9 (Vorjahr TEUR 119,6) und deren Bemessung wurden allen erkennbaren Risiken sowie ungewissen Verbindlichkeiten Rechnung getragen.

Darstellung der Finanzlage

Die anfallenden finanziellen Verpflichtungen wurden stets i. d. R. unter Erwirtschaftung von Skontoerträgen durch schnelle Zahlung erfüllt. Der Mittelzufluss aus der Finanzierungstätigkeit reichte aus, um die Investitionen des Geschäftsjahres vollständig zu finanzieren. Verträge mit Lieferanten wurden neu abgeschlossen, um den Materialaufwand zu senken.

Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung

Die notwendigen Sanierungsmaßnahmen an der Betonkonstruktion des Bades und die damit verbundenen technischen Rückbau- und Sanierungsmaßnahmen wurden weiter untersucht.
Zwischenzeitlich wurde von allen Gesellschaftern beschlossen, das Hallenbad umfassend zu sanieren.

Hinweis:
Zur Sanierung/Erneuerung wurde planmäßig am 21. Juli 2014 mit den Abbrucharbeiten begonnen. Der letzte öffentliche Badetag war der 4. Mai 2014. Die Arbeiten sollen rund 10 Monate dauern.

7.4 Klinikverbund Hessen GmbH

Unternehmensportrait

Adresse: Lindenstraße 10, 65719 Hofheim am Taunus

Homepage: www.klinikverbund-hessen.de

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Gesellschafter: mit gleichen Anteilen je **5.238,10 Euro** **4,762 %:**
Main-Kinzig-Kliniken gGmbH, Gelnhausen
Kreiskrankenhaus Vogelsbergkreis in Alsfeld GmbH
Klinikum Bad Hersfeld GmbH
Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH, Erbach
Kreisklinik Groß-Gerau GmbH, Groß-Gerau
Lahn-Dill-Kliniken GmbH, Wetzlar
Hochtaunus Kliniken gGmbH, Bad Homburg
Kliniken des Main-Taunus-Kreises GmbH, Hofheim
Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH, Weilburg
Stadtkrankenhaus Korbach gGmbH
GPR gesundheits- und Pflegezentrum gGmbH Rüsselsheim
Klinikum Frankfurt/Main-Höchst GmbH, Frankfurt
Klinikum der Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main
Kreiskrankenhaus Bergstrasse gGmbH, Heppenheim
Kreiskrankenhaus Frankenberg gGmbH, Frankenberg
Gesundheitszentrum Wetterau gGmbH, Friedberg
Klinikum Weilmünster gGmbH, (übertragen an Vitos GmbH, Kassel)
Landkreis Darmstadt-Dieburg (bis 31.12.2013)
Stiftung Hospital zum Heiligen Geist, Frankfurt
Klinikum Fulda gAG, Fulda (bis 31.12.2013)
Kerckoff-Klinik GmbH, Bad Nauheim

Stammkapital: 110.000 Euro

Gründungsjahr: 14. Juli 2004

Gesell.-vertrag: Letzte Fassung vom 10. Mai 2012

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Ziel und Aufgabe des Unternehmens ist es, die Interessen der öffentlich-rechtlichen Einrichtungen gegenüber den politisch Verantwortlichen und Entscheidungsträgern im Gesundheitswesen zu unterstützen und für deren Belange einzusetzen.

Gegenstand des Unternehmens:
Gegenstand des Unternehmens ist die Beratung und Erbringung von Dienstleistungen und Geschäftsbesorgungen aller Art für die Gesellschafter sowie weitere Einrich-

tungen des Gesundheitswesens. Weiterhin ist die Erbringung von Managementleistungen Gegenstand des Unternehmens. Ferner hat die Gesellschaft die Beteiligung an anderen Unternehmen mit einem verwandten Unternehmenszweck sowie deren Geschäftsführung zum Gegenstand.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Arist Hartjes, Hofheim

Gesellschafterversammlung

Bezüge
Die Angabe der Geschäftsführerbezüge unterbleibt gemäß § 286 Abs. 4 HGB.

Unternehmensdaten

Bilanz

Aktiva	**2013 in €**	**2012 in €**	**2011 in €**
Immaterielle Vermögensgegenstände/Lizenzen	0,00	0,00	0,00
Betriebs- und Geschäftsausstattung	18.027,10	21.134,99	9.476,73
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	102.649,09	58.809,69	210.350,52
Kassenbestand	232.737,09	253.440,49	168.203,97
Rechnungsabgrenzungsposten	1.588,44	3.284,78	2.954,43
SUMME AKTIVA	**355.001,72**	**342.669,95**	**390.985,65**
Passiva	**2013 in €**	**2012 in €**	**2011 in €**
Gez. Kapital (-Nennbetrag eigener Anteile)	105.000,00	110.000,00	105.000,00
Gewinnvortrag	111.160,31	61.771,29	48.072,39
Jahresüberschuss	16.594,61	49.389,02	13.698,90
Eigenkapital	**232.754,92**	**221.160,31**	**166.771,29**
Steuerrückstellung	0,00	16.946,00	1.310,00
Sonstige Rückstellungen	26.550,00	27.018,04	51.214,62
Verbindlichkeiten	95.696,80	77.545,60	171.689,74
SUMME PASSIVA	**355.001,72**	**342.669,95**	**390.985,65**

Gewinn- und Verlustrechnung	**2013 in €**	**2012 in €**	**2011 in €**
Umsatzerlöse	566.708,24	566.891,49	693.196,07
+ sonstige betriebliche Erträge	11.088,15	45.276,64	10.385,31
Aufwendungen für bezogene Leistungen	43.911,84	74.792,37	222.038,92
Personalaufwand	291.314,73	275.956,71	246.894,40
Abschreibungen auf Sachanlagen	3.107,89	3.070,77	2.984,26
- sonstige betriebliche Aufwendungen	217.669,17	186.156,93	216.378,06
+ sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	737,89	1.346,83	474,46
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**22.530,65**	**73.538,18**	**15.760,20**

- Steuern vom Einkommen und Ertrag	5.629,04	23.591,16	1.730,30
- Sonstige Steuern	307,00	558,00	331,00
Jahresüberschuss	**16.594,61**	**49.389,02**	**13.698,90**

Kennzahlen

Die Ergebnisstruktur stellt sich in Kennzahlen wie folgt dar:

Angaben in %	**2013**	**2012**	**2011**	**2010**
Umsatzrentabilität Ergebnis vor Ertragssteuern u. Zinsaufwand lt. GuV x 100 / Umsatzerlöse	4	13	2	0
Materialaufwandsquote Materialaufwand x 100 / Gesamtleistung	8	12	32	55
Personalaufwandsquote Personalaufwand x 100 / Gesamtleistung	50	45	36	24

Situationsbericht

Leistungsangebot / Gesellschafter

Der Klinikverbund Hessen GmbH besteht aus 21 Gesellschaftern mit 43 Akut-Kliniken in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft in Hessen. Zusätzlich betreiben die Gesellschafter Rehabilitationskliniken, MVZ, Senioreneinrichtungen, etc.

Die Ziele der Gesellschaft sind im Gesellschaftsvertrag verankert:

- Erhalt und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Einrichtungen der Gesellschafter
- Stärkung der Marktposition der Kliniken in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft
- Verbesserung der medizinischen Versorgung in Hessen
- Forderung der Qualität vor allem in Medizin und Pflege
- Information und Beratung insbesondere von Bürgerinnen und Bürger und beteiligten Kliniken.

Mit Wirkung zum 31. Dezember 2013 haben drei Gesellschafter (Fulda, Darmstadt-Dieburg, Vitos Weilmunster) die Kündigung des Gesellschaftsverhältnisses ausgesprochen. Die Geschäftsanteile der Dr. Horst Schmidt-Kliniken gGmbH wurden ebenfalls im Jahr 2013 von der Gesellschaft übernommen. Die Geschäftsanteile des Klinikum Fulda gAG und der Kliniken des Landkreises Darmstadt-Dieburg werden nach Feststellung des Jahresabschlusses 2013 ausgezahlt. Die Gesellschaftsanteile der Vitos Weilmünster gGmbH wurden von der Vitos GmbH in Kassel übernommen. Im Zusammenhang mit der Gründung des Klinikverbund Hessen e.V. ist für das Jahr 2014 geplant, dass die jeweiligen Gesellschafter ihre Anteile auf den Klinikverbund Hessen e.V. übertragen und im Gegenzug in den ersten 24 Monaten einen um 420 Euro reduzierten Mitgliedsbeitrag zahlen. Das Personal sowie das Anlagevermögen der GmbH sollen ebenfalls im Laufe des 2. Halbjahres 2014 vom Verein übernommen werden.

Entwicklung im Gesundheitswesen

Das deutsche Gesundheitswesen befindet sich in einem Wandlungsprozess, wobei zu erwarten ist, dass sich die Geschwindigkeit eher noch beschleunigen wird. Ein Trend, der sich festsetzen wird, ist der weiter zunehmende Konzentrationsprozess im Krankenhausmarkt. Dadurch entstehen größere regionale und überregionale Verbünde. Dieser Prozess ist bereits jetzt überall erkennbar.

Das Bewusstsein bezüglich verursachter Kosten wird zunehmen, der Anspruch an eine hohe Ergebnisqualität ebenso. In diesem Zusammenhang werden die Qualitätsoffensive der Bundesregierung sowie die Gründung eines unabhängigen Qualitätsinstitutes deutliche Auswirkungen auf die Kliniken bzw. die Krankenhausstrukturen haben.

Der Klinikverbund Hessen sieht neben der Zielsetzung gemäß Gesellschaftsvertrag seine Aufgabe auch darin, die Entwicklungen im Gesundheitswesen, insbesondere im sektorenübergreifenden Wettbewerb, der Konzentration / Verbund- und Konzernbildung, neuer Versorgungsformen, der Qualität und der Sicherung der Qualität als Erfolgsfaktor und den selbstbewussten Kunden (Internet, Portale) zu fördern und voranzutreiben.

Dies bedeutet, dass für jede rechtlich und wirtschaftlich selbstständige Klinik die notwendigen Synergieeffekte bei Leistungen, Qualität, Erlösen, Kosten und Investitionen über Kooperationen oder ggf. auch Zusammenschlüsse generiert werden. Die Hauptaufgabe der Klinikverbund Hessen GmbH ist, die Unterstützung der einzelnen Kliniken bei der Suche nach Synergieeffekten in den ambulanten und stationären Versorgungsstrukturen.
Darüber hinaus setzt sich der Klinikverbund für die Interessen der öffentlich-rechtlichen Krankenhäuser in Hessen gegenüber Politik, Verbänden, Kostenträgern sowie der Öffentlichkeit ein.
Vor diesem Hintergrund haben die Gesellschafter gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden in Hessen einen Verein zur Vertretung der Interessen der öffentlich-rechtlichen Kliniken am 5. Dezember 2013 gegründet.

Die in 2013 verstärkt vorangebrachte Ausrichtung der Klinikverbund Hessen GmbH in strategischer und operativer Hinsicht entwickelt sich positiv und nachhaltig.

Beschaffungs- und Investitionswesen

Im Geschäftsjahr 2013 wurden die bestehenden Beratungs- und Entscheidungsstrukturen der Gesellschaft weiter entwickelt und neue Projekte verabredet und im Rahmen von Dienstleistungsvereinbarungen beauftragt. Die Kostenhöhe der einzelnen Projekte wurde im Rahmen des durch die Gesellschafterversammlung genehmigten Wirtschafts- und Investitionsplanes eingehalten.

Umweltschutz

Aspekte des Umweltschutzes kamen bei der Auswahl von Güter und Waren (z.B. energiesparende Hardware) zum Tragen.

Qualitätsmanagement

Der Begriff Qualität und Qualitätsmanagement ist zu konkretisieren mit der Maßgabe, dass vor allem die Ergebnisqualität als Grundlage für ein gemeinsames fachliches Qualitätsverständnis fachlich bestimmt und festgeschrieben ist. Dabei ist davon auszugehen, dass in den nächsten Jahren mindestens die Zertifizierung und hier insbesondere die Rezertifizierung aller Kliniken der Gesellschafter die einheitliche Basis für die Außendarstellung bildet und im Innenverhältnis ein kontinuierlicher Verbesserungsprozess stattfindet. Um dieses zu gewährleisten, ist die Teilnahme an den regelmäßigen QSR-Auswertungen verpflichtend, mit dem Ziel, mittelfristig ein möglichst einheitliches Qualitätsniveau auf der QSR-Basis zu erreichen.

Chancen und Risikobericht

Wesentliche Risiken, die die positive Entwicklung der Gesellschaft maßgeblich behindern oder gar verhindern könnten, werden derzeit nicht gesehen. Der Übergang der Vermögenswerte von der GmbH auf den Verein ist für das Jahr 2014 vorgesehen.
Seit dem Jahr 2013 ist in monatliches Berichtswesen implementiert, das Hinweise zu möglichen Risiken zeitnah zur Verfügung stellt.

Erlösrisiko

Erlösrisiken waren im Geschäftsjahr 2013, wie auch in den vorherigen Geschäftsjahren nicht zu verzeichnen. Im Jahr 2014 werden die Erträge deutlich geringer sein, da diejenigen Gesellschafter, die Mitglied im Klinikverbund Hessen e.V. sind, keine Umlage mehr an die GmbH leisten werden. In 2014 wird die Klinikverbund Hessen GmbH auf Basis der erwarteten Erträge daher ein Defizit erwirtschaften, welches durch die Rücklagen der letzten Jahre ausgeglichen werden wird.

Investitionskosten

Investitionen im Geschäftsjahr 2013 waren durch den von der Gesellschafterversammlung verabschiedeten Wirtschafts- und Investitionsplan gedeckt.

Die Klinikverbund Hessen GmbH beschäftigt insgesamt 3 Mitarbeiter. Ein nennenswertes Personalrisiko ist nicht erkennbar.

7.5 KSB - Klinik-Service-Betriebe GmbH

Unternehmensportrait

Adresse: Am Steinbühl 2, 35781 Weilburg

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Gesellschafter: Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH 100 %

Stammkapital: 25.000 Euro

Gründungsjahr: 16.11.2005

Gesell.-vertrag: in der Fassung vom 9. Dezember 2011

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung

Gegenstand des Unternehmens:
Das Unternehmen erbringt Dienstleistungen jeder Art, überwiegend für die Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH. Die Dienstleistungen werden im Reinigungsdienst, beim Menüservice, bei der Elektrowartung sowie im Nachtdienst der Pforte geleistet.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung:	Peter Schermuly	Geschäftsführer
	Stefan Eckert	Pflegedienstdirektor
Aufsichtsrat:	Landrat Manfred Michel	Vorsitzender

Gesellschafterversammlung

Bezüge
Die Angabe der Geschäftsführerbezüge unterbleibt gemäß § 286 Abs. 4 HGB.
Es wurden keine Bezüge für den Aufsichtsrat gezahlt.

Unternehmensdaten

Bilanz

Aktiva	2013 in €	2012 in €	2011 in €
Anlagevermögen: Sachanlagen	6.538,50	6.643,50	4.711,00
Umlaufvermögen: FO u. sonst. Vermögensgegenstände			
1. Forderungen gegen Gesellschafter	121.608,44	122.399,14	72.967,76
2. Sonstige Vermögensgegenstände	5.440,55	5.349,26	7.941,84
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	4.884,02	3.063,87	40.163,77
SUMME AKTIVA	**138.471,51**	**137.455,77**	**125.784,37**

Passiva	2013 in €	2012 in €	2011 in €
Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00	25.000,00
II. Gewinnvortrag	32.413,95	37.922,59	30.837,53
III. Jahresüberschuss	6.568,14	-5.508,64	7.085,06
Rückstellungen			
Sonstige Rückstellungen	13.569,24	22.085,00	13.439,00
Verbindlichkeiten	60.920,18	57.956,82	49.422,78
SUMME PASSIVA	**138.471,51**	**137.455,77**	**125.784,37**

Gewinn- und Verlustrechnung	2013 in €	2012 in €	2011 in €
1. Umsatzerlöse	936.329,01	912.496,68	860.726,31
2. Sonstige betriebliche Erträge	1.722,71	1.719,44	11.139,80
	938.051,72	**914.216,12**	**871.866,11**
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	32.313,24	26.290,73	37.174,54
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	40.568,13	38.788,14	37.128,00
	72.881,37	**65.078,87**	**74.302,54**
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	688.859,17	672.131,31	613.766,84
b) Soz. Abgaben &Aufwendungen f. Altersversorgung	137.267,79	134.070,54	124.926,58
	826.126,96	**806.201,85**	**738.693,42**
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.967,00	1.926,26	1.155,34
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	27.797,62	46.517,78	47.864,01
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00	0,00
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	23,63	0,00	0,00
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**9.255,14**	**-5.508,64**	**8.950,64**
10. Steuern von Einkommen und Ertrag	2.687,00	0,00	2.765,58
Jahresüberschuss	**6.568,14**	**-5.508,64**	**7.085,06**

Situationsbericht

Geschäftsverlauf

Der Umsatz im Geschäftsjahr 2013 beträgt 936,3 TEUR (Vorjahr 912,5 TEUR). Insgesamt liegt der Umsatz 2013 um 5,6 TEUR über der für das Geschäftsjahr 2013 angesetzten Planung von 930,7 TEUR.

Die Dienstleistungen wurden geleistet im Reinigungsdienst, bei Stationshilfsdiensten, beim Menüservice, bei der Hauswirtschaft und im hauswirtschaftlichen Dienst sowie im Bereitschaftsdienst im Seniorenheim Fellersborn.
Im Geschäftsjahr wurden Investitionen in Höhe von 1,9 TEUR getätigt.

Vermögens- und Finanzlage

Das Eigenkapital hat sich gegenüber dem Vorjahr um 6,5 TEUR erhöht, die Eigenkapitalquote beträgt 46,21 %.

Die Forderungen beinhalten Forderungen gegenüber dem Gesellschafter in Höhe von 121,6 TEUR sowie sonstige Vermögensgegenstände in Höhe von 5,4 TEUR. Diese resultieren aus Abrechnungen erbrachter Dienstleistungen aus dem Monat Dezember 2013 und Steuerrückforderungen aus Vorjahren.

Bei den sonstigen Verbindlichkeiten handelt es sich um Löhne und Gehälter incl. Arbeitgeberanteil 53,4 TEUR aus dem Monat Dezember 2013, da hier eine zeitversetzte Auszahlung erfolgt, sowie um sonstige laufende Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen 7,5 TEUR.

Die Personalkostenquote beträgt 88,2 % sowie die Materialaufwandsqoute 7,8 % des Umsatzes.

Wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Für das Jahr 2015 wird von einem ähnlichen positiven Ergebnis (9,8 TEUR) ausgegangen.

Die KSB Klinik-Service-Betriebe GmbH stellt eine wesentliche Voraussetzung zur Verbesserung der Kostensituation in der Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH dar. Die hier kostengünstiger zu erbringenden Dienstleistungen für die Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH sind somit auch für die Zukunft ein wichtiger Garant zur wirtschaftlichen Stabilität. Somit ist eine Ausweitung der Aktivitäten der KSB Klinik-Service-Betriebe GmbH ein wichtiger Zukunftsfaktor. Weiterhin wurden Dienstleistungen (Hauswirtschaftliche Tätigkeiten) für das Seniorenzentrum Fellersborn in Löhnberg, einem weiteren Standbein des Kreiskrankenhauses Weilburg, übernommen.
Ein mögliches Risiko besteht in der Abhängigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung der Muttergesellschaft.
Weitere Risiken der künftigen Entwicklung – insbesondere bestandsgefährdende Risiken bestehen nach Einschätzung der Geschäftsführung nicht.
Nach dem Bilanzstichtag gab es keine wesentlichen Geschäftsvorfälle.

7.6 Profil Limburg-Weilburg Beschäftigungsförderungs GmbH

Unternehmensportrait

Adresse:	Eschhöfer Weg 14, 65549 Limburg		
Homepage:	www.profil-limburg.de		
Gesellschafter:	Lebenshilfe für geistig und mehrfach Behinderte Wetzlar-Weilburg e.V.	6.500 Euro	25 %
	Jugend- und Drogenberatung Limburg e.V.	6.500 Euro	25 %
	Bördner GmbH & Co. Besitz- und Verwaltungsgesellschaft, Limburg	6.500 Euro	25 %
	Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung mbH, Limburg	**6.500 Euro**	**25 %**
Stammkapital:	26.000 Euro		
Gründungsjahr:	25. Mai 1998		
Gesell.-vertrag:	25. Mai 1998 mit der letzten Änderung vom 15. Juni 2007		

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Ausbildung und Beschäftigung schwerbehinderter Personen und solcher, die von Behinderung bedroht sind.

Gegenstand des Unternehmens:
Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Gegenstand des Unternehmens ist die Bereitstellung und Unterhaltung von Integrationsprojekten im Sinne des § 132 Abs. 1 des IX. Buches Sozialgesetzbuch zur Beschäftigung schwer behinderter Menschen, deren Teilhabe an einer sonstigen Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt aufgrund von Art oder Schwere der Behinderung oder wegen sonstiger Umstände voraussichtlich auf besondere Schwierigkeiten stößt und in denen schwer behinderte Menschen neben der Beschäftigung auch eine nach § 133 SGB IX erforderliche arbeitsbegleitende Betreuung gegeben wird. Diese Integrationsprojekte bieten den schwer behinderten Menschen Beschäftigung und arbeitsbegleitende Betreuung an, soweit erforderlich auch Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung oder Gelegenheit zur Teilnahme an entsprechenden außerbetrieblichen Maßnahmen und Unterstützung bei der Vermittlung in eine sonstige Beschäftigung in einem Betrieb oder einer Dienststelle auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt sowie geeignete Maßnahme zur Vorbereitung auf eine Beschäftigung in einem Integrationsprojekt.

Organe des Unternehmens

Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung: Wolfgang Gröbler

Bezüge
Die Angabe der Geschäftsführerbezüge unterbleibt gemäß § 286 Abs. 4 HGB.

Unternehmensdaten

Bilanz

Aktiva	2013 in €	2012 in €	2011 in €
Anlagevermögen/Betriebs- und Geschäftsausstattung	85.281,15	3.580,95	3.219,64
Umlaufvermögen/fertige Erzeugnisse und Leistungen	25.905,72	21.304,70	15.866,59
Forderungen	33.188,19	35.374,38	12.312,10
Sonstige Vermögensgegenstände	136.146,62	43.081,54	34.981,20
Kassenbestand/Guthaben bei Kreditinstituten	36.752,41	35.331,31	29.284,78
Rechnungsabgrenzungsposten	468,61	75,00	0,00
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	108.050,88	79.400,47	72.555,09
Summe Aktiva	**425.793,58**	**218.148,35**	**168.219,40**

Passiva	2013 in €	2012 in €	2011 in €
Gezeichnetes Kapital	26.000,00	26.000,00	26.000,00
Kapitalrücklage	60.000,00	60.000,00	60.000,00
Verlustvortrag	-165.400,47	-158.555,09	-112.141,00
Jahresfehlbetrag	-28.650,41	-6.845,38	-46.414,09
nicht gedeckter Fehlbetrag	108.050,88	79.400,47	72.555,09
buchmäßiges Eigenkapital	0,00	0,00	0,00
Rückstellungen	37.785,00	14.232,00	10.050,00
Verbindlichkeiten	379.008,58	196.666,35	152.094,40
Rechnungsabgrenzungsposten	9.000,00	7.250,00	6.075,00
Summe Passiva	**425.793,58**	**218.148,35**	**162.219,40**

Gewinn und Verlustrechnung	2013 in €	2012 in €	2011 in €
+ Umsatzerlöse	1.106.251,35	1.077.258,25	607.493,68
+ Verminderung Bestandes an un-/fertigen Erzeugnissen	4.601,02	5.438,11	15.866,59
+ sonstige betriebliche Erträge	60.204,92	951,61	1.608,21
- Materialaufwand/bezogene Leistungen /Waren	695.113,35	674.236,19	328.475,15
- Personalaufwand	321.844,16	298.330,47	221.718,63
- Abschreibungen	10.007,13	1.558,49	1.203,89
- sonstige betriebliche Aufwendungen	172.051,29	115.637,50	119.677,87
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	283,77	195,00	3,03
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**-28.242,41**	**-6.309,68**	**46.110,09**
- sonstige Steuern	408,00	535,70	304,00
Jahresfehlbetrag	**28.650,41**	**6.845,38**	**46.414,09**

Situationsbericht

Allgemeines:

Im Juli 2013 wurde wie geplant der Betrieb der Anlage Gartenstraße (ehemals EZ GAB) übernommen. Bis November erfolgte ein paralleler Weiterbetrieb der Anlage im Eschhöfer Weg. Ab diesem Zeitpunkt wurden alle operativen Tätigkeiten in der Gartenstraße durchgeführt, das Gelände Eschhöfer Weg bis Februar 2014 geräumt und das dortige Mietverhältnis beendet.
In der Anlage Gartenstraße wurde das Anlagevermögen der GAB übernommen, ein Schüttbereich aus Betonsteinen errichtet sowie eine Rollenbandanlage angeschafft und aufgestellt. Zudem wurden EDV und Telefon/Internet umgerüstet. Alle Maßnahmen wurden über den bewilligten Zuschuss des LWV Hessen gefördert. Insgesamt wurden dafür 72.000 € bewilligt, bislang 55.000 € (80 %) als Abschlagszahlung ausgeschüttet.
Der Firmensitz der Profil GmbH wurde bislang noch nicht umgemeldet.

Mengenentwicklung:

Im Jahr 2013 blieben die Eingangsmengen weitgehend konstant. Der Gesamtinput 2013 betrug 3042 to. (2012: 2.626 to., 2011: 1032 to.2010: 1.468 to.). Davon entfielen rund 1.142 to. auf die RMD GmbH, 385 to. auf ZME GmbH, 350 to. auf Logex/Media-Saturn, 760 to. auf den AWB Limburg, 200 to. auf B-F Sonderabfall und 120 t. andere Gewerbekunden (Mengen 2. HJ incl. GAB-Standort !).
Details siehe Anlage Mengenbericht 2013

Preisentwicklung:

Die Finanzierung des Unternehmens erfolgt überwiegend durch den Verkauf von gewonnenen Wertstoffen. Leider sanken die Marktpreise ab Frühjahr 2013 kontinuierlich um 20-35 %. Nur ein Teil dieser Mindereinnahmen konnte über Preisveränderungen an Kunden weiter gegeben werden.
Parallel dazu sinkt auch der Wertgehalt einzelner Geräte (Goldanteil in Platinen, Kupfergehalt in Kabeln und Bauteilen), da diese zunehmend preisgünstiger hergestellt werden. Ein Anteil des Mengeneingangs ist zudem bereits beraubt.
Details siehe Anlage Preisübersicht 2013

Personal:

Mit der Förderung durch den LWV war die Auflage zur Schaffung von 2 Arbeitsplätzen für Schwerbehinderte verbunden, diese wurde im Sommer 2013 erfüllt. Im Durchschnitt wurden insgesamt 18,3 Mitarbeiter in Vollzeitstellen beschäftigt, die Schwerbehindertenquote stieg von 38,3 % auf 41,12 %.
Betriebsleiter und Vorarbeiter der GAB wurden als Fremdpersonal übernommen und mit den entstandenen Kosten an Profil abgerechnet. Weiterhin wurden 1 Praktikant und 1 Fahrer (Teilzeit) bis Jahresende durch GAB überlassen. Im Frühjahr 2014 fielen die beiden erstgenannten Personen krankheitsbedingt aus, eine Rückkehr ist derzeit nicht absehbar.

Die Zuschüsse der Agentur für Arbeit stiegen um rund 5.000 €, auf 16.320,00 €. Die Ausgleichszahlungen des LWV sogar um 16.000 € auf 61.640 €. Erstmalig kam es auch zu Außenprüfungen durch den LWV, die der regionale IFD durchgeführt hat.

Die Beurteilungen führten weitgehend zu einer Bestätigung der beantragten Nachteilsausgleiche.

Ausblick / Maßnahmen:

Das Geschäftsjahr 2013 weist einen Fehlbetrag von 28.056 € aus. Aufwendungen aus dem parallelen Betrieb der beiden Standorte sowie die stark gesunkenen Wertstofferlöse haben die erzielten Einsparungen überkompensiert.
Die Liquidität der Gesellschaft war in 2013 jederzeit sichergestellt, überwiegend durch die umgesetzten Maßnahmen zur Stützung durch die Gesellschafter in Form von Rangrücktritten bzw. Darlehen und Aufschub von Fälligkeiten.
Für 2014 ist die Mengenversorgung gesichert. Preisbedingt wird seit März auf Lieferungen von ZME GmbH verzichtet. Die Vermarktung von Wertstoffen wurde, vor allem durch den weiteren Ausbau von Netzwerken mit anderen Marktteilnehmern, weiter intensiviert. Aktuell kann aber maximal der Schaden des Preisverfalls bestmöglich begrenzt werden. Inzwischen muss sogar die Liquidität der Verwertungsbetriebe beachtet werden, hier gibt es Marktteilnehmer mit akuten Problemen.
Die begonnene Änderung der bestehenden BImschG-Genehmigung am Standort Gartenstraße wurde nach Auswertung des (negativen) Lärmgutachtens vorerst nicht weitergeführt. Inzwischen haben sich rechtliche Grundlagen geändert, u.a. wurde die Anlage als IED-Anlage beim RP eingestuft. Für die Zukunft wird man über eine Weiterführung der Planungen nachdenken müssen.
Um die beim LWV beantragte Maßnahme abzuschließen und die restlichen Gelder i.H. v. ca. 14 T€ zu erhalten, ist die Erstellung eines Verwendungsnachweises unter Beifügung der Vergabeakte erforderlich. Dies wird in Kürze erfolgen.

Die Prognoserechnung auf der Grundlage der ersten Monate 2014 ergibt einen leicht positiven Verlauf des Geschäftsjahres 2014. Voraussetzung ist aber eine Stabilisierung bzw. leichte Erholung der Marktpreise für abgegebene Wertstoffe.
Eine zeitnahe Rückführung der Verbindlichkeiten gegenüber den Gesellschaftern setzt allerdings eine deutlich positive Entwicklung der Marktsituation voraus.

8 Mitgliedschaften, Verbände und Vereine

8.1 Übersicht der Mitgliedsbeiträge 2013

Bezeichnung	Beitrag 2013
Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sportämter	55,00 €
Betriebssportverband Hessen e.V. Bezirk Frankfurt	172,00 €
Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros, Bonn	100,00 €
Deutsche Burgenvereinigung Braubach	52,00 €
Deutsche Olympische Gesellschaft e.V.	77,00 €
Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V.	386,00 €
Deutsche Verkehrswacht Limburg-Weilburg	250,00 €
Deutscher Kinderschutzbund -Kreisverband Limburg-Weilburg e.V.	50,00 €
Deutscher und Hessischer Landkreistag	83.754,00 €
Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge	627,09 €
Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht	2.271,00 €
Dt. Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V.	125,00 €
Europa-Union (Kreisverband Limburg-Weilburg)	154,00 €
Fachverband der Kommunalkassenverwalter e.V.	50,00 €
Förderkreis Naturschutz-Zentrum Hessen e.V.	300,00 €
Förderverein Bildungsforum Mengerskirchen	12,00 €
Förderverein Tiergarten Weilburg	30,00 €
Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Limburg e.V.	102,00 €
Hallenbadverein Offheim e.V.	200,00 €
Hessische Akademie für Forschung und Planung im ländlichen Raum	511,29 €
Hessischer Heimatbund e.V.	36,00 €
Höhlenverein Kubach e.V.	9,00 €
International Police Association	25,00 €
KAV - Kommunaler Arbeitgeberverband Hessen	3.825,00 €
Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung	4.436,41 €
Kriminalprävention Limburg-Weilburg e.V.	100,00 €
Lahn-Marmor-Museum e.V. Villmar	12,27 €
Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung Limburg e.V.	30,68 €
Mitgliedschaft "Weißer Ring" e.V.	102,26 €
Public Private Partnership in Hessen e.V.	100,00 €
Rat der Gemeinden Europas	1.026,00 €
Regionalversammlung Mittelhessen e.V.	10.215,66 €
RWP - Limburger Gesellschaft für Recht, Wirtschaft und Politik	30,00 €
Schutzgemeinschaft Deutscher Wald	25,00 €

Streuobstroute	250,00 €
THW Limburg	460,16 €
THW Weilburg	460,16 €
Tierschutzverein Limburg	102,26 €
Verbraucherberatung im DHB-Netzwerk Haushalt	2.295,00 €
Verein der Freunde der Limburger Domsingknaben e.V.	50,00 €
Verein für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung e.V.	25,00 €
Verein Lebenshilfe Wetzlar-Weilburg e.V.	102,26 €
Verein zur Förderung der Gedenkstätte Hadamar	52,00 €
vhw - Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V.	300,00 €
Weilburger Bürgergarde	30,68 €
Weilburger Schlosskonzerte	1.000,00 €
Westerwaldverein	60,00 €
	114.439,18 €

Bei den nachstehend aufgeführten Gesellschaften, Verbänden und Vereinen wirken Landrat, Kreisbeigeordnete oder Mitarbeiter des Kreises in Gesellschafterversammlungen bzw. Vorständen mit:

Dt. Kinderschutzbund Limburg-Weilburg e.V.
Joachim Hebgen (Leiter Amt für Jugend, Schule und Familie) — Mitgliederversammlung

Förderverein Bildungsforum Mengerskirchen
Joachim Hebgen (Leiter Amt für Jugend, Schule und Familie) — Mitgliederversammlung

Förderverein Tiergarten Weilburg
Karl-Heinz Stoll (Kreisbeigeordneter) — Mitglied im Vorstand

Jugend- und Drogenberatung Limburg e.V.
Joachim Hebgen (Leiter Amt für Jugend, Schule und Fam.) — Beratendes Mitglied im Vorstand

Jugendhilfe Limburg-Weilburg e.V.
Joachim Hebgen (Leiter Amt für Jugend, Schule und Familie) — Vereinsvorstand

Kindersozialstiftung des Landkreises Limburg-Weilburg e.V.
Manfred Michel (Landrat) — Vorstandsvorsitzender

Lebenshilfe Limburg Diez e.V. (vormals: LH für Menschen mit geistiger Beh. Limburg e.V.)
Marianne Zimmermann (Sozialamtsleiterin) — Mitglied im Vorstand

Lebenshilfe Limburg gGmbH
Marianne Zimmermann (Sozialamtsleiterin) — Mitglied im Vorstand

Lebenshilfe Wohnen gGmbH

Marianne Zimmermann (Sozialamtsleiterin)	Mitglied in Gesellschafterversammlung

Präventionskommission Limburg-Weilburg

Uwe Hannappel (Amt für Jugend, Schule und Familie)	Schriftführer

Regionalversammlung Mittelhessen e.V.

Manfred Michel (Landrat)	Verbandsversammlung
Helmut Jung (Erster Kreisbeigeordneter)	
Dr. Frank Schmidt (Kreistagsabgeordneter)	
Christian Radkovsky als dessen Vertreter (Kreistagsabgeordneter)	

Verein Komitee für Nothilfe

Marianne Zimmermann (Sozialamtsleiterin)	Vorstandsmitglied qua Amt

Verein Kriminalprävention

Joachim Hebgen (Leiter Amt für Jugend, Schule und Familie)	Mitgliederversammlung
Uwe Hannappel (Amt für Jugend, Schule und Familie)	Schriftführer

Verein Lebenshilfe Wetzlar-Weilburg e.V.

Marianne Zimmermann (Sozialamtsleiterin) bis November 2013	Mitglied im Vorstand

Weilburger Musikschule e.V.

Karl-Heinz Stoll (Kreisbeigeordneter)	Mitglied im Vorstand

8.2 Ferienland Westerwald-Lahn-Taunus e.V.

Unternehmensportrait

Adresse: Schiede 43, 65549 Limburg

Homepage: www.wfg-limburg-weilburg-diez.de

Rechtsform: eingetragener Verein

Mitglieder **Landkreis Limburg-Weilburg**
19 Städte und Gemeinden des Landkreises
Verkehrs- und Verschönerungsvereine
Einrichtungen und Betriebe des Fremdenverkehrs

Gründungsjahr: 14.01.1980

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Der Fremdenverkehrsverein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Gegenstand des Unternehmens:
Der Fremdenverkehrsverein hat insbesondere die Aufgaben, den Fremdenverkehr im Vereinsgebiet zu fördern und zu koordinieren. Er allein ist befugt, die gemeinschaftlichen, den Fremdenverkehr im Kreis betreffenden Interessen seiner Mitglieder zu wahren und zu stärken.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführer	Lars Wittmaack, Wirtschaftsförderung Limburg-Weilburg-Diez GmbH	
Vorstand	Manfred Michel, Landrat	Vorsitzender
	Dr. Frank Schmidt, Bürgermeister	stellv. Vorsitzender
	sowie weitere acht Beisitzer	

Bezüge
Keine anfallenden Kosten für den Geschäftsführer.

Unternehmensdaten

Jahresergebnis	Gesamteinnahmen	61.543,65 Euro
	Gesamtausgaben	55.172,11 Euro
	Mehreinnahmen	**6.371,54 Euro**
	Bestand aus 2012	39.085,56 Euro
	Bestand am 31.12.2013	**45.457,10 Euro**

Beitrag des Landkreises	2010: 56.516 Euro
	2011: 56.601 Euro
	2012: 57.665 Euro
	2013: 57.665 Euro

Der Landkreis übernimmt die Beiträge der Städte und Gemeinden an das Ferienland.

8.3 Kreisvolkshochschule Limburg-Weilburg e.V.

Unternehmensportrait

Adresse: Diezer Straße 35, 65549 Limburg

Homepage: www.vhs-limburg-weilburg.de

Rechtsform: eingetragener Verein

Gründungsjahr: Zusammenschluss 1974

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
In der KVHS treffen sich Bürger der Region, die ihre persönlichen Weltsichten, Interessen und Bedürfnisse mitbringen. Die KVHS steht für Demokratie, Gemeinwohlorientierung, Chancen- und Geschlechtergleichheit, Bürgernähe und weltanschauliche Neutralität.

Gegenstand des Unternehmens:
Grundlagen der KVHS sind das Hessische Weiterbildungsgesetz und die Satzung der Kreisvolkshochschule.

Durch den gesellschaftlichen Wandel ergeben sich für die Menschen des Landkreises immer wieder neue berufliche und persönliche Herausforderungen sowie neue Bildungsinteressen und Bildungsbedürfnisse. Der Auftrag der KVHS ist es, diese Veränderungen ständig zu analysieren, die entsprechenden Herausforderungen, Bildungsinteressen und Bildungsbedürfnisse aufzugreifen und in Lernangebote zur Erweiterung der Wahl- und Gestaltungsmöglichkeiten des Lebens umzusetzen.

Organe des Unternehmens

Vorstand	Günther Schmitt	1. Vorsitzender
	Silvia Scheu-Menzer	2. Vorsitzende
	Christine Bischof	Beisitzerin
	Landrat Manfred Michel	Beisitzer
	Heinz Pfeiffer	Beisitzer
	Dr. Frank Schmidt	Beisitzer
	Bruno Götz	Beisitzer
	Burkhard Seyffert	Beisitzer
	Heinz Valentin	Beisitzer
	Joachim Veyhelmann	Beisitzer
	Winfried Weißmüller	Beisitzer
	Michael Schneider	Direktor
	Axel Gebert	Leiter d. Hauptstelle Weilburg

Unternehmensdaten

Einnahmen:	**Euro**
Teilnehmergebühren	1.362.990
Studienreisen	164.975
Vermischte Einnahmen	46.894
Kreiszuschuss	299.516
Personalkostenzuschuss Land Hessen	139.525
Sonstige Zuschüsse	2.783
Einnahmen ESF u. Hessencampusprojekte	180.427
Überschuss aus dem Vorjahr	12.938
	2.254.341

Ausgaben:	**Euro**
Honorare und sonstige personelle Ausgaben	764.859
Dienstbezüge	648.593
Werbung	69.728
Reisekosten	74.951
Sonderveranstaltungen	7.341
Studienreisen	151.703
Lehr- und Lernmittel	8.131
Ausgaben ESF und Hessencampusprojekte	169.188
Geschäftsbedarf	182.169
Anbau und Unterhaltung der Gebäude	89.861
Mieten	50.494
Rücklage Personalkosten	30.000
	2.247.018

Kennzahlen:	**2013**	**2012**	**2011**	**2010**
Kurse	1.695	1.657	1.616	1.637
Teilnehmer	21.596	20.693	19.639	19.248
Unterrichtseinheiten	40.099	38.070	40.097	38.991

Impressum

Herausgeber: Kreisausschuss des Landkreises Limburg-Weilburg
Schiede 43
65549 Limburg
Telefon 06431/296-0
06431/296-235

Ansprechpartner: Landrat Manfred Michel
Amt für Finanzen und Organisation
- FD Grundsatzangelegenheiten, Haushalt und Finanzen -

Redaktion: Amt für Finanzen und Organisation
-FD Grundsatzangelegenheiten, Haushalt und Finanzen-

Druck: Landkreis Limburg-Weilburg, Hausdruckerei

Stand: 31.12.2013